

**3. Sitzung**

**Donnerstag, den 26. Mai 2011**

**Mainz, Deutschhaus**

**Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ..... 46**

**Wahlen**

**a) Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission**

**Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/5 – ..... 123

*Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

– Drucksache 16/5 – wird einstimmig angenommen. .... 123

**b) Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission**

**Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/6 – ..... 123

*Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

– Drucksache 16/6 – wird einstimmig angenommen. .... 123

**c) Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses, die Abgeordnete des Landtags sind**

**Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/7 – ..... 123

*Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

– Drucksache 16/7 – wird einstimmig angenommen. .... 123

**d) Wahl der richterlichen Mitglieder sowie einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts  
in den Richterwahlausschuss**

**Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 16/8 – ..... 123

*Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

– Drucksache 16/8 – wird einstimmig angenommen. .... 123

- e) Wahl von Mitgliedern des Landtags in den Interregionalen Parlamentarier-Rat**  
**Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
– Drucksache 16/9 – ..... 123
- Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*  
– Drucksache 16/9 – wird einstimmig angenommen. .... 123
- f) Wahl von Mitgliedern des Landtags in den Oberrheinrat**  
**Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
– Drucksache 16/10 ..... 123
- Der Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*  
– Drucksache 16/10 – wird einstimmig angenommen. .... 123

**Am Regierungstisch:**

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Malu Dreyer, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühn, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

**Entschuldigt fehlten:**

Staatsministerin Margit Conrad, Staatssekretär Dr. Thomas Griese.

**Rednerverzeichnis:**

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU: .....	109, 121
Abg. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: .....	121, 122
Abg. Dr. Weiland, CDU: .....	118, 122
Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: .....	96
Abg. Frau Klöckner, CDU: .....	46, 56, 110
Abg. Hering, SPD: .....	63, 68, 119
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: .....	75
Abg. Lammert, CDU: .....	116
Abg. Licht, CDU: .....	92
Abg. Oster, SPD: .....	98
Abg. Ramsauer, SPD: .....	94
Beck, Ministerpräsident: .....	99, 106
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: .....	117
Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung: .....	87
Hartloff, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz: .....	116
Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur: .....	115
Präsident Mertes: .....	46, 56
Vizepräsident Dr. Braun: .....	87, 92, 96
Vizepräsident Schnabel: .....	75, 106, 109, 110, 115, 116, 117, 118, 119, 121, 122
Vizepräsidentin Frau Klamm: .....	63, 67, 98, 99

### 3. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 26. Mai 2011

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

#### Präsident Mertens:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist 09:30 Uhr. Ich weiß, dass Sie sich alle auf diese Sitzung vorbereitet haben. Deshalb wollen wir sie auch pünktlich beginnen, Platz nehmen und die Gespräche vielleicht ein wenig dämpfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 3. Plenarsitzung und darf Ihnen die Tagesordnung vorschlagen. Gibt es dazu Hinweise? – Die Kollegen Brandt und Haller werden als schrifführende Abgeordnete gebeten, die Sitzung zu begleiten.

Entschuldigt ist Frau Staatsministerin Conrad, die wegen der Staub- und Aschewolke durch den Vulkanausbruch in Island nicht aus Berlin wegkommt. Frau Staatsministerin Höfken nimmt an der Umweltministerkonferenz teil.

(Zuruf aus dem Hause)

Ach, da ist sie. Dann begrüße ich Sie besonders herzlich. Sie sehen, die erste Erfahrung, die Sie mit mir machen, ist, dass Vorlagen nicht stimmen müssen. Herr Staatssekretär Dr. Griese nimmt tatsächlich an der Umweltministerkonferenz teil.

Meine Damen und Herren, wir haben noch keine Geburtstage zu feiern. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit wegen folgender Mitteilungen:

1. Entgegen der im Zeitplan verzeichneten Ankündigung werden wir durchtagern. Die Debatte lässt einen Bruch nicht zu. Die Mittagspause ist verschoben.

2. Wir haben im Ältestenrat gemeinsam festgelegt, dass bis zur Beschlussfassung über die endgültige Geschäftsordnung des Landtags der 16. Wahlperiode der Fraktion der CDU als alleiniger Oppositionsfraktion eine zusätzliche Redezeit in Höhe des 0,5-fachen der Grundredezeit zu gewähren ist. Das heißt, zu den 90 Minuten, die wir für heute vereinbart haben, haben Sie eine zusätzliche Grundredezeit von 45 Minuten. In der letzten Legislaturperiode haben wir genau umgekehrt gehandelt, als die SPD als alleinige Regierungsfraktion ebenfalls mehrere Beteiligte im Parlament hatte, mit denen sie diskutieren musste. Bitte bedenken Sie das bei Ihrer Arbeit, die Sie vor sich haben.

Für die neuen Abgeordneten darf ich Folgendes sagen. Die Geschäftsordnung ist das Regelbuch, mit dem wir die Debatten steuern. Ihre Geschäftsführer und Ihre Fraktionsvorsitzenden können Ihnen dabei helfen, falls Sie Fragen haben.

In der Sitzung selbst muss ich mit der Geschäftsordnung arbeiten, die Sie beschlossen haben. Darin sind Ihre Regeln enthalten. Ich muss Ihre Regeln umsetzen.

Ich bitte Sie, bei sitzungsleitenden Bemerkungen des Präsidenten weder zu kommentieren noch zu applaudieren. Das ist unüblich, auch wenn es Ihnen gefällt, was ich vielleicht sage, oder wenn es Ihnen nicht gefällt.

Meine Damen und Herren, im Übrigen gibt es einen Katalog von Worten, den wir in diesem Parlament so wenig wie im Bundestag benutzen. Wenn ich diesen vortragen würde,

(Heiterkeit im Hause)

wäre das eher kontraproduktiv. Sie sollen wissen, dass ich diese Liste habe. Ich habe auch meine eigene im Kopf.

Ich möchte Sie bitten, dass wir den Kollegen gegenüber mit Höflichkeit begegnen. Es gibt im Deutschen so viele Worte, mit denen man seine Kritik oder Anerkennung ausdrücken kann, dass man keine Schimpfworte benötigt. Wir brauchen auch keine Schimpfworte für den Staat oder die gesellschaftlichen Institutionen. Ich bitte Sie um die Zurückhaltung, die dem Parlament insgesamt hilft.

Ich glaube, letztendlich werden wir gemeinsam fünf Jahre lang eine gute Debatte führen, wenn wir uns daran halten, jeweils den anderen so zu behandeln, wie wir selbst behandelt werden wollen. In diesem Sinne genug der Vorrede.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

#### Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Traditionell beginnt die Oppositionsfraktion.

Frau Klöckner, ich gehe davon aus, dass Sie sich melden. Bitte schön, Sie haben das Wort.

#### Abg. Frau Klöckner, CDU:

Guten Morgen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts und liebe und verehrte Gäste! Ich grüße Sie heute Morgen in diesem Hause.

Herr Hering, Sie waren irritiert, dass ich gesagt habe, Kollegen des Kabinetts. Es sind einige im Hause, die auch ein Mandat haben. Deshalb sind es auch Kollegen. Ich hoffe, das verstehen in dem Moment die Minister auch so, dass sie Kollegen von uns sind.

(Beifall der CDU –

Zuruf von der SPD: Das kommt auf  
Ihr Verhalten an!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich betrete heute in diesem Hause Neuland. Ich habe mich ganz Rheinland-Pfalz verschrieben. Morgen werde ich in Berlin mein Bundestagsmandat niederlegen und ein Versprechen einhalten, das ich vor der Wahl abgegeben habe, näm-

lich hier zu sein und zu bleiben und zusammen mit der CDU-Landtagsfraktion für ein Rheinland-Pfalz der Zukunft zu arbeiten.

(Beifall der CDU)

Verehrte Damen und Herren, nicht nur ich betrete Neuland. Dieses Neuland betreten auch die Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion, weil sie in Rheinland-Pfalz Regierungsverantwortung übernehmen. Ich wünsche Ihnen weise Entscheidungen und die Kraft, sich durch die Macht nicht zu Entscheidungen verleiten zu lassen, die Sie vor der Wahl abgelehnt haben.

(Beifall der CDU)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Beck, auch Sie betreten ein Stück Neuland. Sie koalieren mit den GRÜNEN und möchten einen Neuanfang wagen. Der ist nicht ganz einfach. Gestern war Ihre letzte Regierungserklärung zur Eröffnung einer Legislaturperiode. Das hat man Ihnen auch ein wenig angemerkt.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in jeden Einzelnen von uns haben die Wähler Vertrauen gesetzt. Viele von uns sind direkt gewählt worden oder aber über Landeslisten in dieses Haus eingezogen.

Vertrauen ist ein hohes Gut. Man hat es schneller verspielt als gewonnen. Unabhängig von unserer Fraktionszugehörigkeit muss uns allen daran gelegen sein, an einem guten und besseren Image von Politikern zu arbeiten. Uns muss gerade mit Blick auf die Stabilisierung unserer Demokratie daran gelegen sein, dass das Politikinteresse und auch die Wahlbeteiligung steigen. Das hat nichts mit Partei- oder Fraktionszugehörigkeit zu tun. Das hat etwas mit unser aller Berufsstand zu tun.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es gemeinsam in der Hand, wie wir draußen im Land vor Ort an den Bildschirmen, in den Zeitungen und den Radios wahrgenommen werden. Unser aller Stil im Umgang miteinander wird auch darüber entscheiden, ob die Bürgerinnen und Bürger noch Lust haben, uns zuzuhören. Ich weiß, dass es für die Regierungspartei, die elf Sitze verloren hat, schwierig ist, gleich zu Beginn zuzuhören. Ich fände es aber ganz nett.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das gemeinsame Zuhören schließt harte Auseinandersetzungen in der Sache nicht aus. Diese Auseinandersetzungen sollten aber fair und menschlich sein. Das gilt für alle Seiten, und zwar – ich sage es bewusst – nicht nur für die mitbewerbenden Fraktionen, sondern für alle Parteien.

Sollte es zu persönlichen Verletzungen im Wahlkampf gekommen sein, dann bitte ich, dies zu entschuldigen, was ich umgekehrt auch gern tue.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun gilt es, in der Sacharbeit Positionen im Parlament zu verdeutlichen. Eines vorweg: Natürlich werden wir die Regierung kritisieren und werden die Regierung und die Koalitionsfraktionen – das liegt in der Natur der Sache – diese Kritik abtun.

Ich bitte aber, eins nicht zu verwechseln. Kontrolle und Kritik sind nicht nur ausdrücklich erlaubt, sondern gerade auch von der Opposition verfassungsmäßig gefordert. Wer von der Regierung dies immer, wenn es Kritik – konstruktive Kritik – gibt, als Wahlkampf oder Unflätigkeit abtut, hat entweder das Demokratieprinzip nicht verstanden oder verlernt, kritikfähig zu sein.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg Pörksen, SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte diejenigen, die die Mehrheit in diesem Parlament haben, Respekt vor der zweitgrößten Fraktion, der einzigen Oppositionsfraktion zu haben, zum Beispiel auch im Umgang mit der Geschäftsordnung.

Sehr geehrter Herr Präsident, ich danke Ihnen für die einleitenden Worte, dass wir gemeinsam diesen Modus gefunden haben und uns das zusteht, was die SPD damals für sich in Anspruch genommen hat.

(Beifall der CDU)

Verehrter Herr Ministerpräsident, verehrte Kollegen des Kabinetts, an zwei Stellen Ihres Koalitionsvertrages sprechen Sie davon, dass Sie sich aktiv bemühen, die Abgeordneten, also alle Abgeordneten, an zwei Stellen, bei Verfassungsänderungsfragen, einzubeziehen, weil Sie hier die CDU brauchen.

Aber ist es nicht selbstverständlich, alle Abgeordneten bei allen Entscheidungen des Parlaments einzubeziehen? Wollen Sie sich immer nur dann um Konsens bemühen, oder ist die Opposition dann einfach nur niederzustimmen?

Mehrheit ist zwar Mehrheit, das stimmt, aber man kann auch Zeichen setzen.

Die CDU-Fraktion hatte bei der Wahl zur Besetzung des Präsidiums dieses Hohen Hauses bewusst ein positives Zeichen gesetzt. Wir haben sehr wohl, sehr geehrter Herr Hering und sehr geehrter Herr Köbler, Ihr Zeichen wahrgenommen. Es war ein guter parlamentarischer Start, wie ich finde. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der Meinung, das Parlament sollte der Regierung selbstbewusst gegenüber treten; denn eine Regierung hält sich nicht einfach ein Parlament. Die Gesetzgebungskompetenz liegt in diesem Parlament und nicht in der Staatskanzlei.

(Beifall der CDU)

Die Gesetze werden nicht einfacher werden. Hoher Schuldenstand in Rheinland-Pfalz, klamme Kommunen,

belastender Unterrichtsausfall, schrumpfende und alternde Bevölkerung, die Herausforderungen und das Erbe der vergangenen Jahre machen eine Politik für die Zukunft nicht einfach.

Aus der demografischen Entwicklung erwächst für uns alle eine riesige Gestaltungsaufgabe, weil es den Um- und Aufbau der gesamten Gesellschaft betrifft. Dieser Wandel wird sich auf dem Land – das wissen Sie – ganz anders vollziehen als in den Städten, und er wird alle Bereiche des Zusammenlebens berühren. Hier spielen der Sport, die Kultur, die Kirchen, die Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle, und wir wollen Sie mit ins Boot nehmen und auch weiterhin unterstützen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der demografische Wandel verlangt von uns, neu vorzudenken, zu überdenken, was wirklich wichtig ist. Er fordert den Zusammenhalt der Generationen. Er fordert das Zusammenhalten, die Solidarität von Jung und Alt, von Wohlhabenden und Ärmern, von Gesunden, aber auch von Beeinträchtigten, und er erfordert den Zusammenhalt und die Unterstützung von Familien, die füreinander Verantwortung übernehmen bei der Erziehung der Kinder, aber auch bei der Pflege ihrer Eltern oder Verwandten. Das kann der Staat niemals leisten.

Ich will auch nicht, und die CDU-Fraktion will es auch nicht, dass der Staat glaubt, dies den Menschen abnehmen zu müssen. Der Staat muss unterstützen, aktivieren und motivieren, aber nicht dirigieren.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Beck, ich wünsche Ihnen die Kraft, auch die Weitsicht und die Unabhängigkeit, gemeinsam mit den GRÜNEN unser Land sicher zu führen, Chancen zu begreifen und Neues zu schaffen.

Ich verstehe nicht, dass es bei den guten Wünschen, die ich Ihnen gerade ausspreche, schon Probleme bei Ihrer Fraktion gibt.

(Ministerpräsident Beck: Keinen Muckser haben die gemacht!)

– Es ist ein bisschen schwierig. Wenn man Sie einmal kritisiert, dann gibt es Widerspruch, und wenn man Sie lobt, gibt es auch Widerspruch bei guten Wünschen.

(Zurufe von der SPD)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihre gestrige Rede haben Sie unter ein vielsagendes Motto gestellt. „Sicherheit im Wandel“ haben Sie Ihre Rede gestern genannt. Ich will dieses vielsagende Motto „Sicherheit im Wandel“ noch einmal kurz erläutern. Ihr Koalitionsvertrag trägt dann noch den verheißungsvollen Titel „Unser gemeinsamer Weg für Rheinland-Pfalz – Aufbruch in eine soziale und ökologische Zukunft“.

Ich habe mir diesen Weg angeschaut, den Anspruch, den Sie formulieren, und die Wirklichkeit. Das Wort

„Aufbruch“ birgt etwas Faszinierendes, ohne Zweifel. Es ist ein neuer Weg, den man gehen will, ein neuer Reiz, ein neuer Anfang. Nun soll Rheinland-Pfalz aufbrechen. Wieder einmal, Herr Beck.

Herr Ministerpräsident, allzu oft wollten Sie schon als Regierungschef oder als SPD-Landes- und Bundesvorsitzender aufbrechen. Ob geforderter Bildungsaufbruch, ob der gefühlte Aufbruch auf dem SPD-Bundesparteitag 2007, ob 2009 der Aufbruch mit Andrea Ypsilanti in die soziale Moderne hin zu den Linken oder im vergangenen Jahr auf dem SPD-Landesparteitag im schönen Idar-Oberstein, da haben Sie eine neue Aufbruchstimmung verspürt. Bekanntlich hat die SPD nach der Landtagswahl elf Sitze weniger im Landtag. Sie sind also nicht auf-, sondern regelrecht eingebrochen.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich erinnere an Ihre Regierungserklärung 2001, als Sie die Zeiten des Umbruchs und Aufbruchs heraufbeschworen, oder gar an Ihre Regierungserklärung 2006, die den verheißungsvollen Titel trug „Im Auftrag der Menschen gemeinsam den Aufbruch gestalten“.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ob mit der FDP, mit den Linken oder den GRÜNEN, Sie sind kaum zu bremsen, wenn es ums Aufbrechen geht.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Schon damals, 2006, sind Sie mit Rheinland-Pfalz – – –

(Ministerpräsident Beck: Das wird auch so bleiben!)

– Die ersten Drohungen werden ausgesprochen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Von diesem emotionalen, empathischen Aufbruch haben wir gestern in der fast zweieinhalbstündigen Rede viel mitbekommen. Das hat man Ihren Gesichtern auch angesehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Halten wir fest, schon damals, 2006, sind Sie mit Rheinland-Pfalz aufgebrochen.

Wer neu aufbrechen will, muss aber zuerst wissen, wo er steht, muss wissen, welche Altlasten noch abzuarbeiten sind.

Herr Ministerpräsident, es geht um das Ergebnis Ihrer vergangenen 17 Jahre. Das ist es – ich sage es gelinde –, was uns so belastet, Sie belastet, auch die GRÜNEN belastet, dass Sie jetzt ganz kräftig auf die Schuldenbremse treten müssen, und nicht wegen einer anhaltenden Wirtschaftskrise der vergangenen 20 Jahre. Nein, Rheinland-Pfalz ist hier, und Rheinland-Pfalz hatte Sie als Ministerpräsident. Das ist Ihr persönliches Ergebnis.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, gestern war davon keine Rede.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie starten nicht bei null. Sie haben gestern in Ihrer Rede so getan, als seien Sie frisch dabei wie die GRÜNEN. Frisch ist dabei sicherlich – – –

Ich verstehe es auch. Daran kann man nicht rütteln. Das geht vielen Parteien so. Das wird auch die CDU woanders einmal treffen.

(Pörksen, SPD: Gerade geschehen!)

– Ich finde, da hat Häme nichts zu suchen. Aber frisch ist sicherlich noch der Schmerz, dass Sie fast 10 % eingebrochen sind und an Wählerzustimmung verloren haben. Auch das gehört zur Bestandsanalyse.

(Fuhr, SPD: Zum dritten Mal!)

Bevor man aufbrechen will, sollte man damit kritisch umgehen.

(Ramsauer, SPD: Da haben Sie seit 20 Jahren Erfahrung!)

Noch einmal: Diese Altlasten müssen benannt und erst einmal in Ordnung gebracht werden; denn sonst gibt es – Sie haben gestern Ihre Rede so genannt: „Sicherheit im Wandel“ – keine Sicherheit im Wandel, die Sie propagieren, sonst wandeln Sie und trampeln Sie nur auf den alten Pfaden. Das wäre nicht gut für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sehr häufig – ich finde auch zu Recht – den Anspruch erhoben, als Politiker, als Regierung, als Regierungschef, als Koalition muss man nah bei den Menschen sein. Das ist auch unser aller Anspruch, ganz gleich in welcher Fraktion wir aktiv sind. Wenn wir nicht nah bei den Menschen sind, dann wüsste ich gar nicht, warum wir hier in diesem Parlament sitzen.

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag Folgendes stehen – ich darf zitieren; das werde ich heute noch häufiger tun, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

(Pörksen, SPD: Auch ohne!)

„Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern bei zentralen Zukunftsentscheidungen vor Ort und im Land mehr Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten geben.“ Da stimme ich Ihnen zu, das will die CDU natürlich auch.

Hier freue ich mich auf einen gemeinsamen neuen Weg. Hier wird die CDU mit einem eigenen Vorschlag auch einen Vorstoß unternehmen; denn wir brauchen in der Tat mehr als nur eine Agentur, die Bürgerkongresse moderiert, die Sie bei der Kommunalreform organisieren ließen.

Das waren – wenn Sie ehrlich sind, haben Sie mit ein bisschen Abstand auch die Größe, das zuzugeben,

glaube ich – Showveranstaltungen, aber keine Mitbestimmungen.

(Beifall der CDU –  
Ramsauer, SPD: Waren Sie dabei?)

– Ich war bei einer dabei.

(Fuhr, SPD: Donnerwetter! –  
Zurufe von der SPD: Oh! –  
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Ich weiß, es tut ein bisschen weh, wenn man eine Frage vorbereitet hat und die nicht so aufgeht, wie man es sich gewünscht hat. Das ist doch klar.

Wo es der Landesregierung passt, werden die Bürgerinnen und Bürger pro forma ins Boot geholt, aber da, wo es voraussichtlich Ergebnisse gibt, die einem nicht passen, da bleiben sie außen vor, Beispiel Kommunal- und Verwaltungsreform.

Wie sieht denn hier Ihre Bürgerbeteiligung aus? Hier geht es um die Bürger vor Ort, aber Zwangsfusionen statt Bürgerbeteiligung ist Ihr Motto.

(Frau Elsner, SPD:  
Das ist unverschämt!)

Herr Ministerpräsident., Sie sprachen gestern vom Jahr der Ehrenamtstätigkeit. Wenn dann aber durch Zwangsfusionen von verschiedensten Gemeinden ehrenamtliche Ratsmitglieder vor den Kopf gestoßen werden, dann ist Ehrenamt alles andere als Ehrensache. Dann verderben Sie den Geschmack an diesen Ehrenamtstätigkeiten.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, deshalb schlägt die CDU vor, die verunglückte Kommunal- und Verwaltungsreform zu stoppen und einen neuen, wirklichen Dialog mit den Bürgern zu beginnen. Ein neues Gesamtkonzept zur Kommunal- und Verwaltungsreform muss dann aber diesmal alle staatlichen und kommunalen Ebenen umfassen. Wir wollen, dass die Bürger nach ihrer Meinung befragt werden. Wer das nicht will, hat Angst vor dem Votum der Bürger.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, wir bieten Ihnen gerade in den Kommunen vor Ort die Zusammenarbeit mit der CDU an. Wir stellen 100 Verbandsbürgermeister und mehr als die Hälfte der Landräte.

Deshalb: Bürgerbeteiligung ist nicht nur ein schönes Wort für Podiumsdiskussionen, Wahlkampfbroschüren und Koalitionsverträge. Bürgerbeteiligung verstehe ich, versteht die CDU-Landtagsfraktion als Bürgerrecht nicht in der Theorie, sondern in der Praxis. Wir sind für die Praxis bereit. Die Theorie haben Sie bereits niedergeschrieben. Gehen Sie mit uns in die Praxis. Das wird dann auch funktionieren.

(Beifall der CDU)

Um es etwas konkreter zu machen – ich weiß, dass das für die Kollegen der SPD nicht ganz einfach ist –: Mir ist klar, man muss Kompromisse eingehen, keine Frage. Aber man muss sich dann auch an den Worten messen lassen, die man zuvor sehr großspurig, auch in Pressemitteilungen, in einem Vorwurf der CDU gegenüber gefunden hat.

Es heißt letztlich bei der Mittelrheinbrücke

(Heiterkeit des Abg. Pörksen, SPD)

– ich darf kurz zitieren; ich finde das übrigens eine sehr schöne Passage, deshalb lese ich sie auch langsam vor,

(Pörksen, SPD: Sie können ruhig schnell reden!)

um die Möglichkeit zu bieten, dass derjenige, der es gesagt hat, selbst erkennen kann, dass er es war, und die anderen auch –:

„Warum wir die Brücke brauchen?

Auf 100 Kilometer zwischen Mainz und Koblenz gibt es keine Brücken. (...) Viele Menschen verlassen die Region und so blutet ein Teil des Rheintals aus. Die ortsansässigen Unternehmen auf beiden Seiten können wegen der Grenze nur einen halben Kundenkreis bedienen und sind so in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung eingeschränkt. Infrastruktur und gute Verkehrswege sind wichtig für die Entwicklung einer Region und

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

genau diese Entwicklung soll die Brücke beleben.“

Ich stimme Ihnen da vollkommen zu, sehr geehrter Herr Minister Lewentz.

(Beifall der CDU –  
Bracht, CDU: Bravo!)

Herr Lewentz, Sie nehmen es sportlich, so kennen wir uns. Das waren Ihre Worte am 14. Dezember 2010 in einem SPD-Interview. Ich habe es auch noch einmal dabei, falls Sie es brauchen. Das Internet vergisst eben nichts, genau wie die Pressemitteilung des SPD-Landtagsabgeordneten Puchtler.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genauso wie Ihre Twitter-Mitteilungen! –  
Zurufe von der SPD: Oh! –  
Hering, SPD: Guter Mann!)

– Herr Puchtler, guter Mann, in dem Aspekt muss ich Ihnen sagen, ja. Ich hätte mir nur gewünscht, dass er es ein bisschen durchgehalten hätte.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Ich sage Ihnen einfach einmal, was er gesagt hat. Ich hoffe, dass Sie dann auch ein bisschen klatschen.

Er sagte es in einer Pressemitteilung vom 25. November 2010. Das ist noch nicht ganz so lange her. Sie sind ja

auch noch jung und frisch und erinnern sich an so etwas.

(Puchtler, SPD: Danke schön! –  
Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Puchtler, in Ihrer Pressemitteilung stand – übrigens auf der Homepage noch zu finden; ich finde, man kann es auch stehen lassen –

(Heiterkeit bei der CDU –  
Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Herr Bracht hat auch seine Erfahrungen gemacht!)

im Titel „Mittelrheinbrücke: SPD steht – CDU wackelt.“

(Heiterkeit bei der CDU –  
Ramsauer, SPD: Ist doch wahr!)

Herr Puchtler, wenn Sie wenigstens nur gewackelt, aber dann gestanden hätten, Sie sind aber komplett umgefallen, und das ist peinlich.

(Beifall der CDU)

Herr Puchtler, Sie hatten einiges zu sagen, deshalb ging die Pressemitteilung noch weiter. Sie steht auch noch weiter auf der Homepage.

(Ramsauer, SPD: Haben Sie denn in Berlin keiner Regierungskoalition angehört?)

Da steht: „Die SPD steht (...) uneingeschränkt“ – nicht eingeschränkt, sondern uneingeschränkt – „für den Bau der Mittelrheinbrücke.“

Jetzt kommt ein Satz, für den sind nicht wir verantwortlich, für den sind auch nicht die GRÜNEN verantwortlich, sondern Sie alleine im Wahlkampf sind für diesen Satz verantwortlich.

Da schreiben Sie, noch einmal, Sie stehen uneingeschränkt für den Bau der Mittelrheinbrücke, Zitat: „Darauf können sich die Bürger verlassen!“ Jetzt sind die Bürger verlassen. So viel ist Ihr Wort wert.

(Beifall der CDU)

Liebe Kollegen, es gab Zeiten, da waren Ihnen von der SPD die Bürger noch wichtig – vor der Wahl. Nach der Wahl bestimmen Sie aber einfach selbst, was den Bürgern angeblich so wichtig ist.

(Pörksen, SPD: Vielleicht hören Sie einmal dem Herrn aus Nierstein zu!)

Herr Ministerpräsident, gestern sagten Sie wörtlich in Ihrer Rede, dass die Entscheidung gegen die Mittelrheinbrücke – ich zitiere – „für die Menschen in unserem Land tragbar ist“. Einen Zwischenruf vom besagten Absender der SPD-Pressemitteilung habe ich gestern nicht vernommen, aber ich schaue gern noch einmal im Protokoll nach.

Diese Entscheidung, auf die Brücke zu verzichten, sei für die Menschen tragbar. Wann haben Sie eigentlich die

Menschen danach gefragt? Welche Menschen haben Sie eigentlich gefragt?

(Pörksen, SPD: Sie nicht!)

Die Pendler? Die Unternehmer? Die vielen Familien vor Ort jedenfalls nicht. Die sagen lautstark und auch für Sie unüberhörbar etwas ganz anderes.

(Frau Thelen, CDU: Aber ja!)

Herr Ministerpräsident, ich erinnere mich noch gut. Sollte nicht die Mittelrheinbrücke das Pilotprojekt der SPD, der SPD-Landesregierung für ein neues Bürgerbeteiligungskonzept sein?

(Bracht, CDU: Aber ja, so war es! –  
Frau Thelen, CDU: Jetzt hat man Angst  
vor dem Ergebnis!)

Verehrte Kollegen, die CDU steht weiterhin zu dem Versprechen vor der Wahl.

Wir haben Lehren aus der Erfahrung mit Stuttgart 21 gezogen.

(Pörksen, SPD: Hier? Das glaube ich nicht!)

Deshalb haben wir auch mit einem anerkannten, wirklich anerkannten Mann – er wird gerne von den GRÜNEN und von der SPD zitiert und dann eingeladen, wenn es passt –, Heiner Geißler, unserem rheinland-pfälzischen Freund, ein Bürgerbeteiligungskonzept entwickelt.

(Ministerpräsident Beck: Attac!)

Unter anderem gehört zu diesem Bürgerbeteiligungskonzept die Neugestaltung von Volksbegehren. Das möchte ich bewusst betonen.

(Pörksen, SPD: Und die Selbstdarstellung  
von Geißler!)

In Rheinland-Pfalz liegt die Hürde bei 300.000 Unterschriften. Das ist zu viel. Wir wollen sie deshalb auf 200.000 absenken. Wir setzen uns darüber hinaus für eine Verlängerung der Zeiträume für die Unterschriftensammlung ein; denn in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz braucht man mehr Zeit.

Deshalb sage ich noch einmal, wir sind für die Mittelrheinbrücke, wir sind aber offen für eine Bürgerabstimmung, die sowohl dafür als auch dagegen sein kann. Wir sind offen, dem Bürger zuzuhören und nicht die Tür zuzuwerfen.

(Beifall der CDU)

Ich komme zurück zur Brückenpolitik und den rheinland-pfälzischen GRÜNEN. Verehrte Frau Ministerin Höfken, verehrte Frau Ministerin Lemke, ich kann es Ihnen heute nicht ersparen, es ist uns ein paar Worte wert. Frau Ministerin Lemke und Herr Kollege Köbler, Sie haben den Protest gegen den Hochmoselübergang geschürt. Sie wollten die Leute glauben machen, die Grünen könnten, seien sie erst einmal in der Landesregierung ange-

kommen, dieses wichtige Infrastrukturprojekt stoppen. Sie haben Erwartungen geweckt, und das geschieht natürlich auch in einem Wahlkampf. Aber Sie haben Erwartungen derart geweckt, dass Sie den Hochmoselübergang zum Markenkern Ihrer Wahlkampfpolitik gemacht haben. Sie traten im Wahlkampf mit dem erklärten Ziel an, die Brücke zu kippen.

Frau Ministerin Lemke, Sie nannten es ein „ökologisch und ökonomisch schädliches Wahnsinnsprojekt“.

(Staatsministerin Frau Lemke: Das stimmt auch!)

Ich sage noch einmal, Sie sind mit dem Versprechen hausieren gegangen, obwohl Sie schon damals wussten, dass Sie dieses Versprechen nicht werden halten können. Das haben Sie vor der Landtagswahl wider besseres Wissen gesagt, und Ihre Wähler an der Mosel fühlen sich getäuscht.

Verehrte Frau Ministerin, Sie können uns doch nicht allen Ernstes erzählen, dass Sie im Laufe der Koalitionsverhandlungen, nach dem ominösen Moratorium, erstmalig in die Unterlagen hineingeschaut haben und Sie dann erst von den vertraglichen Verpflichtungen etwas gewusst haben. Das können Sie mir bei Ihrer Kompetenz als Unternehmensberaterin nicht erzählen, Frau Lemke!

(Beifall der CDU)

Wir alle wissen – und damit sind wir bei Anspruch und Wirklichkeit –, Sie haben einen guten Grund gesucht, um Ihr gebrochenes Versprechen zu erklären.

(Pörksen, SPD: Was wollen Sie denn eigentlich?  
Wollen Sie keine Brücke?)

Sie sagten, erst im Laufe der Koalitionsverhandlungen sei Ihnen klar geworden, dass die Verträge so festgeschrieben, der Bau so weit und letztlich die Bundesansprüche so hoch seien. – Verehrte Frau Ministerin Lemke und lieber Herr Kollege Köbler, ich weiß, dass Sie uns genau diese drei Argumente vorher nie abgenommen haben, aber das sei Ihnen unbenommen. Aber auch Sie haben doch Kollegen in der Bundestagsfraktion, die im Bundesverkehrsausschuss sitzen und die Ihnen das hätten erklären können, bevor Sie Versprechen abgeben.

Vor der Wahl waren Daniel Köbler und Eveline Lemke zu Gast bei der „Allgemeinen Zeitung“. Über den Besuch berichtete ein Artikel, in dem es auch um den Hochmoselübergang ging. Ich darf kurz daraus zitieren:

„Die Brückenprojekte hätten eine hohe Symbolkraft, verdeutlicht Lemke. Und solche symbolträchtigen Projekte müssten verhindert werden. Das könne als Preis auch bedeuten, in die Opposition zu gehen.“

(Zurufe von der CDU: Oh! Ui!)

Starke Worte. Vor der Wahl. – Aber wie schnell selbst die GRÜNEN-Politiker ihre großen Ideale und ihre großen Wahlversprechen wie Ballast abwerfen, wenn es auf der Regierungsbank bequem wird, dafür haben wir ein

gutes Beispiel, und das werden die Wähler nicht vergessen.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kollegen, Brückenbau ist Infrastrukturpolitik, und Brückenbau ist auch Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün ist ein wolkiges Kapitel. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag:

„Die rot-grüne Landesregierung verfolgt eine sozial gerechte, innovative und ökologische Wirtschaftspolitik. Wir werden wirtschaftliche Entwicklung mit ökologischem Innovationsschub und guter Arbeit verbinden (...)“

Dieser Erklärung folgt eine Absichtserklärung nach der anderen, und ich bin erleichtert; denn Rot-Grün bekennt sich sogar zu Folgendem:

„Wir halten an der Selbstverwaltung und der Eigenverantwortung der regionalen Wirtschaft fest. Deshalb unterstützen wir ein modernes und transparentes Kammerwesen.“

Was Sie genau darunter verstehen, sagen Sie zwar nicht, aber ich finde es bemerkenswert, dass Rot-Grün im Koalitionsvertrag bekräftigt, an der Eigenverantwortung der regionalen Wirtschaft festhalten zu wollen. Mir war bisher nicht bekannt, dass es in der jüngsten rheinland-pfälzischen Geschichte Bestrebungen gegeben hätte, die Eigenverantwortung der regionalen Wirtschaft abzuschaffen. Also, bravo, bravo!

(Beifall der CDU –  
Zurufe von der CDU: Bravo!)

Bravo – diese Landesregierung bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft, und es geht ein Ruck durch Deutschland,

(Pörksen, SPD: Bei Ihrer Rede aber nicht!)

übrigens genauso wie beim Veggiday. Einmal in der Woche soll es einen fleischlosen Tag in Rheinland-Pfalz geben, das steht extra im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber müssen wir nun sechsmal die Woche Fleisch essen, weil es nur einen Tag gibt, an dem kein Fleisch gegessen werden soll?

(Heiterkeit und Beifall der CDU)

Liebe Kollegen, die CDU hält absolut gar nichts von der Entmündigung und der Gängelung mündiger Bürger, und sie hält auch nichts von der Gängelung unserer Unternehmer, die weiß Gott schon genug mit Auflagen in diesem Land zu kämpfen haben.

(Beifall der CDU)

Ich bin nun bei den Unternehmern, und es geht mir gerade auch um die Arbeitnehmer.

(Pörksen, SPD: Da sind Sie besonders prädestiniert!)

– Herr Pörksen, ich mag Ihre lockere Art, darüber freue ich mich. Aber lassen Sie uns doch einmal zusammen nach Ludwigshafen zur BASF fahren.

(Pörksen, SPD: Nein, ich bleibe lieber in Deutschland!)

Herr Pörksen traut sich nicht, über den Tellerrand hinauszuschauen. Das ist immer schlecht!

(Beifall bei der CDU)

Im Koalitionsvertrag kündigen Sie an, Rheinland-Pfalz soll eine gentechnikfreie Zone werden. Aber was ist eigentlich mit der Gemeinde Limburgerhof? Was ist eigentlich mit der BASF, mit den vielen Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern? Dort geht es nicht nur um Grundlagenforschung, und es geht nicht nur um karitative Unternehmen, sondern es geht auch um die Umsetzung und die Anwendung, um einen verantwortungsvollen Umgang mit einer neuen Technologie.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Die Gentechnik ist nicht verantwortungsvoll!  
Niemand!)

Es geht um den Wirtschafts-, Industrie- und Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Zu Recht ist die BASF alarmiert, und zu Recht erkennen wir jetzt, die GRÜNEN sind sich treu geblieben, das respektiere und achte ich auch. Aber die SPD, die immer vor den Türen der BASF und beim Betriebsrat steht und auf die Mündliche Anfrage unserer Landtagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode geantwortet hat, man brauche die verantwortungsvolle grüne Gentechnik in Rheinland-Pfalz, hat mit ihrer Haltung ein Problem. Nur, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden ein Problem haben, wenn diese Landesregierung nicht weiß, wohin es gehen soll.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kollegen, alarmiert sind auch die vielen Winzer und Landwirte in Rheinland-Pfalz. Herr Ministerpräsident, Sie sagten gestern, die Landesregierung habe für qualitativ hochwertige Weine in Rheinland-Pfalz gesorgt.

(Ministerpräsident Beck: Das habe ich nicht gesagt! Bleiben Sie bei der Wahrheit!  
Das habe ich nicht gesagt!)

– Bei aller Wertschätzung Ihres Könnens, – – –

(Ministerpräsident Beck: Das habe ich nicht gesagt!  
Sie zitieren mich falsch, und das ist un wahr!  
Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

– Herr Beck, was sind Sie denn so aufgeregt!

(Zurufe von der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Nicht falsch zitieren!  
Du sollst kein falsches Zeugnis abgeben!)

– Ich hätte Ihnen ein bisschen mehr Souveränität zuge-  
traut!

(Zurufe von der SPD)

Nichtsdestotrotz, bei aller Wertschätzung Ihres Könnens, sind es doch unsere Winzer selbst, die den guten Wein machen, und zwar ohne warme Worte dieser Landesregierung.

(Beifall der CDU –  
Licht, CDU: Angekratzt!)

Ich würde mir wünschen, Sie kümmern sich lieber um die Interessen der Winzer und der Landwirte und erheben eine lautstarke Stimme von Rheinland-Pfalz bei der EU-Agrarreform, weil Ihre neue Ministerin, Frau Höfken, die ich seit neun Jahren Ausschussarbeit im Bundesagrararusschuss kenne – – –

(Ministerpräsident Beck: Dann ist sie ja gestählt! –  
Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Beifall bei der CDU)

– Ich bedanke mich für dieses Lob, Herr Ministerpräsident.

Herr Ministerpräsident, ich weiß, dass Sie ein Problem bekommen werden. Ulrike Höfken hat eine klare Position und Haltung. Auch diese achte und respektiere ich. Diese Haltung ist bei Ulrike Höfken die, dass auf der einen Seite der ökologische Anbau extremen Nachholbedarf in Rheinland-Pfalz hätte und es bei dem sogenannten Greening – Erste und Zweite Säule, Sie kennen sich sicherlich damit aus – bei der Ersten und Zweiten Säule fundamental andere Sichtweisen zwischen SPD und GRÜNEN gibt. Diese Sichtweisen, die diametral zueinander stehen, müssen aufgelöst werden. Da helfen auch warme Worte im Koalitionsvertrag nichts.

(Beifall der CDU –  
Ramsauer, SPD: Das ist wie bei  
Schwarz-Gelb in Berlin!)

Sicherlich ganz und gar nicht im Sinne des Verbrauchers ist der Ausverkauf des Ressorts Verbraucherschutz ins Justizministerium. Lieber Herr Hartloff, so richtig glücklich sehen Sie mit Ihrem Ressort nicht aus. Ich verstehe es auch.

(Heiterkeit bei der CDU)

Jetzt ist diese Angelegenheit des Verbraucherschutzes im Ressort eines Ministers, der gar nicht Minister werden wollte, aber es sollte und es jetzt auch ziemlich bedauert.

Herr Ministerpräsident, das erklärt vielleicht auch, warum Sie gestern nicht, ich nenne es einmal so, die Chance und die Möglichkeit genutzt haben, auch die Verbraucher, übrigens im Sinne unserer Obst- und Gemüsebauern in Rheinhessen und auch in der Pfalz, über die aktuellen EHEC-Infektionen und über die Hysterie zu informieren.

(Ministerpräsident Beck: Über die Hysterie hätte ich informieren sollen?)

– Sonst mischen Sie sich doch auch gerne ein.

(Ministerpräsident Beck: Ich will die Hysterie vermeiden!)

Ich hätte es mir gewünscht, dass Sie im Sinne unserer Landwirte gestern auch einige Worte gefunden hätten; denn diese stehen gerade zu Unrecht unter Rechtfertigungsdruck.

(Beifall der CDU)

Die Landwirte, die Obst- und Gemüsebauern haben die CDU an ihrer Seite.

Wäre der Verbraucherschutz im Ernährungsressort geblieben, hätte es vielleicht eine Politik aus einem Guss geben können.

(Ramsauer, SPD: So wie beim Bund beim Dioxin! –  
Frau Brede-Hoffmann, SPD: So wie Sie das in  
Berlin gemacht haben!)

Liebe Kollegin Höfken, wie gesagt, wir kennen uns aus dem Bundesagrararusschuss. Ich weiß auch, dass Sie sehr darunter leiden, dass Ihnen dieses Ressort so beschnitten worden ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich weiß, dass der Verbraucherschutz Ihr Leib- und Magenthema ist. Es tut weh. Aber es gab einen Handel in dieser Koalition, das wissen Sie selbst am besten. Aber der Verbraucher wird angeschmiert sein.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Wirtschaftspolitik ist Infrastrukturpolitik, gerade für das Flächenland Rheinland-Pfalz. Herr Ministerpräsident, Sie wollen für den ÖPNV die Mittel verdoppeln. So steht es in Ihrem Koalitionsvertrag.

Das Land wendet schon jetzt 400 Millionen Euro jährlich aus dem Haushalt für den ÖPNV auf. Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt wurde ohne Zweifel ein wirklich beachtliches Leistungspaket entwickelt. Die CDU Rheinland-Pfalz und die CDU-Landtagsfraktion stehen hinter diesem Paket, weil wir es für richtig und auch für wichtig halten.

(Beifall der CDU)

Dieser Rheinland-Pfalz-Takt kostet seinen Preis, aber er lässt sich leider nicht auf alle abgelegenen Ecken des Landes ausweiten. Eines ist klar: Die geplante Verdoppelung des ÖPNV-Anteils geht dann natürlich zulasten des Straßenneu- und -ausbaus und zulasten der Erhaltung.

Da stehen die bösen Autos gegen die Busse und Bahnen, die Konfrontation von Straße, Schiene und Wasserstraße. Das ist also Ihr Masterplan Ihrer rot-grünen Verkehrspolitik?

(Beifall der CDU)

Nur, wir leben hier in einem Flächenland mit dünn besiedelten Regionen. Denken Sie an den Hunsrück, denken Sie an die Westpfalz. Hier geht es schlichtweg nicht ohne Individualverkehr mit dem Auto.

Abgesehen davon brauchen auch Busse intakte Straßen. Beim Landesstraßenbau reichen schon jetzt die Mittel nicht aus. Der jüngste Bericht des Landesrechnungshofes ist alarmierend. Ich zitiere: „Ein Aufschieben notwendiger Instandsetzungsmaßnahmen kann zwar kurzfristig Einspareffekte bewirken, mittel- bis langfristig ist dies jedoch unwirtschaftlich und führt zu hohen Instandhaltungsaufwendungen und einer erheblichen Verschlechterung der Bausubstanz.“

Es ist also unverantwortlich, die Infrastruktur unseres Landes nur noch auf Verschleiß zu nutzen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU)

Ich sage Ihnen gerne, wofür die CDU im Straßenbau steht: Wir fordern den Moselaufstieg und die Meulenwaldautobahn bei Trier.

(Beifall der CDU)

Wir fordern außerdem den Lückenschluss der A 1 in der Eifel; denn die Nord-Süd-Verbindung der A 1 führt von Lübeck bis zur französischen Grenze bei Saarbrücken. Für den Transitverkehr gehört diese Strecke zu den wichtigsten in Deutschland. Auf der gesamten Länge besteht nur wenige Kilometer lang eine kleine Lücke, und zwar in Rheinland-Pfalz.

(Pörksen, SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Ein großer Teil in Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz torpediert es. Wenn Rheinland-Pfalz beim Lückenschluss dabei wäre, dann würde das auch funktionieren.

(Pörksen, SPD: Falsch! –  
Frau Schmitt, SPD: Das entspricht nicht den Tatsachen!)

Der gesamte Transitverkehr – es trifft die Eifel – muss daher auf die Bundes- und Landesstraßen der Eifel ausweichen. Der Bund steht dahinter, die Menschen stehen dahinter, die CDU steht hinter der A 1. Nur die SPD, die einmal dahinterstand, steht jetzt nicht mehr dahinter. Das ist traurig für die Menschen vor Ort.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir stehen auch für den Ausbau der A 643 vor der Schiersteiner Brücke von Mainz nach Wiesbaden.

(Pörksen, SPD: Der Herr Schreiner auch?)

Ich weiß sehr wohl, hier gibt es sehr unterschiedliche Sichtweisen. Immer diejenigen, die vor Ort betroffen sind, sind natürlich auch aufgefordert, gemeinsam zu schauen, wie man anderen Menschen aus anderen Regionen unseres Landes behilflich sein kann, über die Brücke zu kommen, ohne jeden Morgen im Stau zu stehen.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Mit der S-Bahn!)

Auch das hat etwas damit zu tun, dass wir etwa 50.000 Arbeitsplätze in Hessen haben, die die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wahrnehmen. Wenn diese Zumutungen des Staus zunehmen werden, dann werden diese Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer nach Hessen ziehen und ihre Steuern nicht mehr bei uns bezahlen. Das wollen wir nicht.

(Beifall der CDU –  
Zurufe von der SPD: Ach ja!)

Wir stehen zu dem Lückenschluss zwischen Kandel und Lauterbourg in der Südpfalz.

Wir stehen zur B 10 von Pirmasens nach Landau.

(Beifall der Abg. Frau Ganster, CDU)

Herr Ministerpräsident, Ihnen muss doch klar sein, was an Bundesfernstraßen von Ihnen blockiert wird, ist auch an Bundesgeldern für Rheinland-Pfalz weg. Sie warten nicht auf Rheinland-Pfalz, bis wir wieder fragen. Andere Bundesländer reiben sich die Hände. Das haben Sie zu verantworten!

(Beifall der CDU –  
Ramsauer, SPD: Sie kürzen uns die Mittel und werfen uns das vor! –  
Pörksen, SPD: Das ist ein wahres Sparprogramm, was Sie da vortragen!)

Zu dieser Infrastruktur gehört auch ein schnelles Internet, und zwar nicht nur ein häufiges Reden über das schnelle Internet, sondern auch ein zeitiges Umsetzen.

(Zurufe von der SPD)

Ich weiß, es tut weh, wenn man Fakten vorgehalten bekommt. Dann muss man damit leben. Aber meine Aufgabe ist es, Ihnen diese Fakten vorzuhalten. Wir sind die Opposition, und konstruktive Kritik gehört dazu.

(Beifall der CDU)

Bleiben wir beim Breitband. Wir sind bei der Infrastruktur. Rheinland-Pfalz hinkt seit Jahren bei der Breitbanderschließung des ländlichen Raumes hinter den Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen hinterher. Dazu ist der Breitbandatlas sicherlich ein gutes Nachschlagewerk. Der Breitbandatlas des Bundes besagt, dass Rheinland-Pfalz die letzte Stelle bei den westlichen Bundesländern einnimmt. Sie sehen, es kann auch anders gehen. Es gibt erhebliche EU- und auch Bundesmittel.

Herr ehemaliger Minister Hering, als Minister hatten Sie damit zu tun. Wir hatten auch das eine oder andere Mal Gespräche darüber. Aber eines ist doch auffällig gewesen, dass in Rheinland-Pfalz mitunter die Gelder nicht abgerufen wurden.

(Hering, SPD: Das ist einfach falsch!)

Die GAK-Gelder wurden verzögert abgerufen. Vor allen Dingen die Bürgermeister, die ehrenamtlich tätig sind – das ist bei den hauptamtlichen Bürgermeistern etwas

anderes –, die eine medienneutrale Ausschreibung machen müssen, wenn sie Gelder bekommen wollen – sie können nicht einfach mit der Telekom oder irgendjemand anderem verhandeln, sondern sie müssen eine Ausschreibung machen –, sind häufig überfordert. Deshalb brauchen diese Kolleginnen und Kollegen, die ehrenamtlich tätig sind, auch ein Landesprogramm, das nicht nur den Namen hat, sondern das auch ein konzentriertes Vorgehen deutlich macht. Wir haben jetzt das Beispiel, dass die ADD die Anträge in einer Schleife verzögert hat und die Telekom Angebote jetzt sogar zurückziehen will und es teurer für diese Region wird.

(Frau Schmitt, SPD: Quatsch!)

Der Herr Ministerpräsident sagte gestern, er will Bürokratie abbauen. Hier baut er sie auf. Das passt nicht zusammen.

(Beifall der CDU)

Wir bleiben bei der Wirtschaft. Das größte wirtschaftspolitische Projekt der vergangenen Legislaturperiode suche ich im Kapitel Wirtschaftspolitik vergebens, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Das ist in den Bereich „Zukunftsfähige Infrastruktur“ abgeschoben worden, und zwar an die hinterste Stelle.

100 Seiten Koalitionsvertrag und nur eine knappe halbe Seite Nürburgring. Da wollte offenbar keiner der beiden Koalitionspartner diese heiße Kartoffel schälen.

(Beifall der CDU –  
Pörksen, SPD: Heiße Kartoffeln pellt man und  
schält man nicht!)

Frau Ministerin Lemke, Sie sagen, Sie seien gradlinig. Aber so schnell, wie Sie bei Ihrem Leib- und Magentema „Nürburgring“ die Spur gewechselt haben, das schafft selbst ein Formel-1-Weltmeister nicht, und Vettel ist schon schnell.

Erinnern Sie sich noch an Ihre Vorregierungspressemeldungen? Die sind noch fast druckfrisch. Da ist von „Ministermürks“ die Rede – da sind einige Ihrer Kollegen mit gemeint –, von „systematischer und gezielter Verschwendung von Millionen von Steuergeldern, von eklatanten Mängeln und Machenschaften am Ring, vom politischen Skandal, der Wettbewerbsverzerrung“.

Frau Ministerin Lemke, Sie haben recht. Wir unterstützen Sie bei dieser Sichtweise. Erinnern Sie sich noch an Ihre Prognose? Sie haben gesagt, die Erfolgsaussichten für die regionale Wirtschaft seien trübe. Diese Prognose wandelt sich nun auf der Regierungsbank – nachlesbar übrigens im Koalitionsvertrag – in Folgendes: Er (der Nürburgring) biete vielen Menschen einen zukunftsweisenden Arbeitsplatz.

(Frau Elsner, SPD: Stimmt ja auch! –  
Zuruf von der SPD: Richtig!)

Selbst das haben Sie noch getoppt. Am 3. Februar 2011, Frau Wirtschaftsministerin, sprechen Sie von der „Heuschreckenmentalität“ Kai Richters. Wer das ist, muss ich in diesem Haus nicht erläutern.

Am 2. Mai – wohlgemerkt nur zwei Monate später – – –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

–Ja, da muss man vorsichtig sein, weil es immer Klagen gibt.

(Pörksen, SPD: Dann gewinnen Sie auch noch! –  
Ministerpräsident Beck: Ich habe ja Sie gemeint!)

Frau Ministerin Lemke, am 2. Mai – wohlgemerkt nur zwei Monate später – erklären Sie bei der Vorstellung des künftigen Landeskabinetts, der Nürburgring sei ein „nicht so glückbehaftetes Projekt“, teures, nicht so glückbehaftetes Projekt gewesen. Sie sagen – ich zitiere –: „Ich wünsche dem Betreiber“ – also auch der Heuschrecke Kai Richter – „da eine glückliche Hand für die Zukunft“. So schnell können sich Haltungen ändern. So sieht ganz konkret die sozialökologische Aufbruchstimung aus.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin, anstatt als Wirtschaftsministerin selbst den Besen in die Hand zu nehmen und am Nürburgring zu kehren, versuchen Sie ganz elegant, sich der Arbeit zu entledigen. Ihre Worte am 2. Mai auf dieser Pressekonferenz waren folgende: Sie würden sich auf die Energiepolitik konzentrieren wollen. Ich zitiere: „Insofern könnte der Nürburgring an der einen oder anderen Stelle ablenken. Ich bin froh, dass es das dann da nicht tut.“

Abends im SWR sagten Sie: „Und ich lass mich nicht so gern ablenken durch andere Projekte.“ Der Nürburgring ist nicht irgendein anderes Projekt.

Frau Lemke, Sie sind stellvertretende Regierungschefin, stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz. In der „Rhein-Zeitung“ vom 19. Mai war zu lesen, dass Sie als Präsidentin des Leichtathletikverbandes zurückgetreten sind. Ihre Begründung: Im neuen Kabinett seien Sie nicht nur Wirtschaftsministerin, sondern auch stellvertretende Ministerpräsidentin. Da könnte es zu Interessenkonflikten kommen; denn Sie seien für alles zuständig, auch für den Sport als Nebenstelle der Staatskanzlei.

Aber nicht zuständig für den Nürburgring? Sie können sich jetzt nicht einfach wegducken und auf fehlende Zuständigkeiten hinweisen.

(Beifall der CDU –  
Zurufe der Abg. Frau Brede-Hoffmann  
und Pörksen, SPD)

An anderer Stelle haben Sie nämlich betont, dass Sie als stellvertretende Ministerpräsidentin für alles zuständig seien. Bei der Amtsübergabe haben Sie erwähnt, dass Sie quasi als „Nebenstelle“ der Staatskanzlei fungierten. Das hat Herr Beck sicherlich gerne gehört.

(Heiterkeit bei der CDU)

Frau Ministerin Lemke, künftig stehen auch Sie hier – wie Herr Minister Lewentz – in der Verantwortung.

(Pörksen, SPD: Sie kommt noch, keine Angst!)

Vielleicht auch wie Herr Minister Kühl und Herr Hering. Das ist Aufbruch Rot-Grün zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

(Beifall der CDU)

Ich möchte das Thema „Energiepolitik“ erwähnen, weil es mit Wirtschaftspolitik zu tun hat.

Herr Ministerpräsident, bei Ihnen hat sich das gestern sehr leicht angehört. Bis 2030 – das ist ein ambitioniertes, aber ehrenwertes Ziel, ich betone das ausdrücklich – wollen Sie den in Rheinland-Pfalz verbrauchten Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien gewinnen. Leider hat Ihre Betonung des Wörtchens „bilanziell“ nicht ganz so die Betonung bekommen, wie sie es verdient hätte. Bilanziell, das ist Ihr Hintertürchen und heißt aber, dass Sie sehr wohl damit rechnen, dass an gewissen Tagen nicht zu 100 % mit erneuerbaren Energien auszukommen ist. Sie suggerieren es, aber versäumen zu sagen, wo Sie dann die Energie herbekommen wollen.

(Beifall der CDU –

Zurufe der Abg. Dr. Braun und Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abg. Frau Mohr, SPD, und weitere Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident und vor allen Dingen Frau Ministerin Lemke, Sie sagen zu diesem Aspekt, Rheinland-Pfalz – – –

(Ramsauer, SPD: Auch die CDU kann nicht immer Wind machen! –

Zurufe der Abg. Frau Mohr und Fuhr, SPD)

– Es ist hoch interessant, es ist so goldig, diese Zwischenrufe zu hören.

(Heiterkeit und Beifall der CDU)

Ich muss es Ihnen noch einmal kurz sagen. Das muss ich Ihnen wirklich sagen. Frauen können zwei Sachen. Es geht um diese Zwischenrufe. Ich hatte drei Zwischenrufe von dieser Bank, die sich mindestens bei zwei Zwischenrufen widersprochen haben. Die einen sagen, weg von der Kernkraft, und die nächste hat gesagt, ja, sie glauben, der Strom kommt aus der Steckdose. Nein, ich glaube das nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU –

Pörksen, SPD: Können Sie nachher im Protokoll nachlesen, da finden Sie die Zwischenrufe! –  
Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

Einen wichtigen Aspekt, der mit dabei sein soll, hat Frau Energieministerin Lemke betont. Ich wiederhole, ich finde dieses Ziel ambitioniert und ehrenwert. Da unterstützen wir Sie als CDU in diesem Hause explizit, Frau Ministerin Lemke.

Sie sagen, Rheinland-Pfalz soll 2030 Stromexportland werden. Das ist klar, weil wir Probleme mit Speicherkapazitäten haben, könnten wir Stromexportland werden. Jetzt schauen wir einmal in den Koalitionsvertrag hinein. Sie haben in dem Koalitionsvertrag an anderer Stelle stehen, dass Sie weniger Trassen und Leitungen haben

möchten. Wenn Sie Strom exportieren wollen, dann weiß ich nicht, ob Sie an den Paketdienst der Deutschen Bundespost denken und ob das Ihr Rheinland-Pfalz-Takt ist?

(Beifall der CDU –

Ministerpräsident Beck: Oh Gott!  
Das tut wirklich weh! –  
Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Ministerin Lemke, ein weiterer Aspekt ist, dass Sie von dezentraler Energieversorgung sprechen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Ich möchte kurz einen Zwischenruf des Ministerpräsidenten zitieren.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Er sagte, dass es hier zuginge wie in der Klippschule.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt doch gar nicht!

Das habe ich so nicht gesagt, sondern: Wir sind nicht in der Klippschule!)

– Aber das macht es auch nicht besser, wenn Sie sagen, wir sind nicht in der Klippschule.

(Ministerpräsident Beck: Das ist der Unterschied! –  
Weitere Zurufe von der SPD)

Verehrte Kollegen, wissen Sie – – –

(Glocke des Präsidenten –  
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

#### **Präsident Mertes:**

Verehrte Damen und Herren, das Wort hat Frau Kollegin Klöckner.

#### **Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Also, ich habe zumindest überwiegend das Wort.

Wissen Sie, jeder ist für die Worte und Zeichen selbst verantwortlich, die er setzt.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin Lemke, Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag die dezentrale Energieversorgung stehen. Ich finde den Ansatz richtig. Es gibt viele Beispiele in Rheinland-Pfalz, beispielsweise wenn ich in Richtung Hunsrück oder in die Pfalz schaue. Bei der dezentralen Energieversorgung sehe ich eine große Chance, weil sie Unabhängigkeit bietet. Wenn es um die Preisgestaltung geht, dann haben wir keine Monopolisierung, sondern haben durch die Dezentralisierung die Chance, eigenständig etwas aufzubauen. Da haben Sie recht, da sind wir an Ihrer Seite.

Aber problematisch ist es, wenn Sie sagen, Sie sind für Dezentralisierung, wollen aber zentral andere mit

Stromexport versorgen. Das passt auch nicht ganz zusammen. Ich glaube, da muss man noch ein bisschen etwas nachsteuern, aber letztendlich geht es doch darum, dass wir die Energiewende schaffen können.

(Ramsauer, SPD: Netzverbünde!)

Aber dazu gehört auch – und das sagt die CDU anders, als es gestern der Ministerpräsident in seiner Rede gesagt hat –, wir müssen uns auch die Fakten, die Möglichkeiten und die Realitäten in diesem Zeitraum anschauen. Es gibt Zahlen des Statistischen Landesamtes aus Rheinland-Pfalz. Die sind beeindruckend, wenn wir uns Folgendes anschauen: Im Jahr 2009 betrug unser Stromverbrauch hier 27,1 Terawattstunden. „Tera“ bedeutet – Sie wissen es – 1 Billion Wattstunden. Der Anteil der regenerativen Energien an diesen 27 Terawattstunden beträgt lediglich – das ist nur eine Bestandsaufnahme – 3,9 Terawattstunden.

Dazu steuert die Windkraft alleine knapp 2 Terawattstunden bei, ist also Hauptlieferant dieser erneuerbaren Energien.

Aber mit alledem sind wir noch lange nicht bei den 27 Terawattstunden. Da fehlen noch rund 23 Terawattstunden. Wollte man die fehlende Energie allein – ich erwähne jetzt nicht die Biogasanlagen, Sie wissen auch, dass sie mitunter umstritten sind, Herr Kollege Noss aus dem Kreis Birkenfeld, da kennen wir auch Beispiele, dass viele dafür waren, dann wiederum dagegen, wenn dort Verkehr stattfindet, wenn es dort Geruchsemission gibt, das habe ich jetzt nicht mit eingerechnet, ich habe auch die Geothermie nicht mit eingerechnet, ich gehe jetzt schlichtweg noch einmal auf das Thema der Windkraftanlagen ein – durch Windkraftanlagen ersetzen, Frau Ministerin Lemke, bräuchte man mehr als 1.700 Windkraftanlagen mit je 5 Megawatt Leistung.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das will doch niemand!)

Sie müssen sich vorstellen, was das bedeutet. Ich mache jetzt – ich habe es eben erläutert – einfach ein Szenario auf. Es gibt ein Ausschlussprinzip, dass man sagt: Wir wollen das nicht.

(Frau Fink, SPD: Das will kein Mensch!)

– Sie haben recht, das will kein Mensch. Aber da müssen wir sagen, was wir wollen und wie es gehen soll.

(Hoch, SPD: Sie versuchen, mit dem  
Löffel zu schnitzen! –  
Vereinzelt Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Wenn kein Mensch will – Sie haben den Zwischenruf gemacht –, dass wir 1.700 Windkraftanlagen bauen – das haben Sie eben gesagt –, dann müssen Sie aber sagen, wo diese Energie woanders herkommt.

(Beifall der CDU)

Wir können die Rechnung auch gerne für die Fotovoltaik aufmachen. Effizienz ist ein guter Vorschlag, super, klasse. Man sollte sicherlich auch einen Vorschlag für

„Jugend forscht“ machen. Das Thema heißt „Energieeffizienz“. Wir wissen, wo der Stand bei der Energieeffizienz ist. Bis 2030 bekommen Sie doch wohl etwa nicht die 23 Terawattstunden durch Energieeffizienz kompensiert.

(Frau Mohr, SPD: So können nur Sie denken!)

Ich muss sagen, das ist ein bisschen arg blauäugig. Wir können aber auch die Rechnung – Frau Ministerin Lemke, das hatten Sie auch schon einmal gemacht – für Fotovoltaik aufmachen. Ich weiß, das ist jetzt ein bisschen kompliziert, aber es soll konkret sein. Es wären fast 186 Quadratkilometer Fotovoltaik-Oberflächen zusätzlich nötig, um Rheinland-Pfalz allein mit regenerativer Sonnenenergie zu versorgen.

Das wäre das Doppelte der Fläche der Stadt Mainz. Das zeigt, dass der Umstieg gerade in diese Versprechungen bis 2030 alles andere als gesichert ist. Sie sind ambitioniert, aber nicht gesichert.

Warum machen Sie denn nicht Folgendes? – Das wundert mich, sehr geehrte Kollegen der Koalition. Warum machen Sie denn nicht jährlich überprüfbare feste erreichte Ziele fest. Wenn Sie auf 2030 gehen, können Sie bei der Landtagswahl überhaupt nicht überprüft werden. Das hört sich prima an. Machen Sie doch jährlich festgesetzte erreichbare Zwischenziele. Dann kann man Sie auch an dem überprüfen, was Sie versprochen haben.

(Beifall der CDU)

Die Energiewende wird sicherlich viel Geld kosten. Ich bin mir aber sicher, wenn wir es richtig kommunizieren, werden die Bürgerinnen und Bürger das auch mitgehen.

Wir sind beim Geld, dem leidigen Geld. In den vergangenen 20 Jahren unter der Ägide der SPD hat sich das Land bis über beide Ohren verschuldet. Kein Flächenland im Westen Deutschlands hat seine Pro-Kopfverschuldung so in die Höhe getrieben wie Rheinland-Pfalz unter Ministerpräsident Beck.

Dazu der Rechnungshof von Rheinland-Pfalz – ich zitiere –: „Ein tragfähiges Konzept, wie bis 2020 ein struktureller Haushaltsausgleich ohne neue Schulden sichergestellt werden soll, liegt (...) nicht vor.“ Ihnen wird der Verlust der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit bescheinigt.

Jetzt steht unser Land vor der schwierigen Aufgabe, seine zerrütteten Landesfinanzen in Ordnung zu bringen und zugleich große Defizite bei Wirtschaftskraft, Arbeitsplätzen, Bildung, Schule und Wissenschaft auszugleichen –

(Pörksen, SPD: Defizite?)

und das in einer Zeit, in der der demografische Wandel just diese Bereiche auch erfasst.

Der Ministerpräsident sprach gestern wolkig in seiner Rede, Rheinland-Pfalz habe keine Schulden aufgenommen – jetzt muss man wirklich hinhören –, um das Geld

leichtfertig auszugeben, sondern vielmehr klug in die Zukunft unseres Landes investiert.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Das ist eine recht eigenwillige Deutung. Wir alle wissen, am Nürburgring wurde viel, viel Geld versenkt, zu teuer ausgegeben, unkontrolliert dem Steuerzahler aus der Tasche genommen.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, es ist wirklich „tollkühl“ – ich meine tollkühn – zu behaupten, die Gelder seien in diesem Land immer nachhaltig eingesetzt worden – und das angesichts des größten Wirtschaftsflops Ihrer Regierung. Wenn Sie mehrere hundert Millionen Euro am Nürburgring als stets klug eingesetztes Steuergeld bezeichnen, dann wirft das Fragen zu Ihrem Verständnis von Investitionen auf.

Der Pensionsfonds soll ja auch eine Investition sein. Was der Rechnungshof dazu gesagt hat, das können wir alle nachlesen.

Herr Ministerpräsident, wir reichen Ihnen die Hand

(Pörksen, SPD: Das merken wir!)

für eine wirklich nachhaltige Haushaltspolitik. Wir fordern ohne Wenn und Aber die Einhaltung der Schuldenbremse. Das gilt aber dann auch für die Nebenhaushalte wie die Landesbetriebe mit eigener Kreditaufnahme.

(Hering, SPD: Die sind doch mit drin, Frau Klöckner!)

Darauf legt die CDU-Fraktion in diesem Haus größten Wert. Meine Damen und Herren, wenn wir den Landeshaushalt wirklich sanieren wollen, dann müssen wir zuallererst wieder mehr Klarheit und Wahrheit in die Finanzen dieses Landes bringen.

(Starker Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine Nebenhaushalte, in denen die Schulden versteckt werden. Wir brauchen einen rückhaltlosen Kassensturz, und wir fordern Sie auf, die Haushaltspolitik dieses Landes wieder auf den Boden der Verfassung zu stellen; denn der Landeshaushalt 2011 ist verfassungswidrig aus zwei Gründen:

(Pörksen, SPD: Gehen Sie doch zu Gericht!)

– Das wird mit den Gerichten schwieriger werden hier in Rheinland-Pfalz. –

1. Die Neuverschuldung übersteigt die eigenfinanzierten Investitionen dramatisch. Das ist ein Faktum. Gerade wenn es um Finanzen geht, sollte man bereit sein für Fakten.

2. Der Ausweis der Zahlungen an den Pensionsfonds als Investition ist zumindest verfassungsrechtlich bedenklich.

Niemand kann heute ernsthaft bei einer bundesweit boomenden Wirtschaft, sinkender Arbeitslosigkeit und sprudelnden Steuerquellen von einer wirtschaftlichen Schiefelage sprechen. Das Verfassungsgericht Nordrhein-Westfalen hat hier unmissverständlich, Herr Minister Kühl, ein Urteil gesprochen.

(Pörksen, SPD: Ja, dann mal los!)

Ich denke, die Richter in Nordrhein-Westfalen haben durchaus eine Logik, die sich zumindest nicht dem Intellekt verschließt, zumindest unserem nicht.

Mit der Steuerschätzung in diesem Monat und mit hohen Steuermehreinnahmen hat der Haushalt 2011 eine neue Grundlage bekommen. Deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion: Herr Minister Kühl, legen Sie umgehend einen Nachtragshaushalt vor. Der Landeshaushalt muss auf dem festen Boden der Verfassung stehen! Nur so können wir richtig anfangen, in diese Legislatur zu gehen.

(Beifall der CDU)

Jeder zusätzliche Euro, der jetzt an Steuermehreinnahmen durch die gute Konjunktur unverhofft in die Steuerkasse des Landes kommt, muss 1 : 1 in den Schuldenabbau fließen. Das haben wir in unserem Wahlprogramm immer betont.

Herr Minister Kühl, ich habe Ihre Interviews gehört und gelesen. Ich bin froh, dass Sie das auch so sehen. Da kommen wir zusammen. Das sollten wir auch machen. Wir bieten Ihnen hierbei an, Sie zu unterstützen.

Aber die Landesregierung ist auch in der Pflicht, dem Parlament unverzüglich diesen Nachtrag vorzulegen. Sollten Sie unseren Standpunkt hierbei nicht teilen, dann muss man schauen, welche Konsequenzen man zieht.

(Ministerpräsident Beck: Unglaublich!)

Alle Kostensteigerungen bei Land und Kommunen müssen auf den Prüfstand. Prüfstand heißt: Erst prüfen, vorbehaltlos, dann entscheiden, damit Kosten und Nutzen auch klar sind. Dann ist eine Prüfung auch eine Prüfung.

(Beifall der CDU)

Da ist es übrigens keine gute Idee, zusätzliche Minister, zusätzliches Personal und zusätzliche Ministerien zu installieren, nur um ein gutes Betriebsklima in den Koalitionsverhandlungen zu fördern.

Über die Sinnhaftigkeit, einem Demografieministerium wichtige Themen, wie die Integration, wegzunehmen, können wir sicherlich gesondert sprechen. Herr Ministerpräsident, ich finde es aber schön – der Gruß geht auch an Ihre Ministerin –, dass Sie meine Forderung nach einem Demografie- und Integrationsministerium angenommen haben.

Wir wollten das aber in einem Ministerium haben. Ich kann auch Ihre Aussage zitieren, als Sie das ablehnten und sagten: In Rheinland-Pfalz brauchen wir kein De-

mografie- und Integrationsministerium. Das ist Chefsache. – Chefsache sieht jetzt anders aus.

(Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Das habe ich  
absolut noch nie im Leben gesagt!)

Lehrer, Polizisten, Mitarbeiter, alle sollen die sogenannte demografische Rendite erbringen, nur die Landesregierung nicht. Im Gegenteil. Sie haben gestern zu Recht gesagt, dass die demografische Rendite natürlich bei einer Bevölkerung, die weniger wird, eingerechnet werden muss. Es geht aber nicht in meinen Kopf hinein, dass sich just die Landesregierung an diese demografische Rendite nicht hält, sondern im Gegenteil so tut, als hätten wir eine Bevölkerungsexplosion und sie deshalb ein neues Ministerium schafft.

(Beifall der CDU)

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Wir tragen die Entscheidung mit, dass die Lebensarbeitszeit der Landesbeamten stufenweise verlängert wird. – Im Gegensatz zu Ihnen haben wir das auch auf der Bundesebene so im Blick.

Die Voraussetzung dafür ist aber, dass insgesamt ein ausgewogenes und faires Sparpaket der Landesregierung vorgelegt wird. Es darf aber nicht sein, dass wenige Gruppen alleine das Opfer bringen müssen.

(Beifall der CDU)

Zur Sanierung des Landeshaushalts denken Sie nur in eine Richtung, nämlich Steuererhöhungen für die Bürger. Ich halte es schon – ich nenne das jetzt einmal so – für sportlich, dass Sie mit Blick auf den Bund auch schon einmal Steuererhöhungen in Ihre Haushaltsrechnungen einkalkuliert haben. Das sind Steuererhöhungen wie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und höhere Erbschaftsteuer. Wer sind aber die Leidtragenden? Das sind nicht die Millionäre, sondern die Leidtragenden sind die Arbeitnehmer, die kleinen Handwerker, die mittelständische Wirtschaft in den ländlichen Regionen.

(Beifall der CDU –  
Unruhe bei der SPD)

Dies mit der Konsequenz, dass Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz gefährdet werden.

(Unruhe bei der SPD)

– Sie wissen schon, wo der Spitzensteuersatz liegt?

Was sind die finanzpolitischen Impulse der rot-grünen Regierung im Land? – Steuererhöhungen! Zum Beispiel die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf 5 %. Die Kommunen haben aber noch nicht einmal etwas davon. Das ist in einem Land mit einer Eigentumsquote bei Grund und Boden von ungefähr 54 % keine Reichensteuer, sondern eine Steuerlast für die Mittelschicht.

(Ministerpräsident Beck: Weil wir so schlecht gewirtschaftet haben!)

Die werden sie schröpfen.

(Beifall der CDU)

Hier werden vor allem junge Familien belastet. Vielleicht ist das ihre Gegenfinanzierung für die beitragsfreien Kindergärten.

„Sicherheit im Wandel“ sieht anders aus. Gestern haben Sie so Ihre Rede überschrieben.

Für unsere Städte und Gemeinden ist „Sicherheit im Wandel“ schon jetzt ein Wunschtraum.

(Pörksen, SPD: Was steht eigentlich  
in Ihrer Rede?)

Die jetzigen Anstrengungen der Landesregierung reichen hier in keiner Weise aus. Ein neuer kommunaler Finanzausgleich muss deshalb vordringlichste Aufgabe in dieser Legislaturperiode sein.

(Beifall der CDU –  
Baldauf, CDU: So ist es!)

Aus diesem Grund halten wir es ergänzend für wichtig, dass wir uns in einer Gemeindefinanzkommission auf Landesebene über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam mit Experten über die Zukunft Gedanken machen, analysieren und neue Wege aufzeigen.

Dabei ist sicherlich das Gutachten, dass Sie in Auftrag gegeben haben, eine gute Grundlage und hilfreich. Ich halte aber nichts davon, dass wieder am runden oder ovalen Tisch entschieden wird und die Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die Opposition außen vor bleiben.

Apropos einsame Entscheidungen – Herr Hartloff ahnt schon einiges –: Sehr geehrter Herr Minister, „Sicherheit im Wandel“ auch am Gerichtsstandort Koblenz? Auch bei den Verwaltungsgerichten? Da wird zwischen Tür und Angel entschieden: Verwaltungsgericht, Generalstaatsanwaltschaft und Oberlandesgericht sollen just an dem Standort geschlossen werden, der mit Millionenaufwand gerade saniert und modernisiert worden ist. Das verwundert.

Ich zitiere aus dem SPD-Programm: „Eine Reform der Gerichtsorganisation und der gerichtlichen Verfahren wird die SPD Rheinland-Pfalz nur dann mittragen, wenn mit ihr mehr Bürgernähe und mehr Effektivität erreicht wird.“

(Pörksen, SPD: Genau das! Genau das tun wir!)

Diesen Beweis sind Sie bislang schuldig geblieben, aber eine Entscheidung haben Sie schon einmal getroffen, nämlich vor der Prüfung.

Es gibt Zeitungsinterviews, die können zu keinem besseren Zeitpunkt kommen. Herr Minister Hartloff, danke für Ihr Spitzeninterview bei der „Rhein-Zeitung“.

(Beifall der CDU –  
Baldauf, CDU: Das war klasse!)

Das war gestern in der „Rhein-Zeitung“ nachzulesen. Die Journalisten Samary und Brück haben das Interview geführt. Erstens sagen Sie – Herr Hartloff, ich zitiere Sie –: „Maßgeblich ist hier die (...) beschlossene (...) Schuldenbremse (...) Auch die Justiz muss ihren Beitrag leisten.“

Man muss laut dieser Aussage aber doch davon ausgehen, dass dieser Beitrag vorher von Ihnen berechnet worden sein muss; denn sonst hätten Sie keine Grundlage für eine rationale Entscheidung. Sie sagen auch – ich zitiere –: „Die Einsparungen müssen auf vielen Feldern erbracht werden. Aber das OLG ist ein wichtiger Baustein.“ – Den Baustein sollten Sie dann natürlich definieren.

Jetzt wird es aber spannend. Sie sagen – ich zitiere –: „Ich gehe davon aus, dass wir substanzielle Einsparungen erzielen. Wenn das allerdings (...) nicht der Fall sein wird, muss man natürlich neu denken.“

Ich gebe Ihnen einen Tipp: Nicht neu denken, sondern vorher zu Ende denken. Das erspart vieles, vor allen Dingen unnötige Sorgen den betroffenen Mitarbeitern.

(Beifall der CDU)

Den Vogel schießen Sie dann aber mit folgender – ich nenne das einmal so – subtiler Logik ab – ich zitiere –: „Die politische Vorgabe, also die Standortschließung, steht fest“. Also erfolgt doch keine Prüfung, sondern eine politische Entscheidung aus dem Bauch.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

„Sicherheit im Wandel“? Ihre Wandlungsfähigkeit ist sicher, aber Ihre Glaubwürdigkeit ist verloren gegangen.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Staatsministers Hartloff)

– Herr Minister Hartloff hat einen Einwurf gemacht, den ich ernst nehme. Er sagt, das, was ich vorhin zitiert habe, stehe nicht in dem Interview. Ich wiederhole das noch einmal. Vielleicht haben wir da Kommunikationsprobleme. In der „Rhein-Zeitung“, die auch per Internet abgerufen werden kann, steht nachzulesen: „Die politische Vorgabe, also die Standortentscheidung, steht fest.“

(Staatsminister Hartloff: Das ist etwas anderes als eine Standortschließung)

Wenn ich Standortschließung gesagt habe, war das nicht mein Ansinnen. Das tut mir leid. Das können wir aber im Protokoll nachsehen. Es geht also um die Standortentscheidung, die feststeht.

(Ministerpräsident Beck: Ah ja, immer richtig zitieren! Ja oder nein macht einen deutlichen Unterschied!)

Eines ist aber doch sehr auffällig: Entweder prüft man. Wenn man prüft, weiß man aber das Ergebnis noch nicht. Wenn man aber prüft, gibt es Kriterien zur Prüfung. Es ist unbestritten, dass die Justiz auch ihren Bei-

trag leisten muss genau wie alle anderen, und sie sich überprüfen lassen muss. Da sind wir an Ihrer Seite.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Tatsächlich?)

Es lässt einen aber doch sehr, sehr staunen, dass Sie zu einem Ergebnis kommen, aber erst eine Woche später die Zahlen zur Prüfung anfordern. Das ist eine politisch motivierte Entscheidung, weil Richter Ihnen widersprochen haben.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, für Sie ist die Justiz – Sie haben das auf einer Pressekonferenz gesagt – eine nachgeordnete Behörde. Für mich ist die Justiz die dritte Gewalt im Staat. Das soll auch so bleiben.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben wir gestern einen Antrag in den Landtag eingebracht. Darin bitten wir den Landesrechnungshof um eine Überprüfung der geplanten Fusion; dies insbesondere mit Blick auf die angekündigten Einspareffekte, die bei Ihnen mehr gefühlt als gewusst sind.

Bis das Ergebnis dieser Prüfung vorliegt, fordern wir ein Moratorium – damit kennen Sie sich aufgrund des Hochmoselübergangs jetzt aus –, damit nicht voreilig Fakten geschaffen werden und den Mitarbeitern etwas mehr Sicherheit gegeben wird. Schließlich brauchen wir – Sie sagen das – „Sicherheit im Wandel“. Da fragen wir doch den Landesrechnungshof lieber einmal zu viel als einmal zu wenig.

(Ministerpräsident Beck: Wir machen Politik hier!)

Wir gehen davon aus, dass die Koalition diesen Antrag mit einer breiten Mehrheit unterstützen wird. Ich darf aus Seite 68 des Koalitionsvertrages kurz zitieren. Dort heißt es: „Der Landesrechnungshof ist ein wichtiger Ratgeber zur Umsetzung der Konsolidierung. Die Zusammenarbeit soll weiter intensiviert werden. Die Landesregierung wird die Möglichkeiten prüfen, die Expertise des Rechnungshofs verstärkt frühzeitig zu nutzen.“

Sehr geehrte Damen und Herren, über die jetzt angekündigten Schließungen hinaus halte ich es deshalb auch für sehr wahrscheinlich, dass Sie mit uns und sicherlich auch mit den Betroffenen noch einmal ins Gespräch kommen.

Herr Kollege Hoch hat noch Folgendes mitgeteilt. Er hat Briefe versandt. Darin heißt es: „Die angekündigte Fusion der beiden Oberlandesgerichte ist ein erster Schritt in eine solche Strukturprüfung. Auch der übrige Justizaufbau aller Gerichtsbarkeiten soll insbesondere vor dem Hintergrund einer deutlich divergierenden Arbeitsbelastung zeitnah überprüft und verbessert werden.“

Hierzu passt, dass laut Koalitionsvertrag nur die Amtsgerichte in der Fläche bleiben sollen.

(Pörksen, SPD: Was sagen Sie über Ihren Kollegen in Bad Sobernheim, der so einen Quatsch erzählt?)

Für uns stellen sich daher folgende Anschlussfragen – für Sie sicherlich auch –: Wie ist es um die Zukunft der kleineren Landgerichte, wie Landau, Zweibrücken und Bad Kreuznach, oder auch der einzelnen Staatsanwaltschaften bestellt? Wie sieht die Zukunft der auswärtigen Kammern der Arbeitsgerichtsbarkeit aus? Wie steht es um die Zukunft der Standorte der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit? Wer soll vor diesem Hintergrund noch darauf vertrauen können, dass die Amtsgerichte tatsächlich „in der Fläche erhalten“ bleiben? Sieht so die sozialökologische Sicherheit im Wandel aus?

Bei dem Thema „Sicherheit“ ist uns hinsichtlich des Wandels auch aufgefallen, dass das Hohelied auf die Polizei gesungen wird. Die notwendigen Personal- und Sachausstattungen werden zwar versprochen, aber letztlich wollen Sie Polizei abbauen.

Diese Landesregierung plant einen Personalabbau bei der Polizei wohl wissend, dass es mit Stand zum 1. Januar 2010 1,7 Millionen Überstunden bei der Polizei gibt.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Es stehen faktisch schon jetzt weit weniger Beamte für den täglichen Dienst bei der Polizei zur Verfügung, als die Bestandszahlen der Landesregierung suggerieren. Sie wollen weniger Polizisten. Haben wir das richtig verstanden?

In meinem bisherigen Bundestagswahlkreis in Birkenfeld und Baumholder stehen bei den Polizeiinspektionen in der Nacht im Höchstfall jeweils drei Beamte zur Verfügung. Das heißt, dass einer am Telefon sitzt und im Höchstfall zwei im Auto unterwegs sind.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es darf parallel gar nichts passieren. Wen wollen Sie eigentlich noch abziehen, etwa das Auto der Polizisten?

(Beifall der CDU)

Das ist die Sicherheit, die leider auch bei der Bildung fehlt. Die vergangenen fünf Jahre waren wesentlich von Debatten um die Schulstrukturreform geprägt. Hunderte von Schulen wurden zumeist gegen ihren Willen umgewandelt. Die Ausläufer dieser jüngsten Veränderungen sind noch lange nicht bewältigt.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Es gibt viele Schulen in meinem Wahlkreis, die ich auch besuche. Ich weiß, dass die Direktoren nicht an der Schule darüber reden sollen. Sie haben aber auch Freizeit und private Zeit. Mit den Schuldirektoren und auch den Eltern kann man ins Gespräch kommen, die sich gegen die brachialen Schulstrukturveränderungen gewandt haben.

(Pörksen, SPD: Wo denn?)

Das müssen Sie ernst nehmen. Lesen Sie die Leserbriefe in den Zeitungen!

(Beifall der CDU –  
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Herr Ministerpräsident, die Lehrerkollegien haben noch längst nicht alle zusammengefunden. Das ist klar, weil es nicht von heute auf morgen geht. Wir gehen mit ihnen den Weg. Sie haben die Realschule plus eingeführt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Kennen Sie die Bundeskommission der CDU und deren Aussagen?)

– Frau Kollegin, ich kenne Sachsen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Die Bundeskommission kennen Sie scheinbar nicht!)

– Frau Kollegin, ich kenne Sachsen. Man muss die Leute ein bisschen abholen, wenn sie aufgeregt sind.

(Beifall der CDU –  
Pörksen, SPD: Sie scheinen die Frau Hoffmann nicht zu kennen! –  
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Sie kennen Sachsen. Der Vorschlag der CDU war, nach dem Vorbild von Sachsen mit den Mittelschulen zwei klare Schulstrukturen zu bilden. In Rheinland-Pfalz haben wir eine Vielzahl von Schulstrukturen. Mitunter werden aber einzelne Schulformen bevorteilt. Das halte ich nicht für richtig. Das können wir unterschiedlich sehen. Das trennt auch die Schulpolitik der CDU von der der SPD oder gar der GRÜNEN.

Ich bin auch der Meinung – das hat sich auch gezeigt –, dass wir nicht zu dem dreigliedrigen Schulsystem zurückkehren. Das ist auch nicht der Fall.

(Ministerpräsident Beck: Oh, das ist aber neu!)

– Herr Ministerpräsident, das ist doch in Ordnung. Es gibt aber Schulen, die bei der Entscheidung nicht dabei waren. Diese hätte man mitnehmen können.

Sehr geehrte Kollegen, ich führe zurzeit mit sehr vielen Schulleitern Gespräche.

(Ministerpräsident Beck: Jahre haben Sie uns angegiftet!)

Alle sagen, dass es keinen Spielraum für ein abermaliges Herumdoktern an der Schulstruktur gibt. Aber das, was sich im Koalitionsvertrag abzeichnet, gefährdet meiner Meinung nach die Stabilität in dieser Schullandschaft.

Zu Ihrer Regierungspolitik kann man Folgendes festhalten: Ziel ist es, dass auch kooperativ arbeitende Realschulen plus integrativ arbeiten sollen. Das steht im Koalitionsvertrag. Dies verunsichert die Lehrerkollegien und Eltern massiv.

Wie stellen Sie sich das denn vor? Eine Schule steht mitten im Aufbau und hat ein Konzept und Profil erarbeitet. Dieses soll schon wieder umgeworfen werden. Die Bildung braucht Zeit und Kontinuität. Es sind doch die Bildungsländer wie Sachsen und Thüringen sowie Bayern und Baden-Württemberg, die mit einer konstanten, differenzierten und sich verändernden Schullandschaft bundesweit die besten PISA-Ergebnisse erreicht haben.

Eine Dauerreform halte ich für nicht angebracht. Die Schulen sollen kein dauerhaftes Experimentierfeld bleiben; denn die Schülerinnen und Schüler sind keine Experimentierkaninchen.

(Beifall der CDU)

Dasselbe gilt für die Neuerungen in Fragen der Integrierten Gesamtschulen. Das ist eine Schulart, die im Sinne der Wahlfreiheit in Rheinland-Pfalz ihre Berechtigung hat. Was keine Berechtigung hat – das sage ich ganz deutlich –, ist eine Bevorzugung dieser Schulart gegenüber anderen Schularten. Wo ist denn hier Ihr Bekenntnis zum Gymnasium?

Nun wollen Sie die Gründung von Gesamtschulen dadurch erleichtern, dass Sie die notwendige Schülerzahl deutlich reduzieren. Wieso gestehen Sie dieses Privileg lediglich den Gesamtschulen zu?

(Zuruf der Abg. Brede-Hoffmann, SPD)

Was sich vordergründig problemlos anhört, rührt aber an den Grundfesten der Gesamtschule, wie wir sie kennen. Die Vierzügigkeit der Gesamtschule unter Voraussetzung der Klassenmesszahl von 30 Schülerinnen und Schülern ist keine Schikane, sondern Grundvoraussetzung, um ab Klasse 7 Differenzierungskurse sinnvoll anbieten zu können. Das ist doch der Grund.

(Beifall der CDU)

Da jedoch die reduzierte Klassenmesszahl, wie Sie sie in Aussicht stellen, lediglich für die Orientierungsstufe gilt, haben wir ab Klasse 7 zukünftig dreizügige Gesamtschulen, die nur noch einen Bruchteil an Differenzierung anbieten können. Wenn Sie das wollen, sagen Sie es bitte auch. Vielleicht ist weniger Differenzierung auch gewollt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie wollen – das ist der Kompromiss mit Ihrem Koalitionspartner – die Schule für alle, die Einheitsschule.

(Zurufe von der SPD)

Wir wissen, dass Sie dieser näher kommen. Das ist noch nicht alles. Sie wollen – auch das steht im Modellprojekt – das Sitzenbleiben abschaffen und die Notengebung relativieren. Die CDU Rheinland-Pfalz und die Landtagsfraktion stehen zum Leistungsprinzip und sind der Meinung, dass Noten keine Körperverletzung sind.

(Beifall der CDU)

Wir werden sicher in einer gesonderten Debatte auf das eingehen, was die Schulen gerade jetzt mit der Beantragung der Vertretungslehrer zu erleben haben.

(Ramsauer, SPD: Darauf freuen wir uns auch!)

Was Sie sich dort leisten, ist sehr durchsichtig. Kurz vor der Wahl haben Sie die Mittel des Vertretungslehrerpools geplündert, damit Sie zumindest den Rekordunter-

richtsausfall vor der Wahl etwas senken konnten. Nun ist das Geld weg.

Jetzt sollen die betroffenen Schulen ihre Vertretungslehrer nicht in unbürokratischen Absprachen mit der ADD bekommen, sondern über eine bürokratische Schleife über das Ministerium. Letztlich sind Sie dabei, die Vertretungslehrer einzusparen. Das kostet nicht nur Chancen, sondern auch Schulunterricht und letztlich Ihre Glaubwürdigkeit.

Sie haben vor der Wahl gesagt, bei der Bildung wird nicht gespart, Sie werden die demografische Rendite so nutzen, dass 2.000 Lehrer abgebaut werden, und Sie haben es bis heute nicht für nötig gehalten, ein einziges Mal auf das Problem des Unterrichtsausfalls einzugehen. Wer das nicht tut, ignoriert die Schüler, die Lehrer, die Eltern und die Zukunft dieses Landes.

(Beifall der CDU)

Bildung hat für die CDU Vorrang. Wir stehen für landeseinheitliche Abschlussprüfungen. Wir stehen deshalb für landeseinheitliche Abschlussprüfungen, weil vielen klar geworden ist, wenn man mit Kindern von einem Bundesland ins andere wechselt, dann kommt das meist einem Umzug auf einen anderen Kontinent nahe. Deshalb lassen Sie es uns probieren. Beispiele sind die südlichen Bundesländer.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Lassen Sie es uns doch versuchen, erst einmal die Hausaufgaben im eigenen Land zu machen und bereit zu sein, dafür zu sorgen, dass dort, wo Abschluss draufsteht, auch verbindliches, verfügbares Wissen drin ist, und das geht mit zentralen Abschlussprüfungen.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt in den kommenden Jahren viel zu tun. Die Opposition wird hart mitarbeiten. Wir werden kontrollieren und weiterhin eigene Vorschläge machen.

(Pörksen, SPD: Weiterhin!)

Wo stehen wir heute? – Ich fasse zusammen: Der Start war nicht ganz so gelungen. Ich glaube, das sagen Sie von Rot-Grün auch selbst.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es gibt gebrochene Wahlversprechen, nachweisbar. Es gibt Unmut in den Regionen, nachweisbar. Enttäuschte Wähler an Mosel, in der Eifel, in der Pfalz und im Westerwald, nachweisbar. Es gibt unzufriedene Anwohner am Mittelrhein, an der Nahe, im Hunsrück, nachweisbar.

Es gibt Kopfschütteln bei den Steuerzahlern über die Aufblähung des Regierungsapparates, der Belastung junger Familien und der Wirtschaft durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, der Kies- und Wasserabgabe. Auch das ist nachweisbar.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wenn Sie jetzt noch ignorieren und sagen, das gibt es nicht nachweisbar, nämlich dass die Justiz auf den Barrikaden ist, dann rate ich Ihnen einmal wirklich, nahe bei den Menschen zu sein, hinauszugehen und über den Tellerrand zu schauen.

(Beifall der CDU –  
Zuruf von der CDU: Bravo!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Frau Ahnen, Sie bekommen es mit, es gibt Frontalkritik aller Bildungsverbände. Klar wissen wir auch, jeder Verband ist auch im eigenen Interesse unterwegs. Das ist keine Frage. Aber es ist nicht alles falsch, was jemand sagt. Das dann abzuwenden, wäre nicht ganz angebracht. Die Bildungsverbände sind gut, wenn sie etwas Nettes über die Ministerin sagen. Da zitieren Sie sie nämlich. Jetzt lassen Sie sie vor der Tür stehen und sagen, das seien alles interessensgeleitete Verbände.

(Staatsministerin Frau Ahnen: Ich habe letzte Woche mit ihnen geredet!)

Es gibt Ärger unter Lehrern und Eltern, Fehlstart und Aufruhr statt Aufbruch und Sicherheit.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es ist noch nicht zu spät. Ihre Ziele haben Sie formuliert. Aber wo Einsichten einkehren, wäre es fatal, Ziele nur um der Ziele und der Worte willen umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir bieten Ihnen eine konstruktive Zusammenarbeit in der Sache an.

(Ministerpräsident Beck: Das haben wir gemerkt!  
Das größte Chaos von Rede, das ich je erlebt habe!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das war erwartbar. Es kann sein, dass die Kollegin die Tagesordnung nicht richtig gelesen hat. Vielleicht kann ich mich bei Frau Präsidentin noch einmal informieren. Bei mir stand auf der Tagesordnung „Aussprache zur Regierungserklärung“.

(Beifall der CDU –  
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Eines möchte ich auch deshalb wiederholen, weil ich es zu Beginn gesagt habe. Es ist Aufgabe einer Oppositionsfraktion, gerade, wenn sie die einzige ist, und gerade dann, wenn sie so stark ist – wir haben lediglich einen Sitz weniger als die SPD-Fraktion –, es ist Aufgabe von uns zu kritisieren, zu sagen, was nicht richtig ist, wo wir nicht mitgehen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Konstruktiv wollten Sie das doch tun!)

Aber wenn Sie daraus immer ableiten, in dem Fall, in dem wir keinen Weihrauch schwenken, ist es plötzlich Wahlkampf und destruktiv.

Sie müssen auch Kritik aushalten. Wir werden das auch tun. Aber für ein gutes Miteinander wünsche ich uns in

den kommenden fünf Jahren alles Gute. Mögen Gelassenheit, Gesundheit, Kraft, auch ein Stückchen Humor und Gottes Segen uns alle bei unserer Arbeit begleiten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend stehender Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Klöckner.

(Weiter stehender Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen.

(Weiter stehender Beifall und Zurufe von der CDU)

– Wir sind im Parlament und nicht auf einem Parteitag.

(Weiter stehender Beifall und Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar die beiden Vertreter der großen Kirchen in Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. Posern und Herrn Nacke. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich darf Schülerinnen und Schüler der Abschlussklasse der Hauptschule in Altenkirchen sowie Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Schule in Germersheim begrüßen. Auch Ihnen, auch euch ein herzliches Willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Hering das Wort.

**Abg. Hering, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist die erste Debatte in der neuen Legislaturperiode. Wir sollten ein gemeinsames Interesse daran haben, dass sich die Debattenkultur in diesem Hause verbessert.

Herr Pörksen hat als Alterspräsident bewusst darauf hingewiesen, dass sich in der vergangenen Periode eine Kultur breitgemacht hat, die wir nicht gewohnt waren, die neu war. Dies zeigt aber auch, dass das Leitmotiv richtig ist, dass nicht alles Neue gut für unser Land ist. Wir sollten ein gemeinsames Interesse daran haben, dass mit höherem Respekt darauf geschaut wird, was im Landtag debattiert wird.

Gerade wenn es um eine Grundsatzaussprache zu einer Regierungserklärung geht, dann wird erwartet, dass mit Argumenten um den besseren Weg gerungen wird.

(Licht, CDU: Ja!)

Es ist selbstverständlich das Recht der Opposition und auch ihre Aufgabe, zu kritisieren und zu hinterfragen. Es wird von einer Opposition aber auch erwartet, dass sie Kraft und Stärke hat, alternative Politikansätze dem entgegenzusetzen, das mit Argumenten zu versehen, um den besten Weg zu streiten.

(Frau Klöckner, CDU: Zuhören!)

Sie haben sich nur auf den Bereich der Kritik beschränkt, Frau Klöckner. Das ist das Ergebnis, das wir aus Ihrer Rede entgegennehmen mussten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wir haben als Regierungsfractionen, SPD und GRÜNE, den Weg auf Sie zugemacht. Wir haben Ihnen, ohne dass wir dazu gezwungen waren, einen 50%igen Zuschlag zur Redezeit gegeben.

(Heiterkeit bei der CDU und  
Zurufe von der CDU)

Wir wären dazu nicht verpflichtet gewesen. Es gibt die Möglichkeit der Kurzintervention.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben Ihnen die Möglichkeit gegeben, 1,5-mal so lange zu reden wie die SPD-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Wir erwarten auch, dass diese Zeit genutzt wird, um hier Debatten zu führen und alternative Politikansätze aufzuzeigen, wie das Land vorangebracht werden kann.

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU –  
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU –  
Zuruf des Abg. Ernst, CDU)

Mir fällt gerade ein Satz von Herbert Mertin ein, der sich am Montag vor einer Woche hier mit dem Bedauern, dass die FDP nicht mehr im Hause ist, verabschiedet hat. Frau Klöckner, Sie sind zum Schluss auf Herrn Mertin zugegangen und haben ihm gesagt: Herr Mertin, ich werde Sie jetzt hier ersetzen. –

(Heiterkeit bei der SPD –  
Frau Klöckner, CDU: Das stimmt nicht! Das habe ich nicht gesagt! Falsch zitiert!)

Herr Mertin hat ruhig, aber entschlossen geäußert: Frau Klöckner, das schaffen Sie nie. –

(Beifall der SPD –  
Frau Klöckner, CDU: Falsch zitiert! –  
Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU –  
Ernst, CDU: Richtig zitieren! –  
Frau Klöckner, CDU: Ich habe gesagt:  
den Stuhl warmhalten! Falsch zitiert!)

– Gut.

Frau Klöckner, die Anwesenden haben das sehr wohl verstanden. Sie haben auch sehr wohl verstanden, wie Sie damit die Arbeit Ihres Kollegen Herrn Baldauf beurteilt haben. Auch das haben die verstanden, die den Satz gehört haben.

(Frau Klöckner, CDU: Ach Herr Hering!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierungsfractionen haben einen Koalitionsvertrag mit dem Titel „Den sozial-ökologischen Wandel gestalten“ vorgelegt. Damit haben wir einen Politikansatz vorgelegt, dieses Land weiter voranzubringen.

Er ist von dem Grundgedanken getragen, Gutes zu bewahren, aber auch den Mut und die Entschlossenheit zu haben, Neues zu wagen. Das ist der Politikansatz von „Den sozial-ökologischen Wandel gestalten“ in diesem Land. Warum scheuen Sie sich, auch das zu erwähnen, was in diesem Land gut gelaufen ist, was Menschen in gemeinsamer Kraftanstrengung auf den Weg gebracht haben?

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU –  
Fuhr, SPD: Mein Gott! –  
Zurufe von der CDU)

Warum scheuen Sie das? Zum Thema „Wirtschaft“ haben Sie wenig geäußert. Warum scheuen Sie sich denn zu äußern, dass dieses Land Rheinland-Pfalz zu einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort geworden ist?

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Das zweithöchste Wirtschaftswachstum in Deutschland hat Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht, die drittniedrigste Arbeitslosenquote.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Vor allem sind wir ein Land des sozialen Zusammenhalts geworden. Auch das ist eine tragende Säule des Erfolgs von Rheinland-Pfalz. Auch darauf wollen und werden wir aufbauen, wenn wir Zukunft in diesem Land entwickeln.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Frau Klöckner, CDU: Wir haben den  
Rheinland-Pfalz-Takt gelobt! –  
Ramsauer, SPD: Das war gerade alles!)

Meine Damen und Herren, wir wissen aber auch, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Diese großen Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft insgesamt steht, auch gerade das Land Rheinland-Pfalz steht, diese Aufforderungen zur Politikgestaltung nehmen wir auf.

Es ist die Energiewende, die auf den Weg gebracht werden muss. Wir brauchen eine dezentrale Energieversorgung, die auf erneuerbare Energien setzt.

(Frau Klöckner, CDU: Stimmt! Das habe ich auch gesagt!)

Wir brauchen das, um wirtschaftlichen Erfolg in diesem Land dauerhaft zu sichern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir müssen mit den Menschen Konzepte entwickeln, wie mit der erfreulichen Tatsache umgegangen werden kann, dass wir alle länger leben können und wir eine Gesellschaft des langen Lebens sind. Auch ältere Menschen wollen teilhaben. Sie wollen ihre Kreativität und ihre Erfahrung einbringen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Richtig!)

Sie wollen aber auch die Sicherheit haben, dass, wenn sie auf Pflegestrukturen und ärztliche Versorgung angewiesen sind, das auch in ländlichen Räumen dauerhaft gesichert ist.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Richtig!)

Das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Wie lange waren Sie an der Regierung?)

Viele Menschen sind in der Vergangenheit zu uns gekommen und kommen heute zu uns. Wir müssen sie integrieren. Auch das ist eine Herausforderung, die wir haben.

(Dr. Weiland, CDU: Hättet Ihr ja machen können!)

Wir stehen vor der großen Herausforderung, Haushalte zu konsolidieren. Wir werden es erreichen, dass wir spätestens im Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, und dann beginnen, die Schulden zurückzuzahlen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

Wir haben mit dem Koalitionsvertrag auf diese Herausforderungen ganz konkrete Antworten gegeben und dort, wo es schwierig war, Entscheidungen getroffen und uns positioniert, weil das Voraussetzung für eine gute Regierungspolitik ist.

Meine Damen und Herren, das ist genau das Gegenteil von dem, was Schwarz-Gelb in Berlin zustande gebracht hat. Das ist kein Koalitionsvertrag, sondern eine Auflistung von Nichteinigung. Das ist der substanzielle Unterschied zu dem Koalitionsvertrag hier in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf von der SPD: So ist es! –  
Zurufe von der CDU)

Ich glaube, das ist auch die richtige Aufforderung zu einem Dialog, den Mut zu haben zu sagen, wie unsere Antworten auf diese Herausforderungen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir haben sie im Bereich der Energie, der demografischen Entwicklung und wie wir in der Integration Teilhabe gewährleisten, gegeben.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Sie haben jetzt die Möglichkeit, einen ernsthaften Dialog mit uns zu führen,

(Dr. Mittrücker, CDU: So ein Schwachsinn!)

eben nicht nur zu kritisieren, sondern zu sagen, wo Ihre Alternativen liegen und wie Ihre Konzepte aussehen.

Aber dann können Sie nicht nur Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften und Expertengruppen nennen, sondern sollten klare Positionierungen vornehmen, sodass man diskutieren kann, was die besseren Ansätze sind.

(Zurufe von der CDU –  
Frau Klöckner, CDU: Sie haben doch  
Punkte von uns abgeschrieben!)

Frau Klöckner, genau das haben Sie gescheut. Das werden wir Ihnen aber abverlangen, dass Sie sich konkret zu den Herausforderungen äußern müssen, die die Menschen in dieser Gesellschaft haben.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was diese Koalition stark macht – sie ist stark –, ist eine gemeinsame Wertebasis. Das macht diese Koalition stark.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Die gemeinsame Wertebasis ist, dass wir, gemeinsam von der Grundposition ausgehend, soziale Gerechtigkeit in Rheinland-Pfalz weiter zu stärken und auszubauen beabsichtigen, und das in Verbindung mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlage.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das ist die Wertebasis dieser Koalition. Das ist eine substanzielle, eine starke Wertebasis. Deswegen wird diese Koalition erfolgreich Politik in diesem Land gestalten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Ramsauer, SPD: Bravo! –  
Frau Klöckner, CDU: Abschaffung der  
Langzeitstudiengebühren!)

Dass sich Politikansätze unterscheiden, wird daran deutlich – vielleicht habe ich es überhört; aber ich habe die Kollegen rechts und links gefragt –, dass Sie nicht ein einziges Mal das Wort „soziale Gerechtigkeit“ in Ihrer anderthalbstündigen Rede gebraucht haben.

(Pörksen, SPD: So ist es! Genau so!)

Das macht Unterschiede in Wertstellung und Grundpositionen deutlich. Wer anderthalb Stunden zu Grundposi-

tionen in der rheinland-pfälzischen Politik spricht, ohne das Wort „soziale Gerechtigkeit“ zu gebrauchen, auch der macht eine klare und deutliche Aussage.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Frau Klöckner, CDU: Solidarität! Nicht zugehört! –  
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir haben uns sehr ehrgeizige – das haben Sie auch betont – Ziele gesetzt:

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Wie wir die Energieversorgung in diesem Land umbauen, bezüglich der Haushaltskonsolidierung, auch das, was wir im Bereich Umwelt und Bildung auf den Weg bringen wollen.

Wir wissen, dass solche Politikansätze nur tragfähig sind, wenn es gerecht zugeht. Dann sind Menschen auch bereit, ihren Einsatz dafür zu bringen.

Wir von Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, Politikansätze sind nur dort tragfähig, wo es gerecht zugeht,

(Frau Klöckner, CDU: Genau!)

weil Menschen dann bereit sind, mutiger und kreativer zu sein und mehr Risiko einzugehen, wenn sie wissen, es geht sozial gerecht zu.

(Frau Klöckner, CDU: Koblenz! –  
Pörksen, SPD: Ja! Ja!)

Eine Gesellschaft ist doch bereit, wenn ich mutig bin und scheitere, mich aufzufangen. Das ist das Klima, das wir in Rheinland-Pfalz brauchen, das Klima von Mut und Kreativität. Dieses Klima werden wir weiter stärken und ausbauen. Das sind die Grundfundamente einer soliden Regierungspolitik, die wir auf den Weg bringen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Alle Untersuchungen von Wirtschaftsstandorten, wie sie sich entwickeln, geben die klare Aussage: Dort, wo mehr soziale Gerechtigkeit gewährleistet ist und die Sozialpartnerschaft gepflegt wird, sind Wirtschaftsstandorte erfolgreicher. Wir wollen Wirtschaftsstandorte, an denen Menschen risikobereit, neugierig, mobiler und veränderungswilliger sind.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das ist nur möglich, wenn wir ihnen auch ein Netz von Sicherheit geben, und auch das werden wir bieten. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Das haben Sie nicht verstanden, und das ist der Unterschied im Politikansatz, den wir in Rheinland-Pfalz verfolgen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es geht im Kern um die Frage, ob wir in der Lage sind, unseren Kindern und Enkelkindern den Wohlstand, die Lebenschancen und die Umwelt zu erhalten, die wir selbstverständlich für unsere Generation in Anspruch nehmen. Es geht darum, dass dies in der Substanz für kommende Generationen erhalten wird. Das ist der Grundgedanke des sozial-ökologischen Wandels, den wir in Rheinland-Pfalz gestalten wollen.

(Dr. Weiland, CDU: Bitte konkret! –  
Pörksen, SPD: Das haben wir gerade erlebt, konkret! –  
Dr. Weiland, CDU: Die Wahrheit ist immer konkret!)

Wir werden in ganz konkreten Punkten noch deutlich machen, wo die Unterschiede zwischen Ihrem und unserem Politikansatz liegen.

(Zurufe von der CDU)

Wir kommen nun zu der großen Herausforderung, den Landeshaushalt zu konsolidieren. Wir haben mit unserer Koalitionsvereinbarung auch ein Konzept vorgelegt, wie wir die Schuldenbremse einhalten wollen. Wir werden in Rheinland-Pfalz ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr machen. Wir werden mit den laufenden Ausgaben auskommen. Wir haben konkrete Konzepte vorgelegt, und wir haben auch deutlich gemacht, wo eingespart werden muss und wer davon betroffen ist. Sie haben es bisher versäumt, deutlich zu machen, wo Sie bereit sind, Einschnitte mitzutragen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, ich möchte Ihnen verzeihen.

(Licht, CDU: Verzeihen!)

Es war Ihr erster Auftritt in diesem Parlament.

(Licht, CDU: Ihrer auch!)

Bezüglich Ihrer Haushaltspolitik haben Sie davon gesprochen, auch Nebenhaushalte, Landesbetriebe, müssten von der Schuldenbremse umfasst werden. Allein ein Blick in die Verfassung von Rheinland-Pfalz würde genügen, um zu erkennen, dass genau dies der Fall ist. Die Verschuldung der Landesbetriebe ist selbstverständlich mit umfasst. Unser Konzept beinhaltet auch das.

(Zurufe von der CDU)

Es zeigt aber eines: Sie haben anscheinend unser Konzept gar nicht betrachtet, sonst wüssten Sie, dass Landesbetriebe dort mit umfasst sind. – So viel zu einer seriösen Auseinandersetzung mit unserer Politik!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir haben klare Aussagen dazu getroffen, wo es notwendig ist einzusparen. Wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern klar kommuniziert, dass wir Besol-

derungserhöhungen in den nächsten Jahren nur maßvoll gestalten können, aber mit einer verlässlichen Steigerung um jährlich 1 %. Wir haben klare Aussagen zu den Katasterämtern gemacht, wie wir uns dort eine Kostenreduzierung sozialverträglich vorstellen. Wir haben für die Justiz und für die Finanzämter klare Aussagen getroffen.

Was Sie jeweils getan haben ist, diese Einsparungen abzulehnen. Dann, wenn es Protestveranstaltungen gab, waren Sie die Ersten, die dort gesprochen haben und die Flugblätter verteilt haben. Das ist die Partnerschaft, die Sie uns anbieten. Sie organisieren den Protest, und wir müssen die Vorschläge machen. Das ist eine Partnerschaft, die nicht funktionieren kann, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Frau Klöckner, CDU: Das stimmt doch gar nicht! –  
Dr. Rosenbauer, CDU: Herr Hering, Sie dürfen  
Ihre Rede nicht einfach vorlesen, die Sie  
sich vorher aufgeschrieben haben!)

Klar ist auch, wenn wir die große Herausforderung erfolgreich umsetzen, einen Landeshaushalt mit einem Konsolidierungsbedarf von rund 220 Millionen Euro pro Jahr zu konsolidieren, muss es dabei gerecht zugehen. Es muss so gestaltet werden, dass die Menschen zwar von Kürzungen betroffen sind, sie aber dennoch wissen, dass es zwischen allen Teilen der Landesverwaltung und zwischen allen Teilen der Bevölkerung gerecht zugeht.

Meine Damen und Herren, in einem Niedrigsteuerland wie Deutschland ist es auch berechtigt, sich die Fragen zu stellen: Wie sieht es mit den Spitzensteuersätzen aus? Wie sieht es mit der Vermögensteuer aus? – Dies gehört zu der Gerechtigkeit und zu der Akzeptanz von Einsparvorschlägen dazu.

Nur dann werden auch die Menschen, die nur ein geringes Einkommen haben, sagen: Wenn auch die Großen einen Teil mittragen, ist es gerecht. – Das Konzept, das die Bundesregierung vorgelegt hat, sieht nur vor, an kleinen Geldbeuteln zu sparen und die Spitzensteuersätze außen vor zu lassen. Das ist keine gerechte Sparpolitik. Für eine solche Sparpolitik ist die rheinland-pfälzische Landesregierung nicht zu haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wenn wir darüber reden, dass wir diese große Anstrengung gemeinsam bewältigen wollen – das haben Sie gesagt –, müssen wir uns einmal betrachten, wie die Kommunikation in den letzten Wochen stattgefunden hat. Als wir die Struktur der Landesverwaltung vorgestellt haben, haben Sie uns vorgeworfen, es würden Mehrkosten in einer Größenordnung von 20 Millionen Euro entstehen, und dafür würden Sie 500 Polizisten einstellen.

(Pörksen, SPD: Rechnen kann  
sie auch nicht! –

Frau Klöckner, CDU: Richtig rechnen,  
Herr Hering! Fünf Jahre und ein Jahr!)

Sie hatten in Rheinland-Pfalz in den letzten zwei Jahrzehnten wenig Regierungserfahrung.

Frau Klöckner, Sie haben in Ihrer Presseerklärung von Mehrkosten in Höhe von 20 Millionen Euro gesprochen. Wenn man dies aber genau nachvollzieht – großzügig gerechnet, bezogen auf die Mehrkosten für ein Ministerium –, so sind es gerade einmal 2 Millionen Euro in fünf Jahren; denn pro Jahr sind es 400.000 Euro, und dies macht nach Adam Riese 2 Millionen Euro. Das sind pro Jahr 400.000 Euro.

Herr Dr. Rosenbauer, dafür wollen Sie 500 Polizisten einstellen. Wir wollen, dass Polizeibeamte deutlich mehr verdienen als 1.000 Euro in einem Jahr. – So viel zu den Rechenkünsten der CDU!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Dr. Rosenbauer, CDU: Schicken Sie uns doch  
einmal Ihre Rechnung zu! Schicken Sie  
sie uns doch einmal zu, damit wir sie  
überprüfen können!)

– In aller Ruhe, Herr Dr. Rosenbauer! Sie werden Gelegenheit dazu haben.

Ich habe mich auch entschlossen, an den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses regelmäßig teilzunehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Frau Klöckner, ich hoffe, Sie tun das auch. Ihre Vorgänger haben das nicht getan. Sie können ein positives Beispiel setzen, indem Sie regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen.

Ich werde es tun, weil es um die wichtige Frage geht, wie die Konsolidierung des Landeshaushaltes gestaltet werden kann. Dazu werden wir Ihre Aussagen einfordern.

Wir werden von Ihnen verlangen, dass Sie ganz konkrete Einsparvorschläge machen. Ich meine keine Vorschläge zu globalen Minderausgaben oder zu Allgemeinplätzen, sondern Sie sollen sagen, in welchem Bereich – – –

(Zurufe von der CDU –

Bracht, CDU: Sie kennen unsere Verfassung  
offenbar nicht, Herr Hering!)

Sie haben die Gelegenheit – – –

(Bracht, CDU: Lesen Sie einmal die Verfassung!  
Darin steht, wer was zu tun hat! –  
Weitere Zurufe von der CDU –  
Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Herr Kollege Hering hat das Wort. Ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe.

**Abg. Hering, SPD:**

– Herr Bracht, jetzt kommt der springende Punkt. Der Zwischenruf des Herrn Bracht ist durchaus bemerkenswert.

(Bracht, CDU: Lesen Sie die Verfassung! Darin steht, dass die Regierung einen Entwurf des Haushalts vorzulegen hat!)

– Ja, ja, Herr Bracht. Sie sagen, wir müssen einen Entwurf vorlegen, und das werden wir natürlich auch tun. Wir werden aber in der Öffentlichkeit kommunizieren, ob Sie den Mut und die Kraft haben, sich zu äußern: Stehen wir zu dem Einsparvorschlag der Regierung in diesem Punkt? – Wir werden von Ihnen abverlangen, dass Sie weitere Sparvorschläge dort machen, wo Sie Kürzungen anmahnen.

Wir werden nicht akzeptieren, dass Sie laufend die Verschuldung anprangern, aber selbst nicht bereit sind, konkret zu äußern, wo Sie einsparen werden. Man kann von der Opposition verlangen, dass sie sich konkret äußert, wo sie einsparen möchte. Bisher haben Sie den Mut und die Entschlossenheit dazu nicht gehabt, Frau Klöckner. Dann können Sie beweisen, ob ein neuer Stil in diesem Haus einkehrt oder nicht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ein Grundanliegen unserer Politik ist selbstverständlich die Bildungspolitik. Es gehört zu unserem Grundverständnis, dass die soziale Gerechtigkeit und das Vergeben von Lebenschancen in unserer Gesellschaft durch nichts anderes so stark bestimmt wird wie von der Frage, ob junge Menschen die Möglichkeit haben, einen qualifizierten Abschluss zu erwerben.

Der Grundansatz unserer Politik ist – diesen kann man auch gemeinsam mit den GRÜNEN im Grunde in einem Satz zusammenfassen –: Wir wollen, dass die Frage, ob ein junger Mensch einen Bildungsabschnitt gut absolviert, nur davon abhängig sein darf, wie fleißig er ist und welche Begabung er mitbringt, und eben nicht, wie reich sein Elternhaus ist. Das ist der Grundgedanke unserer Bildungspolitik.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dank der Bildungspolitik von Frau Ahnen sind wir sehr erfolgreich in diesem Land gewesen. Wenn wir uns auch die Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund anschauen, wenn wir Leistungsunterschiede betrachten, dann herrscht in Rheinland-Pfalz deutlich mehr Gerechtigkeit als in anderen Bundesländern.

Zu dem, was wir mit frühkindlicher Förderung, mit Ganztagschulen und auch mit dem Konzept der Regionalschulen auf den Weg gebracht haben, muss man sagen, diese Konzeptionen zeigen ihre Erfolge, dass mehr Gerechtigkeit in dieser Frage herrscht.

Wir werden uns aber mit dem Erreichten nicht zufriedengeben. In diesem Bereich werden wir uns weiter engagieren und weiter einen Schwerpunkt bilden.

Wir werden auch zu dem Konzept „Kurze Beine – kurze Wege“ stehen und werden dafür sorgen, dass wir auch die kleinen 400 Grundschulen, die wir im Lande haben, dann, wenn die Schulträger es wollen, beibehalten, weil es auch ein klares Bekenntnis zu Bildungschancen im ländlichen Raum und zu Infrastruktur ist. Auch dazu werden wir die Kraft und Entschlossenheit haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wenn man sich hier hinstellt und behauptet, im Bildungsbereich würde gespart werden, dann ist es schlicht und ergreifend unredlich und falsch, das in dieser Weise hier zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir werden in dieser Legislaturperiode pro Schüler deutlich mehr investieren, weil uns die Zukunft junger Menschen viel wert ist. Deshalb werden wir andere Bereiche nutzen, in denen Einsparungen erzielt werden können, und werden die Kraft aufbringen zu sagen, wir werden pro Schüler mehr investieren als in den vergangenen Jahren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Weil wir die Klassenmessenzen reduzieren, in Grundschulen maximal 24 Schülerinnen und Schüler haben, weil wir in den Orientierungsschulen die Klassenmessenzen senken und wir die Schülerbeförderungskosten bis zum 10. Schuljahr für alle Schularten übernehmen, bedeutet das, es wird deutlich mehr je Schülerin und Schüler ausgegeben werden.

Zur Tatsache gehört aber auch, dass wir in der laufenden Legislaturperiode weit über 50.000 Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz weniger haben werden. Das führt dazu, dass der Lehrbedarf aufgrund dieses gewaltigen Rückgangs der Schülerinnen und Schüler deutlich sinken wird.

Wir werden nicht wie andere Bundesländer diese gesamte Einsparungsmöglichkeit für die Konsolidierung des Haushalts nutzen. Nein, wir werden 1.000 Lehrstellen nutzen, um die Bildungsangebote besser zu gestalten und Standards weiter zu steigern. Auch das ist unser Ansatz von sozialer Gerechtigkeit und Stärkung von Bildungspolitik. Hier wird nicht gespart.

Auch das ist eine falsche Kommunikation. Wenn man so anfängt, angeblich gemeinsam Haushaltskonsolidierung zu betreiben, dann gehört dazu eben auch die Redlichkeit, es offen, ehrlich und transparent darzustellen. Auch das habe ich bei Ihnen vermisst.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner ist ja nicht mehr anwesend.

(Frau Meurer, CDU: Doch, sie ist hier! –  
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Die Dame  
in der letzten Reihe!)

Es wurde die Positionierung der Union bezüglich der Hauptschule angesprochen. Frau Klöckner, da möchte ich Sie gerne darüber informieren, nicht nur in Sachsen ist man zu der Auffassung gekommen, dass sich das Modell der Hauptschule überlebt hat. Mittlerweile ist das offensichtlich auch die Auffassung der Union auf Bundesebene. Die Erkenntnis, die Eltern, Schulträger, die Politik in Rheinland-Pfalz und die SPD in Rheinland-Pfalz seit einigen Jahren gewonnen haben, dass wir die Schulsysteme weiterentwickeln müssen und die Hauptschule in ihrer alten Struktur nicht mehr zu halten ist, ist offensichtlich mittlerweile zum Konsens in der Union geworden.

Der sächsische Kultusminister Wöllner als Vorsitzender der CDU-Bildungskommission hat genau die Aussage getroffen, die Hauptschule sei nicht mehr zu retten, weil sie von Eltern nicht akzeptiert werde, weder von deutschen noch eingewanderten Eltern. Das sagt Wöllner gegenüber der Zeitung. Genau diesen Vorschlag wird er der Union auch unterbreiten, mit einiger Verzögerung, wie auch in anderen Bereichen.

Auch bei der Ganztagschule erkennen Sie, dass unsere Politikansätze richtig sind. Es dauert eben immer einige Jahre, bis Sie zu den Erkenntnissen kommen, die in der Bildungspolitik zeitgemäß sind. Aber offensichtlich sind Sie dort, wenn auch mit Zeitverzögerung, durchaus lernfähig.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind lernfähig im Bereich der Ganztagschulen geworden, auch im Bereich von Integrierten Gemeinschaftsschulen, IGS.

(Dr. Weiland, CDU: Die heißen Gesamtschulen! –  
Ernst, CDU: Aber es ist nicht so schlimm!)

– Integrierte Gesamtschulen. Sie sind lernfähig geworden, weil Ihre CDU-Basis das von Ihnen gefordert hat. Zu dem Zeitpunkt, als Sie hier gegen diese Schulform polemisiert haben,

(Fuhr, CDU: CDU-Landräte!)

sind CDU-Kommunalpolitiker an das Bildungsministerium herangetreten und haben gesagt, im Interesse unserer Kinder und Eltern wollen wir diese Schulformen vor Ort haben. Das war der eigentliche Grund für die Einsicht von Ihnen, in diesen Punkten nachzugeben und zeitgemäße Positionen zu vertreten. Das dauert bei Ihnen einige Zeit, aber wir erkennen an, Sie sind in diesem Bereich durchaus lernfähig.

(Beifall bei der SPD)

Auch in dem Koalitionsvertrag ist der Grundgedanke aufgenommen worden, wir betreiben in Rheinland-Pfalz keine ideologische Schulpolitik. Wir betreiben eine

Schulpolitik orientiert an den Bedürfnissen der Menschen, der Schülerinnen und Schüler, des Willens der Eltern. Das ist der Grundgedanke unserer Schulpolitik.

Es ist deswegen im Koalitionsvertrag geregelt, dass wir bei der Realschule plus zu integrativen Modellen ermutigen. Wir schreiben sie nicht vor.

Unser Ansatz ist nach wie vor, wenn Eltern und Schulträger zu der Auffassung kommen, dass für ihre Region, für ihre Kinder diese Schulform sinnvoll ist und die qualitativen Voraussetzungen erfüllt werden, dann treffen wir auch die Entscheidung im Interesse der Region, im Interesse der Menschen.

Wir lassen uns zu keiner anderen Schulpolitik veranlassen, weder von Ihnen noch von anderen, weil wir unseren Maßstab haben, am Interesse der Menschen in der Region orientiert. So werden wir auch weiter erfolgreich Schulpolitik in Rheinland-Pfalz machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, sehr aufmerksam

(Frau Klöckner, CDU: Frauen können zwei Sachen!)

habe ich Ihren Ausführungen zur Energiepolitik zugehört.

(Baldauf, CDU: Sie hat gefragt,  
über was Sie reden!)

– Sie werden das gleich wissen, wovon ich rede.

(Pörksen, SPD: Ich weiß es jetzt schon! –  
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

– Frau Klöckner, um es auf den Punkt zu bringen, wir reden zur Glaubwürdigkeit Ihrer Position in der Frage des Atomausstiegs, ja oder nein. Darüber werden wir jetzt an dieser Stelle reden.

(Frau Klöckner, CDU: Da freue ich mich!)

Wir haben hier eine solide Regierungsmehrheit von 60 Stimmen in diesem Parlament. Hier hat jeder seine klare Position zur Kernenergie. Es ist eine klare Position, dass diese Technologie nicht verantwortbar ist.

Die Jüngeren haben diese Position seit zehn oder 15 Jahren. Es gibt auch einige, die seit 30 bis 40 Jahren hier eine klare Position haben und nie eine andere Position in diesem Kernpunkt der politischen Auseinandersetzung in Deutschland hatten. Es ist eine klare Position, ob Energiepolitik mit Atomenergie verantwortbar ist, ja oder nein. Wir haben eine klare Position, die wir auch nie geändert haben: Atomenergie ist unverantwortbar. – Wir haben die Erkenntnis auch schon vor Japan gehabt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es ist vollkommen legitim, dass die Menschen nach solchen dramatischen Ereignissen wie in Japan ihren

Standpunkt noch einmal überprüfen und zu einem anderen Standpunkt kommen.

Das gilt auch dann, wenn man weiß, wie man vorher mit Menschen umgegangen ist und wie man sie titulierte, die eine andere Position hatten. Viele haben über Jahre hinweg, auch aus christlicher Überzeugung heraus, gesagt, dass dies unverantwortbar mit Blick auf die Erhaltung der Schöpfung ist. Diese Menschen haben sich entsprechend engagiert.

Vor etwa einem guten Jahr haben Sie zu diesen Menschen gesagt – das war beim Ortsverein Finthen der CDU –, dass sich schon einmal all diejenigen melden könnten, die auf Kerzenlicht, kaltes Duschwasser und Wäsche waschen am Rhein setzten. So seriös sind Sie mit einer der zentralen Fragen der Zukunft des Landes, nämlich die Atomenergie betreffend, umgegangen. Sie haben im Grunde Menschen diffamiert, die dort eine andere durchdachte Position hatten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Fuhr, SPD: Das ist ihr Ziel! –  
Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Uns ist das Fernsehduell vor der Landtagswahl in der Erinnerung, bei dem Sie von der Zeitenwende gesprochen haben. Viele, die Ihre Vorgeschichte nicht kennen, konnten den Eindruck gewinnen, dass vor Ihnen eine glühende Gegnerin der Atomenergie steht, die nie eine andere Position vertreten hat als den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie.

Frau Klöckner, ich komme zu einem nächsten Zeitfenster.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wenn Sie eine Grundsatzausprache halten und sich nicht zur Frage des Atomausstieges äußern,

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

ob die Nutzung der Atomenergie noch verantwortbar ist, und dann diese Position nicht mehr aufgreifen, dann ist diese Kehrtwendung nicht glaubwürdig und nicht nachvollziehbar, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD –  
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Wenn man die innerparteilichen Diskussionen in Rheinland-Pfalz kennt, dann weiß man, warum sich Frau Klöckner hier nicht klar zum Atomausstieg positioniert hat.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Der CDU Bundestagsabgeordnete Fuchs aus Koblenz hat noch vor vier Wochen die Aussage getroffen, Atomkraftwerke müssten wieder ans Netz gehen. Er hat von Ihnen keine Klarstellung erfahren. Wer glaubwürdig von Zeitenwende spricht und sagt, er habe seine Position geändert, von dem hätte ich erwartet, dass es trotz der Äußerung von Herrn Fuchs die klare Aussage über die

Positionierung der CDU in Rheinland-Pfalz vor und nach der Wahl gibt. Diese Klarstellung haben Sie versäumt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Licht, CDU: Jetzt zitieren wir auch noch!)

Wir sehen in dem Umbau der Energieversorgung nicht nur die große ökologische Herausforderung, sondern auch gleichzeitig die große ökonomische Herausforderung, zukünftig eine verantwortbare Energieversorgung in Rheinland-Pfalz, die auf dezentrale Strukturen baut und erneuerbare Energien viel stärker nutzt, zu realisieren. Das ist ein Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg in diesem Land. Damit werden wir mit dafür sorgen, einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg in Rheinland-Pfalz zu erzielen. Wir wollen eine solche Energieversorgung in Rheinland-Pfalz aufbauen. Sie ist mittelstandsfreundlich. Dadurch erhalten Handwerker vor Ort Aufträge. Die Wertschöpfung bleibt vor Ort.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Dazu gehört, dass wir in den Mut haben, die Handlungsmöglichkeiten der Stadtwerke zu stärken.

(Frau Mohr, SPD: Richtig, genau so!)

Das gehört als Antwort mit dazu.

Ich erwähne die Kreuznacher Erklärung. Herr Pörksen beschwert sich manchmal, dass das Wirtschaftspapier der CDU mit dem Namen Bad Kreuznach verbunden wird.

(Pörksen, SPD: Der Begriff, wie schrecklich! –  
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir werden der neuen Oberbürgermeisterin helfen, eine dezentrale Energieversorgung aufzubauen. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten.

(Beifall der SPD –  
Zurufe der Abg. Dr. Weiland, CDU,  
und Pörksen, SPD)

Wenn man die Kreuznacher Erklärung, die mit Sicherheit von jemandem geschrieben wurde, der seine Position vor und nach der Wirtschaftskrise nicht geändert hat, liest, dann stellt man fest, dass dort ein neoliberaler Ansatz pur formuliert ist. Das ist der Grundtenor, privat geht immer vor Staat. Die Wirtschaftskrise, die unser Wirtschaftssystem in Europa und nahezu der ganzen Welt fast bis an den Ruin geführt hat, hat deutlich gezeigt, dass der Staat verantwortlich Märkte regeln muss. Davon ist in diesem Papier nicht die Rede. Das ist ein rein neoliberaler Ansatz einer Wirtschaftspolitik.

(Beifall der SPD –  
Frau Klöckner, CDU: Am Nürburgring haben  
Sie jetzt – – –  
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Dort ist nichts zu der ganz wichtigen Debatte ausgeführt.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir haben die Situation, dass einige Monopolunternehmen in Deutschland im Bereich der Energie- und Mineralölversorgung eine so starke Machtstellung auf dem Markt haben, dass es mittelstandsfeindlich ist. Es ist nicht mehr möglich, eine dezentrale Energieversorgung aufzubauen und darin rentierlich zu investieren. Das Kartellamt hat dargelegt, welche Marktverzerrungen eingetreten sind und welche Mehrbelastungen Verbraucherinnen und Verbraucher aufgrund des Marktmissbrauchs solcher Unternehmen haben.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass Teile der Milliardengewinne, die durch den Missbrauch der Marktstellung der Konzerne den Verbrauchern entzogen wurden, den Verbrauchern zukünftig wieder durch geringere Strompreise zugutekommen. Wir wollen, dass Gewinne vor Ort bei mittelständischen Unternehmen und Stadtwerken verbleiben. Damit kann man dann unter anderem kommunale Infrastruktur aufrechterhalten.

Das ist unser Politikansatz. Darüber lassen Sie uns diskutieren, wie Stadtwerke gestärkt werden können. Daran werden auch Ihre Kommunalpolitiker ein Interesse haben, das mit uns gemeinsam zu diskutieren. Ich habe die Einladung an Sie, werfen Sie das Papier in den Schredder. Mehr ist es nicht wert. Lassen Sie uns über vernünftige Mittelstandspolitik in Rheinland-Pfalz und darüber diskutieren, wie zukunftsfähige Wirtschaftspolitik in diesem Land aussehen kann. In diesem Bereich sind wir gerne Dialogpartner für Sie.

(Beifall der SPD)

Wir wissen, dass im letzten Jahr mit Mehrheit der CDU und FDP im Bundestag die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke beschlossen worden ist. Damit wurden Milliardeninvestitionen in Stromerzeugungsanlagen auf erneuerbarer Basis gestoppt, weil sich sehr viele die Frage gestellt haben, ob es sinnvoll ist, in solche Anlagen zu investieren. Mittelständler und Stadtwerke haben sich die Frage gestellt, ob es Sinn macht, dort zu investieren. Nachdem klar war, dass die Bundesregierung an ihrem Vorhaben festhält, die Laufzeit von Atomkraftwerken zu verlängern, sind diese Investitionen nicht mehr umgesetzt worden. Sie haben damit den Wirtschaftsstandort nachhaltig geschwächt.

Wir müssen jetzt diese Investitionen reaktivieren und die Investoren motivieren, ihre Pläne wieder aus der Schublade zu holen. Es ist wertvolle Zeit verloren gegangen. Sie haben es mit Ihren Stimmen ermöglicht, dass diese Laufzeitverlängerung gekommen ist. Ich hätte erwartet, dass Sie eine klare Aussage treffen, wie Ihre Position ist. Die Unklarheit in der Wirtschaft können wir nicht länger akzeptieren. Die Wirtschaft braucht klare Rahmenbedingungen. Da hilft auch keine Ethikkommission im Bund. Wir brauchen die klare Aussage über den Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie möglich, damit Investitionen freigesetzt werden. Das ist glaubwürdige Politik und nicht das Übertragen von Verantwortung auf Kommissionen.

(Beifall der SPD)

Rheinland-Pfalz ist ein erfolgreicher Industriestandort. Er hat sich gerade unter sozialdemokratischer Regierungs-

verantwortung zu einem sehr erfolgreichen Wirtschaftsstandort entwickelt. Wir haben mittlerweile Topplätze in Deutschland wenn es um die Exportquote, das Wirtschaftswachstum, geringste Arbeitslosenquote, dritter Platz, geht. Dort sind die Erfolgskriterien und -faktoren für wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz.

Ein ganz entscheidender Faktor ist, dass wir einen höheren Industrieanteil als andere Bundesländer haben.

Wir haben eine gute Wertschöpfung von über 26 % im Bereich Industrieproduktion/Verarbeitendes Gewerbe. Das ist deutlich mehr als in Deutschland insgesamt. Es war vollkommen unproblematisch, mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu vereinbaren, wir bekennen uns zum Industriestandort Rheinland-Pfalz mit der klaren Aufführung der Chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Fahrzeugindustrie. Das ist ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Rheinland-Pfalz von dieser Koalition. Wir werden diesen Industriestandort nachhaltig stärken und ausbauen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Licht, CDU: Klar wie Kartoffelsuppe!)

Wir wissen, dass der Wohlstand in unserem Land ganz entscheidend davon abhängig ist, wie stark der Anteil von Industrieproduktion ist, denn der hohe Anteil des Exports wird im Bereich der Industrie erzielt. Dienstleistungsarbeitsplätze sind abhängig von einem starken Anteil von Industrieproduktion und Verarbeitendem Gewerbe. Deswegen haben wir auch die Konzeption entworfen, wie das noch gestärkt und ausgebaut werden kann. Auch das ist Ansatz des sozial-ökologischen Wandels in Rheinland-Pfalz.

Was ist das entscheidende Kriterium, um die Exportstärke unserer Wirtschaft zu stärken? – Es gibt zwei Punkte: Energie-/Ressourcen-Effizienz und Wissenstransfer. –

(Frau Thelen, CDU: Aber die  
Infrastruktur fehlt!)

Das sind die zwei Kernpunkte, wissend, dass wir eine Reihe von Industrieunternehmen haben mit einem Lohnkostenanteil von 12 %, 15 %, 20 %, die uns sagen, wenn die Tarifsteigerung 1 % höher ausfällt als geplant, dann ist das nicht entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens. Wenn die Energiekosten, die teilweise 30 % oder 40 % ausmachen, massiv steigen, dann ist der Standort Rheinland-Pfalz gefährdet. Deswegen ist es ein kluger und zielführender Ansatz, in dieser Koalitionsvereinbarung geregelt zu haben, wir werden die Industrie und die Wirtschaft dabei unterstützen, noch ressourceneffizienter, vor allen Dingen energieeffizienter, zu produzieren. Wir werden Forschungsvorhaben in diesem Bereich und Netzwerke stärken und ausbauen, um unserer Wirtschaft dort einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Daraus wird deutlich, gerade das rot-grüne Projekt in Rheinland-Pfalz ist ein Beitrag, den Wirtschafts- und Industriestandort Rheinland-Pfalz nachhaltig zu stärken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es enthält auch ein klares Bekenntnis zum Forschungsstandort Rheinland-Pfalz. Wir werden das, was erfolgreich im Rahmen der Cluster-Strategie im Bereich der Fahrzeugindustrie, in der Metall- und Keramikindustrie, aber auch bei den optischen Technologien auf den Weg gebracht wurde, um weitere Bereiche erweitern. Gerade dort, wo es um Ressourcen- und Energieeffizienz geht, werden wir auch die Hochschullandschaft danach stärker ausrichten, die anwenderorientierte Forschung stärker zu unterstützen, um den Wissenstransfer von anwenderorientierter Forschung bis in die Produktion – diesen Prozess – effizienter und schneller zu gestalten und vor allen Dingen auch noch stärker daran arbeiten, dass mittelständische Unternehmen davon profitieren.

Auch in Rheinland-Pfalz hat sich gezeigt, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen am Export erfolgreich teilnehmen. Sie sind auf diesen Wissenstransfer angewiesen. Auch das werden wir ausbauen und stärken und damit einen Beitrag leisten. Wir werden – das hat Frau Wirtschaftsministerin Lemke so treffend ausgedrückt – das Rad der Wirtschaft nicht neu erfinden, aber wir werden an ihm mitdrehen und es mit diesen Ansätzen beschleunigen. Wir werden in diesem Bereich auch zeigen, erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu gestalten.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wie jetzt!)

Auch hier werden Sie der Zeit hinterherlaufen. Das sind Konzepte, die von uns entworfen wurden.

(Frau Klöckner, CDU: Wie denn? –  
Frau Kohnle-Gros, CDU: Der Spruch ist schon  
20 Jahre alt!)

Auch hier sind Sie nicht in der Lage gewesen, Alternativen aufzuzeigen, wie alternative Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann, nichts außer Vorwürfe an dem, was wir gestaltet haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Licht, CDU: Ihr Konzept hat doch schon zur  
Mängelverwaltung geführt!)

– Herr Licht, ein Bundesland, das das dritthöchste Wirtschaftswachstum und den meisten Zuwachs an Arbeitsplätzen in ganz Deutschland hat, kann berechtigtweise von sich sagen: Wir haben mit Unternehmen, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erfolgreiche Wirtschaftspolitik gemacht.

(Licht, CDU: Wir haben doch nur noch Mängelverwaltung in Ihrem Ministerium! –  
Pörksen, SPD: Ach Sie Dünnbrettbohrer!)

Weil wir das mit überschaubaren Haushaltsmitteln geleistet haben, können wir umso stolzer sein. Die Mittel, die wir eingesetzt haben, waren sehr effizient, effizienter als in CDU-Nachbarländern.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Zu unserer Wirtschaftspolitik gehört aber auch dazu, wir wollen am Erfolg alle teilhaben lassen. Eine Stärke die-

ses Wirtschaftsstandortes ist die Dialogorientiertheit. Auch das haben wir im Koalitionsvertrag geregelt. Das wollen wir ausbauen und stärken. Gerade die Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass Rheinland-Pfalz besser durch die Krise gekommen ist, weil es hier eine gepflegte Sozialpartnerschaft gibt, einen engen Dialog zwischen Unternehmensleitungen, Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretungen und den Gewerkschaften.

Die hat der Ministerpräsident dann auch in der Krise an den Tisch in dem Pakt für Rheinland-Pfalz geholt. Wir haben diese Herausforderung gemeinsam bewältigt. Dieser Dialog hat auch noch einmal gezeigt – auch vielen Unternehmen noch einmal gezeigt – zu sagen, wie wichtig es für den wirtschaftlichen Dialog ist, dass wir starke Arbeitnehmervertretungen und starke Betriebsräte haben. Auch das sorgt für einen starken Wirtschaftsstandort. Auch das werden wir ausbauen und stärken. Wir sind für den Dialog, aber auch klar für starke Arbeitnehmervertretungen. Auch das gehört zu einem starken Wirtschaftsstandort dazu.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es gehört zur Gerechtigkeit dazu, dass die, die gute Arbeit leisten, für gute Arbeit auch einen angemessenen Lohn bekommen. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich, was ich im Bereich der Bildungspolitik gesagt habe, irgendwann – das wird noch einige Jahre dauern – auch die CDU in Deutschland für einen Mindestlohn einsetzen wird, denn es ist unwürdig, dass an einem reichen Wirtschaftsstandort – Rheinland-Pfalz ist ein reicher Wirtschaftsstandort – in Deutschland akzeptiert wird, dass Menschen vollschichtig arbeiten und davon nicht leben können. Deswegen gibt es das klare Bekenntnis dieser Koalition: Wir wollen den flächendeckenden Mindestlohn. Menschen, die arbeiten, sollen einen anständigen Lohn bekommen.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Mich hat auch überrascht, dass Sie bei einer Grundsatzausprache keine Ausführungen gemacht haben, was eigentlich das Wertefundament einer CDU in Rheinland-Pfalz ist. Was sind Grundfundamente Ihrer Politik, aus denen Sie konkrete Politikansätze ableiten? Sonst wird von Ihnen formuliert, dass gerade die christlichen Wurzeln sehr wichtig sind. Es gibt auch viele Sozialdemokraten, die aus christlicher Überzeugung Politik machen, die eine andere Entscheidung getroffen haben, in welcher Partei sie sich engagieren. Für mich persönlich ist die Frage, wie wir mit Entlohnung von Menschen umgehen, und die Frage, ob wir einen Mindestlohn brauchen, auch eine Frage, die man aus einer christlichen Überzeugung heraus nur so beantworten kann, dass die, die vollschichtig arbeiten, dort auch einen anständigen Lohn bekommen. Zu Recht ist in der Bibel geregelt und bei Lukas ausgeführt: Ein Arbeiter ist seines Lohnes wert.

(Licht, CDU: Wer hat dir denn  
das aufgeschrieben? –  
Zuruf von der SPD: Was für eine  
Unverschämtheit!)

– Herr Licht, – – –

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ist nur die Respektlosigkeit, die Sie eingeführt haben!)

Herr Licht, Sie wissen vielleicht nicht, ich bin in einer Klosterschule zur Schule gegangen.

(Pörksen, SPD: Er nicht, das merkt man!)

Die dort engagierten Christen sind stolz darüber, dass überzeugte Christen auch in der SPD engagiert sind,

(Frau Klöckner, CDU: Das ist in Ordnung!)

wenn sie klare Positionen vertreten, stolzer als manche andere, die fragwürdige Positionen vertreten.

(Starker Beifall der SPD und Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sind mir Bibelzitate bekannt. Wir lassen uns auch von niemandem verbieten, dort, wo es passt, auch darauf hinzuweisen. Ich finde es ein schönes Wort „Ein Arbeiter ist seines Lohnes wert“, weil das richtig ist. Auch das ist Maßgabe für unsere Politik in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Pörksen, SPD: Wir halten es mit der russischen Verfassung: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

Wir haben in der Koalitionsvereinbarung auch Festlegungen treffen müssen, wie wir mit großen Infrastrukturmaßnahmen umgehen. Es war – das ist kein Geheimnis – keine einfache Aufgabe gewesen, wissend, dass dort die Koalitionspartner unterschiedliche Positionen vertreten, hier zu einem gemeinsamen Nenner zu kommen. Wer Politik gestalten will, muss auch die Kraft haben, zu einem Kompromiss zu kommen. Wir haben einen fairen Kompromiss gefunden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war mit Sicherheit für die Partner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht einfach zu akzeptieren gewesen, dass der Hochmoselübergang weiter gebaut wird, weil es dazu eine klare Positionierung gegeben hat. Hier war aber die Faktenlage bezüglich des Baufortschritts zu berücksichtigen. Wir hätten einen Regress zahlen müssen. Es gab auch die Tatsache, dass der Bund uns dem Grunde nach hätte anweisen können, die Baumaßnahme fortzusetzen.

Frau Klöckner, hier hat uns aber der Bund auch bewusst in der Schwierigkeit gelassen. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Licht, CDU: Schwierigkeit gelassen?)

– Ja, ich will das erklären. Der Bundesverkehrsminister hätte die Frage mit einem zweizeiligen Brief klären können: Wir weisen das Land Rheinland-Pfalz an: Aufgrund

der hohen Investition wird der Hochmoselübergang weitergebaut. – Die Frage wäre dann geklärt gewesen. Er hatte nicht den Mut gehabt, diese Entscheidung zu treffen,

(Frau Klöckner, CDU: Das ist lächerlich!)

oder wollte die Koalitionspartner in der Schwierigkeit belassen. Auch das gehört zu einer ehrlichen Diskussion dazu,

(Unruhe im Hause)

auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, wir haben das aber auch ohne Hilfe des Bundes geschafft, weil wir eine gemeinsame Basis hatten, uns gegenseitig vertrauen und das vernünftig geregelt haben.

(Licht, CDU: In der Frage sagen Sie besser: Es ist gut so und weiter!)

Zur Mittelrheinbrücke haben Sie gesagt, dazu gäbe es eine klare Positionierung der CDU. Mir liegt ein Presseartikel der „Allgemeinen Zeitung“ vom 21. November 2010 vor.

(Pörksen, SPD: Mir auch!)

In dem steht: Mittelrhein: Fünf CDU-Politiker aus Rheinhessen zweifeln Brückenpläne an. –

(Bracht, CDU: Das ist längst klargestellt! Das haben wir längst klargestellt!)

Das sind Thomas Günther, Adolf Kessel, Dorothea Schäfer, Heinz-Hermann Schnabel und Gerd Schreiner. Alle haben sich äußert kritisch zur Mittelrheinbrücke geäußert.

(Bracht, CDU: Die haben das doch selbst klargestellt!)

Das nur zur klaren Positionierung der CDU zur Mittelrheinbrücke.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Bracht, CDU: Das ist eine Unverschämtheit! Das ist längst klargestellt!)

– Herr Bracht, Sie mögen die Kollegen anschließend auf Linie gebracht haben, aber zunächst haben sie sich öffentlich gegen das Projekt ausgesprochen. Auch das ist Fakt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann zur Klarstellung, damit kein anderer Eindruck entsteht: Zur B 10 haben wir die Aussage getroffen, wir wollen einen drei- oder vierspurigen Ausbau. – Darüber wird aber im Mediationsverfahren entschieden werden.

Niemand hat sich aber gegen den Ausbau an sich ausgesprochen. Dazu gibt es auch eine klare Regelung im Koalitionsvertrag.

Es gibt aber ein Projekt, das Sie bewusst verschwiegen haben.

(Pörksen, SPD: Viel verschwiegen hat die!)

Auch dazu ist im Koalitionsvertrag geregelt, dass diese Maßnahme nicht kommen wird. Das ist die Hagenbachvariante. Dazu haben uns die Partner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN berechtigterweise gesagt, dass das von ihnen schon gar nicht abverlangt werden kann. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich gegen das Projekt ausgesprochen; denn sie war es gewesen, die, als wir das Projekt in der Region kommuniziert haben und dazu gestanden sind, die Protestbewegung gegen diese Maßnahme mit angeführt hat. Das zu Ihrem Bekenntnis zu Infrastrukturmaßnahmen. Dann, wenn das bequem ist, sind Sie dafür, aber wenn der Protest von vor Ort kommt, sind Sie mit auf den Barrikaden. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dann haben wir die Entscheidung getroffen, die ich als ehemaliger Verkehrsminister auch mittrage, verstärkt in den Ausbau zu investieren; denn das muss eine Kernaufgabe sein. Bevor wir an Neubau denken, müssen wir die Kraft aufbringen, das vorhandene Straßennetz in einem guten Zustand zu erhalten. Da stehen wir in Rheinland-Pfalz gut da. Unsere Straßen – auch die Landesstraßen – sind mittlerweile in einem besseren Zustand als in vielen anderen Ländern.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Herr Schreiner, Sie haben öfter auf Hessen verwiesen. Ich habe vor einigen Tagen einen interessanten Artikel gelesen, der am 19. Mai in der „Frankfurter Rundschau“ stand. Dort hieß es: Wegen Schlaglöchern geschlossen. Das Sparen bei der Bildung treibt kuriose Blüten. So teilt das Amt für Lehrerbildung (AfL) in Frankfurt mit, dass es seine Außenstelle in Seeheim-Jugenheim bis auf Weiteres schließt. Der Grund: Die Zufahrtsstraße zum Schloss Heiligenberg, einem etwas abseits gelegenen Gebäudekomplex oberhalb von Seeheim-Jugenheim, ist aufgrund der Frostschäden des vergangenen Winters in einem derart schlechten Zustand, dass sie für Rettungsfahrzeuge der Feuerwehr nicht mehr befahrbar ist. – Das dazu, wie im Nachbarland die Infrastruktur unterhalten wird.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Eine der wichtigen Weiterbildungseinrichtungen dort!)

Frau Klöckner, es freut mich, dass Sie den Rheinland-Pfalz-Takt gelobt haben. In der Tat ist das ein Pilotprojekt, das in Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht wurde,

(Dr. Weiland, CDU: Brüderle!)

das mittlerweile bundesweite Anerkennung findet.

– Wir haben auch in der gemeinsamen Koalition mit der FDP gute Politik gemacht. Wir werden sie mit den GRÜNEN auch so gestalten.

Das Projekt Rheinland-Pfalz-Takt haben wir weiterentwickelt. Wenn Sie den Koalitionsvertrag richtig gelesen haben, können Sie feststellen, dass in ihm auch die Konzepte beschrieben werden, wie wir den öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche weiterentwickeln wollen. Natürlich kann Schienenpersonennahverkehr nur dort stattfinden, wo wir auch eine Schieneninfrastruktur haben. Wir haben dort beschrieben, wie intelligente Konzepte der Zukunft aussehen.

Wir können künftig nicht bei einer zurückgehenden Bevölkerung in einem Taktfahrplan mit Bussen jede Ortsgemeinde anfahren. Wir müssen uns intelligente Konzepte überlegen. Dazu gehört das Rufbussystem, das wir in zwei Landkreisen testen werden. Zunehmend können auch ältere Menschen mit den neuen Medien, mit dem Internet umgehen. Einen Tag vorher wird der Bedarf angemeldet. Darauf aufbauend werden dann Routen festgelegt. Damit wird die Möglichkeit gegeben sein, auch in ländlichen Regionen, in denen wir bisher ein sehr schlechtes Angebot hatten, das Angebot mit der gleichen Aufwendung von öffentlichen Haushaltsmitteln wie in der Vergangenheit zu verbessern und damit eine bessere Qualität zu ermöglichen. Auch das ist durch den Rheinland-Pfalz-Takt möglich geworden.

Wir haben innovative Konzepte und neue Ideen. Außer Kritik habe ich in Ihrer Rede nichts dazu gehört, wie Sie sich den Personennahverkehr der Zukunft vorstellen und wie Ihre Konzepte aussehen. Ich würde gerne erfahren, ob Sie dazu Konzepte und Vorstellungen haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Erfreulicherweise leben wir in Rheinland-Pfalz auch sicher. Wir leben sicherer als in anderen Bundesländern; denn die Wahrscheinlichkeit, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, ist deutlich geringer als in anderen Bundesländern. Wir haben die dritthöchste Aufklärungsquote, das heißt eine gut und effizient arbeitende Polizei, und wir haben auch eine gut ausgestattete Polizei.

Frau Klöckner, es ist einfach nicht redlich, wenn Sie sagen, wir würden entgegen den Zusagen Polizeibeamte abbauen. Das ist unredlich, wenn man weiß, wie die Polizeistärke in Rheinland-Pfalz festgesetzt wurde. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir die Sollstärke festgestellt haben, weil ich in dieser Zeit als Staatssekretär im Innenministerium für diesen Bereich zuständig war. Wir haben aufgrund intensiver Dialoge mit Fachleuten und den Gewerkschaften erarbeitet, welche Polizeiausstattung in Rheinland-Pfalz notwendig ist. Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte benötigen wir, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten?

Wir sind damals zu dem Ergebnis gekommen, dass wir rund 9.000 Polizistinnen und Polizisten benötigen, und haben die Mindestpolizeistärke für Rheinland-Pfalz auf 9.014 festgelegt. In den Jahren 2004 und 2005 war uns auch klar, dass es Jahrgänge geben wird, in denen

deutlich mehr Polizeibeamtinnen und -beamte in den Ruhestand treten, als neu ausgebildete Absolventen fertig werden.

Deswegen bestand die Notwendigkeit, einige Jahre eine Polizeistärke von über 9.000, etwa 9.300 oder 9.400, vorzuhalten, um trotz einer hohen Anzahl von Pensionen in einem Jahrgang zu gewährleisten, dass immer 9.000 Polizeibeamtinnen und -beamte in Rheinland-Pfalz im Dienst sind. Das ist so kommuniziert worden. Es ist immer mitgeteilt worden, dass es einige Jahre geben wird, in denen es einige Hundert Polizeibeamtinnen und -beamte mehr geben wird als in den Folgejahren. Wir haben auch die Aussage getroffen, dass wir trotz des demografischen Wandels an dieser Sollstärke festhalten werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Das haben Sie gewusst, wenn Sie auch darauf Wert gelegt haben, nicht ausdrücklich zugestimmt zu haben. Das war Ihnen bekannt. Das ist hier mehrfach diskutiert worden. Es ist Ihnen auch mehrfach schriftlich in Großen und Kleinen Anfragen mitgeteilt worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Herr Lammert, es ist eine Stilfrage, ob man es wegen des Tageserfolgs in der Presse notwendig hat, Behauptungen aufzustellen, von denen man weiß, dass sie falsch sind. Dazu gehört zum Beispiel, dass die Anzahl der Polizeibeamtinnen und -beamten abgebaut wird.

Es wird genau das getan, was wir schon vor fünf oder sechs Jahren angekündigt haben. Wir werden dafür Sorge tragen, dass immer 9.000 Polizeibeamtinnen und -beamte in Rheinland-Pfalz im Dienst sind. Nichts anderes haben wir getan. Wenn Sie keine Argumente haben, die Polemik brauchen und die Dinge falsch darstellen müssen, zeigt das, in welchem Zustand Sie sich befinden und mit welchem Stil Sie Politik machen.

Wir werden glaubwürdig das umsetzen, was wir den Menschen versprochen haben. Es wird zukünftig in Rheinland-Pfalz auch 9.000 Polizeibeamtinnen und -beamte geben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –

Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU –

Ministerpräsident Beck: Er ist kein Lümmel!

Nehmen Sie das zurück! –

Dr. Weiland, CDU: Das ist unglaublich!

Es gäbe noch einiges, was man richtigstellen müsste. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, dass auch seitens der CDU zu Themen Politikansätze erarbeitet und formuliert werden, mit denen man sich sachlich auseinandersetzen kann. Es ist die Aufgabe der Opposition, die Kraft zu erbringen, alternative Politikansätze zu formulieren und durchzudeklinieren, was sie in der Umsetzung für die Menschen bedeuten. Dann kann man auch darüber diskutieren und sich austauschen.

Das wird auch dazu führen, dass die Politik besser und glaubwürdiger wird. Ich hoffe, Sie werden die Kraft mit-

bringen. Dann wird es in diesem Haus interessante Debatten geben, die insgesamt zum Ansehen der Politik beitragen werden. Ich will nicht die Hoffnung aufgeben, dass Sie zu dieser Kraftanstrengung in der Lage sind.

Es ist klar, dass es dank des Zusammenhalts in Rheinland-Pfalz mittlerweile so etwas wie ein rheinland-pfälzisches Lebensgefühl gibt, das vom sozialen Zusammenhalt geprägt ist. Man ist hier mehr als in anderen Ländern bereit, füreinander einzustehen.

Daraus resultiert, dass mehr Menschen bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Auch dafür steht Rheinland-Pfalz. Es ist ein offenes und tolerantes Bundesland mitten in Europa. Die innovative Bevölkerung ist neuem aufgeschlossen und weiß, den Wert von Gutem zu bewahren.

Meine Damen und Herren, diese Koalition passt sehr gut zu diesem Lebensgefühl in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Kollege Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Tatsache, heute hier stehen und reden zu dürfen, erfüllt mich zugegebenermaßen mit einem gewissen Stolz. Deswegen möchte ich mit einigen Worten des Dankes beginnen.

Zunächst möchte ich mich bei den Wählerinnen und Wählern bedanken, dass sie uns die Möglichkeit gegeben haben, die Verantwortung für dieses wunderbare Bundesland zu übernehmen. Ich möchte mich für meine Partei bedanken, die in den letzten fünf Jahren harte Arbeit geleistet hat, und bei meiner Fraktion, dass sie mir heute die Möglichkeit gibt, als Erster nach diesen fünf Jahren wieder reden zu dürfen.

Ich möchte mich aber auch ausdrücklich bei dem Koalitionspartner mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze bedanken. Ich gebe zu, dass wir uns nicht ganz so sicher waren, als wir nach der Wahl in die Verhandlungen eingestiegen sind. Wir haben aber einen fairen Umgang, Offenheit und absolute Augenhöhe erlebt. Ich glaube, das ist eine gute Grundlage nicht nur dafür, in den nächsten fünf Jahren neue Wege der Politik zu gehen, sondern in Rheinland-Pfalz eine neue Dekade des sozialökologischen Wandels aufzustoßen, die wir über diese Legislaturperiode hinaus gestalten wollen. Ich lade die CDU-Opposition explizit zur konstruktiven Mitarbeit ein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Der 27. März und der 18. Mai dieses Jahres werden in die rheinland-pfälzische Geschichte eingehen, weil erstmals die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes meiner Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Auftrag gegeben haben, zu regieren und Verantwortung für die Gestaltung der zukünftigen Politik unseres Bundeslandes zu übernehmen.

Persönlich werde ich den 27. März 2011 nie vergessen, weil selbst unsere kühnsten Vorstellungen übertroffen worden sind. Wir sind angetreten, um etwas in diesem Land zu bewegen. Die Menschen haben deutlich gemacht, dass sie einen Aufbruch, ja eine neue Politik für die Zukunft von Rheinland-Pfalz wollen.

Über 288.000 Menschen haben uns GRÜNEN den Auftrag gegeben, dieses Land in die Zukunft zu führen, den sozial-ökologischen Aufbruch zu gestalten und nach über 30 Jahren außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition grüne Politik gemeinsam mit den Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz umzusetzen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben an diesem Tag ein neues Kapitel der politischen Geschichte auch über Rheinland-Pfalz hinaus aufgeschlagen. Dass am gleichen Tag in unserem Nachbarland erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein Vertreter meiner Partei den Auftrag der Regierungsbildung bekommen hat, ist eine historische Zäsur für das deutsche Parteiensystem, aber auch für die Politik insgesamt.

Dies wird nachhaltig auch auf unsere Gesellschaft wirken. Da bin ich mir sicher. Die Wahlen in Bremen haben dies gerade eindrucksvoll bestätigt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir sind uns bewusst, dass dies mit Sicherheit etwas mit den schrecklichen Ereignissen in Fukushima und damit zu tun hat, dass die Bundesregierung konsequent den Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung ignoriert und die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke beschlossen hat. Es hat aber auch etwas damit zu tun, dass die Menschen in diesem Land grundsätzlich eine andere und neue Politik wollen, nämlich eine Politik, die wieder von Werten geleitet ist,

(Frau Klöckner, CDU: Das stimmt!)

die für die Zukunft Visionen formuliert und realistische Wege der Umsetzung sucht und dabei mehr Offenheit und Transparenz, mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, mehr Verbindlichkeit, mehr Mut, Mut zur Diskussion und zur Veränderung, mehr Nachhaltigkeit und vor allem mehr Ehrlichkeit in der Politik und der gesellschaftlichen Debatte an den Tag legt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir haben in der außerparlamentarischen Opposition aus der Not eine Tugend gemacht. Wir sind auf die Menschen zugegangen. Wir haben ihnen viel zugehört. Wir haben versucht, uns direkt um die Leute in unserem Land zu kümmern. Wir stehen für einen offenen politi-

schen Diskurs, wollen die Menschen ernst nehmen und mitnehmen, und wir wollen sie nicht bevormunden.

Wir sind in den letzten fünf Jahren dem Streit nicht aus dem Weg gegangen, aber immer mit Respekt vor der anderen Meinung und dem Willen zur Einigung und zu Konsens im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Meine Fraktion und ich möchten Ihnen anbieten, diesen Stil auch weiterhin und jetzt im rheinland-pfälzischen Landtag alle gemeinsam zu pflegen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir übernehmen nun also erstmals Verantwortung für Rheinland-Pfalz. Partei und Fraktion sind mehr als bereit, den sozial-ökologischen Aufbruch in Rheinland-Pfalz zu wagen und gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, unseren Freundinnen und Freunden von der SPD, den Wandel in unserem Land in den kommenden fünf Jahren zu gestalten.

(Licht, CDU: Das ging aber schnell!)

Wir arbeiten dafür auch darüber hinaus.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir arbeiten auf der Basis eines hervorragenden Koalitionsvertrages, der diese neue Politik formuliert, geprägt vom Mut für Veränderung einerseits, aber auch Verantwortung für das bereits Geschaffene andererseits. Dabei stehen sowohl der Mensch und seine Umwelt als auch die Verantwortung für kommende Generationen im Mittelpunkt unseres Handelns. Das ist das gemeinsame Grundverständnis von Sozialdemokratie und GRÜNEN in diesem Land.

Diese Regierung verschreibt sich einer politischen Kultur der Offenheit, der Menschlichkeit und des Dialogs miteinander. Deshalb ist es uns besonders wichtig, dass wir den sozial-ökologischen Wandel gemeinsam mit den Menschen in diesem Land gestalten wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Die gesellschaftlichen Herausforderungen sind riesig. Herr Kollege Hering hat sie benannt:

– Die Energiewende, die uns jetzt in den nächsten Tagen und Wochen mit dem Atomausstieg begleiten wird, und das unter der Voraussetzung, dass wir dem Klimawandel begegnen müssen.

– Der demografische Wandel gerade in ländlichen Strukturen wie in Rheinland-Pfalz. Wir werden immer weniger, werden immer älter, und wir werden auch immer bunter in unserem Land.

(Zuruf des Abg. Ernst, CDU)

– Die soziale Frage, die Schere zwischen Arm und Reich, geht immer weiter auseinander.

– Die Zukunft der Bildung. Wir wollen auf der einen Seite eine bessere Bildung entwickeln, auf der anderen Seite wollen wir Ängste nicht schüren und behutsam mit allen Beteiligten die Wege beschreiten

– Eine Modernisierung unserer Demokratie, die, ohne den Parlamentarismus infrage zu stellen, die Menschen mehr mitnimmt und mehr beteiligt und auf die entsprechenden Beschlüsse und Konsequenzen nicht zuletzt aus der Diskussion um Stuttgart 21 zieht. –

Das alles geschieht unter der schwierigen Voraussetzung gepländerter öffentlicher Haushalte auf allen Ebenen und viel zu geringen Steuereinnahmen für all das, was der Staat leisten will und was die Bürgerinnen und Bürger vom Staat erwarten dürfen.

(Zurufe von der CDU)

Hierbei ist entscheidend, dass man einen klaren Kompass hat und klaren Werten folgt, weil der Weg, die Ziele zu erreichen, steil und steinig werden wird. Aber wir sind willens, gemeinsam auf diesem Weg in Rheinland-Pfalz alle mitzunehmen.

Dass gesellschaftlich und politisch überhaupt jetzt wieder verstärkt – und das gebe ich zu, durch alle politischen Kreise und Parteien – über den Atomausstieg debattiert wird, ist ein Erfolg einer breiten Bewegung in der Bundesrepublik, die seit über 30 Jahren das Bewusstsein für die Unbeherrschbarkeit dieser Technologie und die Notwendigkeit eines konsequenten Ausstiegs geschärft hat.

Daher lassen wir uns nicht nachsagen, wir hätten Fukushima im Wahlkampf missbraucht. Das haben Grüne, die seit über 30 Jahren gegen diese Hochrisikotechnologie kämpfen, überhaupt nicht notwendig. Wir sind die Letzten, die sich Fukushima sozusagen gewünscht haben. Wir haben immer davor gewarnt.

Das, was in Fukushima passiert ist, haben selbst die größten Skeptiker, die größten Kritiker bei den Grünen nicht für möglich gehalten. Dass wir diese Technologie nicht beherrschen können, wussten wir. Aber dass sie derart aus den Fugen gerät, wie wir es in Japan sehen konnten, haben wir uns selbst nicht vorstellen können. Deswegen ist es allerhöchste Zeit, jetzt umzuschalten und auszusteigen. Da bewahrt jetzt auch jeder sein Gesicht. Nach Fukushima verstehen es die Menschen auch. Besser heute als morgen, und vor allem für alle Zeit raus aus dem Atomstrom.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Das ist gar nicht so weit weg. Durch den Bericht der Reaktorsicherheitskommission wissen wir, kein einziges deutsches Atomkraftwerk ist gegen den Flugzeugabsturz einer größeren Maschine ausgelegt. Ich muss hier in der Einflugschneise des Flughafens Frankfurt und dem nuklearen Schatten von Biblis nicht den 11. September für solch ein Horrorszenerario bemühen. Nein, die Gefahr gerade hier ist real. Auch deswegen kann es nicht nur eine Rückkehr zum alten Atomkompromiss geben.

Das Wachstum der erneuerbaren Energien hat all unsere Erwartungen maßlos übertroffen. Umweltminister Trittin hat bei der Vorlage des EEG bis zum Jahr 2011 12 % erneuerbare Energien im Strombereich angepeilt. 17 % haben wir heute. Das bedeutet, wir können raus, wir können schneller raus, wir können noch schneller raus, als es Rot-Grün damals festgelegt hat. Wir können raus, und das zeigt es gerade. Es sind 13 von 17 Atomkraftwerken abgeschaltet. Ich sehe, sämtliche Kronleuchter leuchten noch, jede einzelne Lampe ist an.

Wir brauchen dazu Übergänge, Übergangstechnologien. Das kann nur das Gas sein, hocheffiziente neue Gaskraftwerke. Das werden wir mit aller Ehrlichkeit sagen. Die werden wir auch in Rheinland-Pfalz brauchen, beispielsweise am Standort Mainz. Wir werden massiv in die erneuerbaren Energien gehen. Wir haben das vielleicht fortschrittlichste Energieprogramm im Koalitionsvertrag formuliert, das diese Republik je gesehen hat. Aber die Voraussetzung dafür, um Investitionen auszulösen – Herr Kollege Hering hat es richtig gesagt –, ist jetzt ein klarer, unumkehrbarer und konsequenter Atomausstieg.

Dies bedeutet die sofortige Abschaltung der sieben ältesten Meiler. Das bedeutet eine verbindliche, schrittweise Abschaltung aller übrigen Anlagen. Das ist sogar bis zur nächsten Legislaturperiode des Bundestages möglich. Es bedeutet vor allem die Endgültigkeit der Nutzung der Atomenergie für die Stromproduktion in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir sollten auch darüber nachdenken, ob wir in dieser Republik nicht dem Vorbild Italiens und Österreichs folgen und den Atomausstieg in der Verfassung verankern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

Es geht uns nicht nur um den bundesweiten Atomausstieg. Wir werden auch die schnellstmögliche Abschaltung der AKWs Cattenom und Fessenheim in allen überregionalen Gremien und auch gegenüber unserem Nachbarland problematisieren und einfordern. Wir hoffen inständig, dass der europaweite AKW-Stresstest ein Umdenken auch bei den Franzosen bewirkt; denn Strahlung – das wissen wir – ist grenzenlos.

Wir müssen klar sagen, wir sind es den Menschen in unserem Land, in der Region Trier schuldig, da das dortige AKW noch schlechter ausgestattet ist, als die deutschen Atomkraftwerke, wo der Störfall der quasi Regelfall ist. Auch Cattenom und Fessenheim sollen abgeschaltet werden. Den Ausstieg aus der menschenverachtenden Atomkraft sind wir unseren Kindern und der Schöpfung absolut schuldig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe es bereits angedeutet, in der Energiepolitik beschreibt dieser Koalitionsvertrag das modernste Regierungsprogramm dieser Republik.

Wir wollen in dieser Legislatur die Weichen dafür stellen, dass wir in Rheinland-Pfalz die Energiewende vollenden können und bis zum Jahr 2030 bilanziell 100 % unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken. Das war unser Versprechen im Wahlkampf gewesen. Das lösen wir nun ein und werden dieses Ziel mit aller Kraft angehen.

Deswegen ist es gut und richtig, dass es die stellvertretende Ministerpräsidentin ist, die für diese Kernbereiche der Zukunft Energie und Klimaschutz zuständig ist. Sie wird die Grundlagen dafür legen, dass bis zum Jahr 2030 Rheinland-Pfalz nicht nur 100 % seines Strombedarfs erneuerbar deckt, sondern sogar noch zum Stromexportland wird und Tausende neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz für Handwerker und für Unternehmen geschaffen werden können und ganz neue Zukunftsperspektiven für die Wirtschaft in unserem Land eröffnet werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Diesen Umstieg, diese Energiewende – das sage ich als Mainzer voller Stolz – schaffen wir hier in Rheinland-Pfalz auch ganz ohne neue Kohlekraftwerke, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns auch darauf verständigt, die klimaschädlichen Emissionen in diesem Land bis 2050 um 95 % gegenüber 1990 zu reduzieren, um das 2°-Ziel zu erreichen.

Wir folgen mit unserem Weg der Energiewende und des Klimaschutzes einer Gesellschaft, die häufig schon viel, viel weiter ist, als es die Politik ist. Die Menschen fragen nicht mehr nach dem „Ob“, sie fragen nur noch nach dem „Wie“. Dabei müssen und werden wir berücksichtigen, dass die Stromversorgung für die Menschen und die Unternehmen in diesem Land sicher, ökologisch und bezahlbar sein wird; denn wir machen uns da nichts vor: Die Energiewende ist keine Kuschelpolitik.

Wir spüren dies, wenn wir über neue Gaskraftwerke reden. Das werden wir spüren, wenn wir darüber reden, 2 % der Landesfläche für Windkraft nutzbar zu machen, wenn wir über Repowering sprechen und noch wesentlich größere Anlagen, als wir sie heute kennen, installieren. Das werden wir bei jedem Energiespeicher, bei jeder Biogasanlage und bei jeder neuen Stromtrasse merken.

Es wird daher nicht reichen, nur für dieses Ziel „100 % erneuerbare“ zu werben, sondern wir müssen auch in den Dialog mit den Menschen und den Bürgerinnen und Bürgern treten, um die konkreten Umsetzungsschritte vor Ort intensiv mit den Menschen gemeinsam zu diskutieren, sie zu informieren und zu begleiten und Unternehmen wie Privatleute auf diesem Weg bestmöglichst zu unterstützen.

Schon heute haben wir zahlreiche Mittelständler und Handwerker, die im Bereich der Energien tätig sind und

ihr Auskommen direkt oder indirekt über erneuerbare Energien erzielen.

Wir müssen den Menschen diese Chancen für zukunftsfähige Arbeit, für nachhaltige umweltschonende Energieversorgung deutlich machen und kommunizieren. Wir können mit breit getragenen, aber dann auch klaren rechtlichen und planerischen Vorgaben Investitionen über alle Branchengrenzen hinweg auslösen und – wie gesagt – noch Tausende Arbeitsplätze in diesem Land schaffen, verlässliche, saubere und ökologische Stromproduktion und Energieversorgung für Rheinland-Pfalz sicherstellen, sodass wir am Ende sagen: Wir sind das Musterland für erneuerbare Energien, Rot-Grün hat sich ganz oben auf die Agenda gesetzt, Rheinland-Pfalz zu dem Land der erneuerbaren Energien zu machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Jetzt habe ich über Beteiligungen gesprochen, dann möchte ich dabei bleiben und über Demokratie reden. Es ist vorhin angeführt worden, wir hätten eine Bürgerbeteiligung verhindert, weil wir die Bürger nicht an etwas beteiligen, was es nicht geben wird.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Wenn ich nach meinen politischen Vorbildern gefragt werde, dann nenne ich meistens Willy Brandt und Heiner Geißler. Ich bewundere sehr, was Heiner Geißler an Beteiligungsmöglichkeiten und an einem Verständnis von neuer Demokratie ausgearbeitet hat. Dazu gehört meines Wissens nicht, über Dinge Beteteiligungsverfahren durchzuführen, die es nicht gibt.

(Zurufe von der CDU)

Aber das ist Ihre Interpretation. Wir werden Sie einladen, mehr Demokratie für Rheinland-Pfalz zu wagen und eine entsprechende Enquete-Kommission auf den Weg bringen. Wenn es Ihnen mit der Bürgerbeteiligung ernst ist, dann gehen Sie mit uns gemeinsam diesen Weg. Wenn es um die Verfassung geht, dann heben Sie entsprechend die Hand. Bei dem Tag der Abstimmung werde ich dann Heiner Geißler auf die Tribüne einladen.

(Frau Klöckner, CDU: Das haben wir  
schon gemacht!)

– Sehr gut.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das glaube ich nicht,  
dass Sie das schon gemacht haben! –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen als rot-grüne Koalition erhöhen. Wir wollen die Senkung von Quoren und der notwendigen Unterschriften für Bürgerbegehren und die Umsetzung von umfangreichen Beteiligungsinstrumenten bei konkreten Projekten der Kommunen oder des Landes vor Ort.

Dabei geht es um mehr als um einfaches Ja oder Nein, es geht auch um die Frage des Ob und Wie und – ich

möchte hinzufügen – wie das finanziert wird und wenn ich das mache, was ich dann alles nicht machen kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Zu den Entscheidungen: Wer beteiligt werden will, der muss auch entscheiden können. Wer mitentscheiden kann, der muss auch bereit sein, Verantwortung mit zu übernehmen. Das gehört zur Beteiligung auch dazu. Dem haben wir uns auch verschrieben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir möchten bei den jungen Menschen in dieser Gesellschaft beginnen. Wir haben in Bremen erlebt, dass jetzt erstmals die 16- und 17-Jährigen wählen durften. Ich finde, das Ergebnis gibt dem Vorhaben ein Stück weit recht. Wir haben nicht gesehen, dass jetzt insbesondere extremistische Parteien gewählt worden sind.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Wir werden diesen Weg auch in Rheinland-Pfalz gehen wollen, weil das Wahlrecht eine höchstpersönliche Angelegenheit in der Demokratie ist. Wir wollen den jungen Menschen die Demokratie wieder erlebbar machen. Wir wollen die Politik dazu auffordern, sich wieder mehr um die Belange von jungen Menschen zu kümmern.

Deswegen sind wir gemeinsam der festen Überzeugung, dass wir heute auch 16- und 17-Jährigen guten Gewissens das Wahlrecht geben können.

Das gilt im Übrigen auch für diejenigen, die seit Jahren und Jahrzehnten in diesem Land leben, arbeiten, Steuern zahlen, ihre Kinder auf die Schulen und in die Kindertagesstätten schicken und demnächst wahrscheinlich auch in Pflegeeinrichtungen kommen und, weil sie noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, hier nicht wählen dürfen.

Wir wollen das Wahlrecht ausweiten, weil die Demokratie aus allen Menschen besteht, die dauerhaft in diesem Land leben. Das Wahlrecht ist das elementarste Bürgerrecht in der Demokratie, das wir endlich mehr Menschen zugestehen wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Es gehört aber auch das Recht auf Information dazu, wenn man politisch entscheiden und mitreden will. Deswegen wollen wir die Informationsgesetze des Landes zusammenführen und die Zuständigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz erweitern zum Landesbeauftragten für Informationsfreiheit.

Wir werden ein öffentliches Register beim Landtag und der Landesregierung für Interessenvertreterinnen und -vertreter einführen, in dem die Tätigkeiten der Lobby transparent und nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger gemacht werden.

Auch das ist ein Beitrag zu mehr Offenheit und zu einer neuen politischen Kultur in diesem Haus, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger sind bereit, mehr mitzureden, sich mehr zu beteiligen und mehr Verantwortung zu übernehmen. Lassen Sie uns die Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern als Chance begreifen, um ihnen substanziell mehr Möglichkeiten zu geben. Das wird der Politik, das wird unserer Demokratie insgesamt nur guttun. Das wird die Politik in Rheinland-Pfalz auf einen besseren und vertrauensvollen Boden stellen.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Wir wollen mehr Demokratie in Rheinland-Pfalz wagen. Das hat sich diese Koalition zu eigen gemacht. Ich bin sicher, Willy Brandt wäre stolz auf dieses Land.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Die Kommunen haben dabei in unserem Land eine ganz besondere Bedeutung, weil sie der erste Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger sind, wenn sie Demokratie, wenn sie Staat erfahren und unmittelbar vor Ort merken, wie gestaltet wird, oder wenn sie mitgestalten wollen.

Nicht zuletzt der Kommunalbericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 2010 hat offenkundig gemacht, wie dramatisch es um die Finanzsituation der rheinland-pfälzischen Kommunen bestellt ist. Als langjähriges Stadtratsmitglied der Landeshauptstadt Mainz weiß ich nur zu gut, wovon ich rede.

Dies ist zum einen bedingt durch die immer weiter steigenden Soziallasten und zum anderen durch die fehlende Konnexität bei Bundesgesetzen. Wir haben uns dazu verpflichtet, unsere Verantwortung wahrzunehmen, die Konnexität, die vorgegeben ist, voll zu gewährleisten und den Entschuldungsfonds weiter zu betreiben, um uns relevant an der Reduzierung der Schulden der rheinland-pfälzischen Kommunen zu beteiligen.

Frau Klöckner, wir werden aber darüber hinaus noch einen Schritt weiter gehen und Ihre Forderung natürlich umsetzen; denn sie steht auch im Koalitionsvertrag. Wir werden in dieser Legislaturperiode eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs angehen und dabei insbesondere die Belastung der Kommunen mit Soziallasten und die Stadt-Umland-Beziehung in die Diskussion nehmen, um gerade den Oberzentren und Städten eine Finanzausstattung zu garantieren, die ihrem Auftrag als Versorgungszentren des Umlands mit sozialer Infrastruktur, mit Verkehrsinfrastruktur und mit kultureller Infrastruktur Rechnung trägt, damit wir auch morgen in Rheinland-Pfalz noch gute Kindertagesstätten, hervorragende Theater und Museen und eine gute Verkehrsinfrastruktur vor Ort haben. Dies wird diese Koalition in dieser Legislatur mit voller Kraft anpacken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir werden es den Kommunen auch erleichtern, sich wirtschaftlich zu betätigen. Das ist für die GRÜNEN nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit. Wir wissen aber, dass heutzutage bei der Frage der dezentralen Energieversorgung nicht jede Stadt sich zu 100 % selbst aus erneuerbaren Energien versorgen kann. So viel Realismus ist vorhanden. Deswegen werden wir gerade in diesem Bereich den Kommunen und den Stadtwerken die Möglichkeit eröffnen, überregional tätig zu werden und sich an Windkraftanlagen in der gesamten Bundesrepublik oder im Offshore-Bereich zu beteiligen.

Dies treibt die dezentrale Energiewende mit voran, und es sichert den Kommunen verlässliche Einnahmen, auf die sie dringend angewiesen sind. Da die Gemeindefinanzreform des Bundes ein ums andere Mal zum Rohrkrepierer wird und die Kommunen ausbluten, geben wir ihnen die Möglichkeit, sich nun nachhaltig wirtschaftlich selbst zu betätigen und neue Einnahmequellen sinnvoll zu erschließen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Meine Damen und Herren, das bedeutet auch, dass wir die Verantwortung für kommende Generationen übernehmen, damit unsere Kinder und KindesKinder noch politischen Gestaltungsspielraum haben. Ob es in 20 Jahren wirklich noch politischen Gestaltungsspielraum auf allen politischen Ebenen gibt, entscheiden wir heute, und wir entscheiden es unter anderem in diesem Haus. Nur wenn wir umsteuern und die öffentlichen Haushalte – auch den Landeshaushalt – auf eine gesunde Basis stellen, können wir kommenden Generationen noch die Möglichkeit zur Gestaltung unseres Gemeinwesens geben.

Die demokratische Gestaltung des Gemeinwesens ist eine der zentralen Errungenschaften der Menschheit. Wir können und dürfen sie nicht preisgeben, nur weil wir die öffentlichen Haushalte, den Staat, herunterwirtschaften und ruinieren, weil wir nicht sagen, wo wir einsparen und auf der anderen Seite nicht sagen, woher wir Einnahmen generieren wollen. Dort passt etwas in unserem Land grundsätzlich nicht zusammen, und deshalb wünsche ich mir mehr Ehrlichkeit in dieser Debatte. Wir haben mit die geringste Steuerquote in Europa.

(Bracht, CDU: Aber eine hohe Abgabenquote!)

Es liegen hohe Ausgaben vor uns, wenn wir unsere Ziele im Bildungsbereich, im Bereich der erneuerbaren Energien und im investiven Bereich sicherstellen wollen, aber wir leisten uns stattdessen Steuersenkungsdebatten, nur weil ein kleiner Koalitionspartner auf Bundesebene versucht, in der politischen Wirklichkeit dieses Landes noch einmal reanimiert zu werden. Das ist nicht mehr zu verantworten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Frau Klöckner, CDU: Jeder hat sein Klientel!)

Wir müssen in diesem Haus bis 2020 pro Jahr 220 Millionen Euro einsparen. Wir wollen als Koalition eine nachhaltige, soziale und gerechte Finanzpolitik gestalten,

die eine faire Lastenverteilung gewährleistet. Schon die letzten Tage und Wochen haben gezeigt, dass dies nicht einfach werden wird. Aber wir werden diesen Weg gehen, und ich habe zu Anfang gesagt, wir werden auch den steinigsten Weg gehen. Wir werden Überzeugungsarbeit dort leisten, wo Maßnahmen aus einer individuellen Perspektive heraus nachvollziehbar als einseitig und vielleicht auch als ungerecht erscheinen.

Aber es liegt bei uns – und diese Koalition hat sich explizit dieser Ehrlichkeit verpflichtet –, die Ziele der Haushaltskonsolidierung beim Namen zu nennen. Aber entsprechende Vorschläge zur Umsetzung zu unterbreiten sowie messbar und diskutierbar zu machen, das erwarten wir auch von einer verantwortlichen Opposition in diesem Haus.

Wir werden die Dinge mit Augenmaß und Vernunft angehen. Wir werden mit den Betroffenen auch immer über die Wege der konkreten Einsparungen reden und diskutieren. Wir wissen, kluges Sparen heißt auch richtiges Verteilen. Deswegen werden und wollen wir in Rheinland-Pfalz trotz aller Sparbemühungen auch noch gestalten und investieren. Wir haben im Koalitionsvertrag die entsprechenden Schwerpunkte definiert. Dies ist zu allererst die Bildung, Von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ist es uns wichtig, dass wir auch weiterhin auf hohem Niveau investieren.

Auch die Jugendförderung und die Kultur werden wir stärken, weil wir glauben, dass es für einen sozialen Zusammenhalt in der Zukunft sowie für ein Gemeinwesen eine unabdingbare Voraussetzung ist, dass wir die Jugendarbeit stärken, weil sie präventive Sozialarbeit ist, und wir die Kultur stärken, weil sie elementarer Bestandteil eines Menschen ist, wenn er sich in dieser Gesellschaft verwirklichen will. Dies muss – unabhängig vom Geldbeutel – jeder und jedem in diesem Land weiterhin möglich bleiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir brauchen – auch das habe ich angedeutet – endlich mehr Verlässlichkeit vom Bund. Aber wir wollen auch selbst als neue Landesregierung und als regierungstragende Koalitionsfraktion eine entsprechende Verlässlichkeit ausstrahlen. Wir werden dies auch von den Landesbediensteten, von den Beamtinnen und Beamten, einfordern. Wir haben es entsprechend festgeschrieben und früh kommuniziert. Wir wollen aber auch die Kolleginnen und Kollegen mit Familien und Kindern besonders begünstigen.

Aber wir sagen schon heute, dass die Erhöhung des Ruhestandseintrittsalters um zwei Jahre geprüft werden soll. Allerdings wollen wir uns dabei flexiblen Lösungen bewusst nicht verschließen und auch die Belastungen der jeweiligen Berufsgruppen mit in den Fokus nehmen. Wir wissen sehr wohl, dass gerade Polizistinnen und Polizisten, aber auch Lehrerinnen und Lehrer großen Belastungen im Alltag ausgesetzt sind, und das wird in den Regelungen auch entsprechend seinen Niederschlag finden. Wir wissen, dass wir vielen Menschen, auch vielen Beamtinnen und Beamten, einiges zumuten, aber das werden wir mit Augenmaß tun, und wir werden

im individuellen Fall mit dem höchsten Maß an Gerechtigkeit vorgehen. Bei einem noch so großen Beitrag, der zu leisten ist, wollen wir auch den kommenden Generationen in diesem Land noch Handlungsspielräume erhalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Herr Ministerpräsident Beck hat gestern dankenswerterweise angekündigt, dass diese Regelung selbstverständlich auch für die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die Ministerinnen und Minister gelten sollen. Ich schlage vor, dass auch wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier uns nicht davon ausnehmen sollten und in den nächsten fünf Jahren ebenfalls einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten sollten. Alles andere wäre nicht gerecht und auch nicht weiter vermittelbar, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Es wird angesichts unserer Sparvorschläge viel diskutiert, und das ist auch normal. Das ist richtig, und das soll auch so sein.

Lassen Sie mich kurz auf ein paar Punkte eingehen. Ja, wir werden eine Justizreform machen. Ja, wir werden auch im Justizbereich Strukturen verschlanken und optimieren, um Einsparungen zu erzielen. Ja, wir haben vereinbart, zukünftig eine Generalstaatsanwaltschaft und ein Oberlandesgericht in Rheinland-Pfalz zu haben. Es wäre auch im Vergleich zu anderen Bereichen, in denen wir sparen wollen oder schon Effizienzen gehoben worden sind, so bei der Kommunalreform, bei den Beamtinnen und Beamten, bei vielen anderen Dingen mehr, nicht, überhaupt nicht zu vermitteln, wenn wir die Justiz aussparen wollten.

Wir wollen dabei Synergien schaffen, ohne die Rechtsprechung zu schwächen und ohne die Erreichbarkeit von Gerichten zu verschlechtern. Wir werden uns alle Einsparvorschläge dabei ganz genau anschauen, bewerten und dann entscheiden.

Was wir in Koblenz nicht machen werden, ist eine Schließung nach dem Motto: Rollläden runter und Schlüssel umdrehen. – Nein, das wollen wir auf keinen Fall. Wir wollen eine Justizreform, die in sich geschlossen ist, Sinn macht und am Ende auch wirklich Effizienzen bedeutet.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ist das jetzt die nachgelieferte Begründung, oder was?)

Das gilt auch für die Reduzierung von Verwaltungsgerichten. Ich werde als Mainzer nicht der Versuchung unterliegen, hier sozusagen in vauseilendem Gehorsam Kirchturmpolitik zu machen und zu sagen, ich verspreche, dass dieser Standort erhalten bleibt. So wurde in den letzten Jahrzehnten auf allen Ebenen Politik gemacht. Das ist doch auch ein Grund, warum die öffentlichen Haushalte so dastehen, wie sie jetzt dastehen. Das bin ich meinen Kindern persönlich verantwortlich, auch über den Kirchturm oder, Frau Klöckner, über den Teller-

rand hinauszuschauen und nicht immer pro domo für meine eigene Haustür zu reden, sondern das Ganze im Blick zu haben, dass es auch in den nächsten Jahrzehnten noch Gestaltungsspielräume und eine funktionierende Justiz gibt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir werden mit den Betroffenen natürlich den Dialog suchen, weil es sich auch so gehört. Wir werden uns die Argumente und Vorschläge ganz genau anhören.

Zu einer mutigen Finanzpolitik gehört auch anderswo, dass sie alte Zöpfe abschneidet. Wir werden den Zuschuss für die Formel 1 am Nürburgring drastisch zurückfahren. Ich habe mich auch für Sebastian Vettel gefreut, dass er Weltmeister geworden ist. Aber ein Zirkus, ein ökonomischer Betrieb, der so viel Umsatz macht und in dem Menschen so viel Geld verdienen, muss nicht dauerhaft mit Steuergeldern subventioniert werden, das dann an unseren Schulen, Kitas und Hochschulen fehlt. Ich bin froh, dass wir jetzt gemeinsam diesen Weg gehen und sagen, hier müssen wir den Subventionshahn zudrehen. Das gilt übrigens auch für die Flughäfen in Zweibrücken und am Hahn, wo wir mit klugen Konzepten eine nachhaltige wirtschaftliche Perspektive für die Region entwickeln. Nachhaltig heißt eben auch, ohne Dauersubventionen, weil das auch kein nachhaltiges Wirtschaften in Zukunft bedeuten kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt Beifall bei der SPD)

Was wir uns nicht vorwerfen lassen ist, dass wir an der Bildung sparen.

(Frau Klöckner, CDU: Vereinzelt  
Beifall bei der SPD!)

Ich empfehle allen eine Lektüre des Koalitionsvertrages. Vielleicht müssen wir noch einmal über die Kommunikation reden, wer die entsprechenden bildungspolitischen Passagen demnächst vorstellt.

(Frau Klöckner, CDU: Ui, ui, ui!)

Aber dass wir in den nächsten fünf Jahren an der Bildung sparen wollen, das war, das ist und das wird falsch bleiben. Das Gegenteil ist doch richtig. Wir werden die Klassen verkleinern. Wir werden kleine Grundschulstandorte in der Fläche erhalten. Wir werden die Studienkonten abschaffen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Wir werden mit 30 Millionen Euro zusätzlich in dieser Legislaturperiode die Qualität in den Kitas verbessern. Wir werden die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen auf einem höheren Niveau als bisher sicherstellen und die Betreuungsrelationen zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern deutlich verbessern und darüber hinaus gegenüber den Planungen noch tausend zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen. Das bedeutet, die rot-grüne Koalition wird pro Kind, pro Schülerin und pro Schüler, mehr

Geld für die Bildung investieren, als es jemals in diesem Land der Fall gewesen ist. Darauf sind wir besonders stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir wissen – um bei der Bildung zu bleiben –, dass Bildung die Zukunftsinvestition ist. Da geht es um Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit. Ich lasse es nicht zu, dass dazwischen immer wieder so getan wird, als würde es sich ausschließen. Das Gegenteil ist der Fall. Gerechtigkeit im Bildungssystem ist erst die Grundvoraussetzung dafür, alle Talente optimal zu fördern und das Allerbeste für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und unseres Wirtschaftens aus den jungen Menschen herauszuholen. Das ist doch die Erkenntnis auch aus PISA. Das ist die Erkenntnis, die wir in den nächsten fünf Jahren weiter umsetzen wollen, indem wir längeres gemeinsames Lernen stärken, indem wir die zweite und die dritte Chance etablieren, indem wir die individuelle Förderung ausbauen und indem wir auch die integrativen Realschulen plus stärken und mit den kooperativen Realschulen plus darüber reden, ob es wirklich so sinnvoll ist, in einem Haus an einem Schulstandort die Kinder wieder frühzeitig nach dem Motto zu trennen, deine Eltern haben nicht das Einkommen und kommen vielleicht aus einer türkischen Familie und deine nicht.

(Widerspruch von der CDU)

So ist es nachweislich. Das zeigen Ihnen alle Statistiken. Lesen bildet.

(Frau Schäfer, CDU: Das ist ja abenteuerlich! –  
Ramsauer, SPD: Das könnt ihr euch gar nicht  
vorstellen!)

Es ist für uns alle besser. Ein längeres gemeinsames Lernen bedeutet auch, länger mehr voneinander zu lernen. Es ist besser für die Gesellschaft. Es ist besser für die Wirtschaft und für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft jetzt und in der Zukunft, wenn das Bildungssystem leistungsfähig und vor allem auch gerechter wird, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD –

Dr. Rosenbauer, CDU: Gerechter wird! Aber wer  
hatte denn 20 Jahre Verantwortung für die  
Bildung? Es ist schon interessant, dass  
Sie jetzt klatschen! –  
Hering, SPD: Wir entwickeln das ständig weiter!)

Wir werden einen ganz großen weiteren Schritt im Bildungsbereich gehen. Wir werden die vollständige und gleichwertige Einbeziehung von Kindern mit Behinderungen in unser Schulsystem in den nächsten fünf Jahren realisieren. Wir wollen und werden das verbindliche Wahlrecht für Eltern von Kindern mit Behinderung in Rheinland-Pfalz einführen. Wir verfolgen das Ziel der vollständigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Das können wir vielleicht noch nicht vollständig in dieser Legislaturperiode erreichen, aber wir werden einen großen Schritt in dieser Legislaturperiode zu diesem Ziel hingehen.

Ich halte es für einen ganz elementaren Baustein gesellschaftlicher Gerechtigkeit, wie wir mit denjenigen umgehen, die von Geburt an Beeinträchtigungen haben und nichts dafür können, dass wir sie in unsere Gesellschaft hineinnehmen, dass wir sie in unsere Gesellschaft so einbauen – da ist die Bildungsinstitution zentral –, dass sie sozusagen keine Sonderregelung brauchen, sondern dass sie als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft hier in Rheinland-Pfalz demnächst weiter und noch stärker dazugehören. Das ist eine ganz starke Frage der Gerechtigkeit. Ich füge für mich persönlich hinzu, auch meines christlichen Menschenbildes.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Auch in den Hochschulen werden wir einiges für die Studierbarkeit tun, was den Bachelor und den Master angeht. Die Hochschulgremien werden wir demokratisieren. Wir werden weiter in die Hochschulen und in die Forschung investieren. Wir werden die Studienkonten in Rheinland-Pfalz abschaffen und somit die Gebührenfreiheit im rheinland-pfälzischen Bildungssystem 2012 vollenden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt bei der SPD)

Kostenlose Bildung von Anfang an ist ein wichtiger Eckpfeiler sozialer Gerechtigkeit. Die soziale Gerechtigkeit steht neben der ökologischen Erneuerung ganz im Zentrum der Arbeit dieser Koalition. Der Mensch steht für uns im Mittelpunkt. Deswegen werden wir nicht tatenlos zusehen, dass fast eine halbe Million Menschen in diesem Bundesland Armutsrisiken ausgesetzt ist. Wir wollen diesen Menschen soziale und kulturelle Teilhabe überall in diesem Land ermöglichen und Perspektiven eröffnen. Wir werden dazu einen landesweiten Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut und zur Sicherung der sozialen Teilhabe gemeinsam mit der Landesarmutskonferenz, mit den sozialen Trägern und auch mit den Kommunen entwickeln und schrittweise umsetzen.

Diese Landesregierung wird sich vor allem daran messen lassen – das tun wir gerne –, wie sie mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft und mit denen, die es am schwersten haben, umgeht. Wir fangen bei den Kindern und Familien an, hören aber dort nicht auf, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Die Landesarbeitskonferenz hat bisher nur die  
Landesregierung kritisiert!)

Deswegen bekennen wir uns zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, aber nicht zu einer Arbeit um jeden Preis, zu einem Prozess für gute Arbeit in Rheinland-Pfalz, für einen flächendeckenden Mindestlohn, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für einen intensiven Dialog mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Weiterhin haben wir uns auf die Fahnen geschrieben, Rheinland-Pfalz zu einem Musterland für betriebliche Mitbestimmung zu machen; denn nur der, der mitbestimmen kann, wird die Verantwortung für das

Wirtschaften und die Zukunftsfähigkeit von Arbeitsplätzen in unserem Bundesland übernehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Dabei ist es unwichtig, ob es so wie bei mir ist, ganz klassisch konservativ, verheiratet, zwei Kinder, oder ob es dabei um Elternfamilien, Patchworkfamilien geht, ob es sich um Menschen handelt, die Verantwortung für die Pflege von Angehörigen übernehmen. Weiterhin seien Regenbogenfamilien, Singles und Personen unter der Bezeichnung „double income, no kids“ zu erwähnen. All das ist Familie, wenn Menschen Verantwortung übernehmen. Familie ist in diesem Sinne tatsächlich Keimzelle unserer Gesellschaft. Aber die Gesellschaft ist vielfältiger, als das eine oder andere Familienbild wahrhaben will.

Wir werden in dem modernen Sinne die Familie ganz in den Mittelpunkt stellen, weil wir um ihre Bedeutung für die Gesellschaft wissen. Wir wissen auch, dass diese Vielfalt eine Herausforderung in der Gesellschaft ist und vor allem aber große Chancen für die gesellschaftliche Entwicklung und die Zukunft unseres Bundeslandes Rheinland-Pfalz bietet.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir wissen, dass es insbesondere die Frauen sind, die in der Lage sind, in der Gesellschaft und in der Politik die Geschicke verantwortlich zu leiten. Deswegen ist diese Koalition – Herr Ministerpräsident, Sie werden es mir gestatten – durch und durch gegendert. Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in unserem Land steht ganz oben auf der Agenda. Mir ist es deswegen schon eine Ehre, hier verkünden zu können, dass wir der weiblichste aller Landtage in der Republik mit dem höchsten Frauenanteil sind. Wir haben das weiblichste Kabinett letzte Woche ins Amt gebracht. Ich glaube, ich kann im Namen des Kollegen Hering auch als Mann die uneingeschränkte Begleitung und Unterstützung zusichern.

(Heiterkeit und Beifall des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie sehen, die Fraktionen sind sich einig. Die rot-grüne Koalition ist eine Koalition der Moderne, der Vielfalt und der Toleranz. Bei allem bleiben wir ein bisschen locker und verlieren nicht unseren Spaß.

Toleranz und Toleranzerziehung sind für uns wichtig. Das fängt in den Kindertagesstätten an und geht in den Schulen weiter. Das geht weiter bis in die außerschulische Bildung, in die Weiterbildung und in die Hochschulen hinein. Wir wollen die Grundlage legen, dass unser weitoffenes Rheinland-Pfalz eine weltoffene Gesellschaft bleibt und sich weiter in diese Richtung entwickelt. Es soll ein offenes Land bleiben für Menschen unterschiedlichster Herkunft, unterschiedlichster Religionen und Weltanschauungen, ethnischer Herkunft, sexueller Identität oder persönlicher Lebensweise.

Deswegen werden wir die Antidiskriminierungsarbeit verstärken und an einer Stelle bündeln, weil diese Menschen immer noch Diskriminierung im Alltag oder im Berufsleben zum Opfer fallen.

Aber dort, wo nicht Toleranz, sondern antidemokratisches und faschistisches Gedankengut die Köpfe beherrscht, sind wir auch wehrhafte Demokratinnen und Demokraten.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Auf einem Auge blind,  
oder was? Das sieht man von hier aus!)

– Was an der Formulierung „antidemokratisches und faschistisches Gedankengut“ mit „auf einem Auge blind“ bedeutet, müssen Sie mir wirklich einmal erklären.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: In diesem Hause heißt es,  
dass man auf einem Auge – – –)

Ich würde aufpassen, ob die Gleichsetzung von linken Tendenzen und Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland nicht an der Grenze des Geschichtsrevisionismus ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Wir haben es hier  
immer gegenseitig besprochen! –  
Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben uns jedenfalls den Kampf gegen den Rechts-Extremismus, den Rassismus, Intoleranz und Antidemokratie jeglicher Art auf die Fahnen geschrieben.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wir werden entsprechende Verbände und Initiativen weiter unterstützen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Fragen Sie einmal  
unsere Polizei, wo sie jetzt – – –)

Ich habe persönlich das Netzwerk für Demokratie und Courage damals mit aufgebaut. Diese leisten heute eine hervorragende Arbeit in diesem Sinne. Deswegen ist das für uns ein ganz wichtiges Anliegen. Ich dachte, hier im Sinne aller Parlamentarierinnen und Parlamentarier sprechen zu können.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir haben das Thema „Integration“ ganz nach oben in den Ministerialrang gebracht. Wir haben jetzt ein Integrationsministerium in Rheinland-Pfalz. Das geschieht übrigens nach nordrhein-westfälischem Vorbild, wo die schwarz-gelbe Landesregierung etwas Vorbildhaftes installiert hat. Das sage ich ganz ohne Neid.

Die Integration stellt in unserer bunten und vielfältigen Gesellschaft eine große Herausforderung dar. Integration funktioniert in der Gesellschaft und muss noch viel stärker in der Arbeitswelt funktionieren. Deswegen wollen wir bereits in der Schule die individuelle Förderung

auf die jeweiligen Bedürfnisse ausrichten. Das bedeutet, dass man die Sprachförderung und insbesondere den muttersprachlichen Unterricht stärker fördert. Dieser muss weitergeführt und ausgebaut werden. Wir wissen, nur, wer seine Muttersprache beherrscht, der kann auch die Verkehrssprache Deutsch perfekt beherrschen. Die Beherrschung der Sprache Deutsch ist das zentrale Mittel zur Integration in unserem Land. Von daher werden wir die Muttersprache stärken, weil wir mehr Integration und den Kindern später auf dem Arbeitsmarkt entsprechende Chancen geben wollen. Muttersprachlicher Unterricht trägt zu mehr Gerechtigkeit bei und hat mit Parallelgesellschaft oder sonstigen Hirngespinnsten gar nichts zu tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Integration bedeutet für uns gemeinsam in Vielfalt leben. Daher werden wir die Vielfalt der Religionen in Rheinland-Pfalz weiterhin zu schätzen wissen. Wir werden mit ihnen in den Dialog treten. Jeder Mensch ist frei im Glauben oder Nichtglauben. Den Gläubigen werden wir den nötigen Raum geben. Deswegen wird die rot-grüne Koalition den intensiven Dialog mit den christlichen Kirchen weiterführen. Das gilt auch für die jüdischen Gemeinden. Wir werden die Musliminnen und Muslimen als wichtigen Partner für einen regelmäßigen Dialog anerkennen und gemeinsam die Herausforderungen und Interessen besprechen und die Probleme benennen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Integration heißt nicht, übereinander zu reden, sondern miteinander die Probleme zu diskutieren und gesellschaftliche und politische Lösungswege zu beschreiten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Ich habe vorhin viel über den Schuldenstand des Landes und der öffentlichen Haushalte gesprochen. Wenn wir aber einmal einen Blick in die Welt werfen, dann sehen wir, dass Rheinland-Pfalz eigentlich ein reiches Land ist. Deswegen werden wir auch daran gemessen, wie wir mit denjenigen umgehen, die zu uns kommen, um Schutz zu suchen vor Vertreibung, Krieg, Armut, Folter und vielerlei Gräueln. Daher sehen wir es gemeinsam als unsere elementare Verpflichtung an, die bundesgesetzlichen Regelungen im Flüchtlingsbereich so human und menschenwürdig umzusetzen, wie es irgendwie geht. Daher werden wir auch das Ausreisezentrum – die LUfA – in Trier umgehend schließen und für die Gewahrsamseinrichtung in Ingelheim in dieser Legislatur ein adäquates Alternativkonzept diskutieren, präsentieren und beschließen, um die Abschiebeeinrichtung in Ingelheim bis zum Jahr 2016 allerspätestens geschlossen zu haben. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher symbolischer humanitärer Akt in Rheinland-Pfalz. Wer mit den Flüchtlingen menschlich und gut umgeht, der ist auch in der Lage, vier Millionen Menschen in eine gerechte und bessere Zukunft zu führen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe schon angesprochen, Integration und die Vielfalt der Menschen in die-

sem Land spielen eine bedeutende Rolle für diese Koalition. Aus diesem Grund haben wir alle Kompetenzen und alles Wissen in einem eigenständigen Ministerium gebündelt. Wir haben sozusagen ein kreatives Haus geschaffen, ein Ministerium, das die ganze Vielfalt unseres bunten Rheinland-Pfalz, unserer bunten rheinland-pfälzischen Gesellschaft vertritt, Ansprechpartnerin ist und Diskriminierung dem Kampf ansagt. Es ist mitnichten überflüssig. Es ist schon gar nicht Geldausgeberei, sondern es ist vor allem auch politischer Ausdruck eines Bekenntnisses zu einem toleranten und weltoffenen Rheinland-Pfalz. In diesem besten Sinne wird es auch von einer grünen Saarländerin geführt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
bei der SPD –

Pörksen, SPD: Eine Saarländerin hatten  
wir schon mal hier! –

Ministerpräsident Beck: Wir haben noch eine!)

Rheinland-Pfalz – das ist bereits gesagt worden – steht wirtschaftlich gut da und hat die Finanz- und Wirtschaftskrise einigermaßen überwunden und auch gut überwunden. Wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz wirtschaftlich gut aufgestellt bleibt, und hier auch noch mehr Innovationen auslösen. Nachhaltigkeit und ökologische Innovation sind zentrale Leitmotive unserer Wirtschaftspolitik. Wir sehen es auch als Chance an, nach neuen Potenzialen in unserem Land Ausschau zu halten.

Über Energie und Klimaschutz habe ich viel gesprochen, aber ich möchte noch eine Branche aufführen. Unsere Universitäten bilden jedes Jahr hoch qualifizierte Menschen in den Kreativ- und IT-Bereichen aus. Wir haben hier zahlreiche Lehr- und Forschungsprojekte im Land, deren Absolventen in Kaiserslautern, Koblenz und Trier bisher nicht immer auch eine direkte Anschlussperspektive für eine Selbstständigkeit oder eine Anstellung – viele von ihnen wollen selbstständig kreativ sein – bei uns finden und dann häufig nach Frankfurt, Hamburg, Köln oder Berlin gehen.

Ich glaube, hier haben wir noch Handlungsoptionen, dass es uns gelingt, diesen Menschen durch Wissenstransfer, durch vorzeitige Netzwerkbildung und Clusterbildung hier noch stärker eine Perspektive in der Kreativbranche und in der IT-Branche zu geben. Ein ganz wichtiger Baustein dabei ist die von der Koalition angestrebte schnellstmögliche Versorgung mit Breitbandanschlüssen im ganzen Land Rheinland-Pfalz. Das ist ein Teilhabefaktor, aber es ist auch ein knallharter Wirtschaftsfaktor gerade für die ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Die moderne Wirtschaft hat ihren Gütertransport nicht mehr nur auf den klassischen Wegen, sondern der findet heute auch über das Internet statt. Deswegen werden wir uns für eine umfassende und dauerhafte Netzneutralität und für die Gleichbehandlung aller Daten im Internet einsetzen. Auch deswegen spielt die Netzpolitik für diese Landesregierung in Zukunft eine gewichtige Rolle, weil sie auch bei den Menschen und bei den Unternehmen

eine wichtige Rolle spielt. Das Internet und die modernen IT-Technologien sind selbstverständlicher Teil des Alltags der Menschen und der Unternehmerinnen und Unternehmer geworden. Die Kommunikation und das Leben in unserer Gesellschaft hat sich dadurch grundlegend geändert.

Wir wollen dem nicht mit Angst begegnen, sondern das aufnehmen und diese Veränderung aktiv gestalten. Für uns ist ganz klar: Bürgerrechte gelten auch im Internet. – Aber die Freiheit ist nun einmal ein zentrales Bürgerrecht. Deswegen lehnen wir Netzsperrungen jeglicher Art ab. Für die Koalition gilt der Grundsatz „löschen statt sperren“ in umfassender Form. Was im Netz und was in der Realität ekelhaft ist und nichts zu suchen hat und gegen unsere Rechte verstößt, das hat im Netz nichts zu suchen. Da muss man nichts sperren, sondern da muss man löschen und mit allen Mitteln der Strafverfolgung entgegenwirken und hier nicht eine Zensurinfrastruktur im Netz aufbauen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wir werden die zahlreichen Möglichkeiten der neuen Medien aber auch dazu nutzen, die Beteiligung der Menschen an Politik und die Transparenz zu erhöhen. Es ist vielleicht auch für die Qualität der Debattenkultur hier förderlich, wenn sich mehr Menschen die Plenarsitzungen mit Livestream im Internet anschauen können und das vielleicht auch noch direkt kommentieren und bewerten können und mit uns in den Diskurs treten.

(Pörksen, SPD: Da bin ich mir nicht so sicher,  
Herr Kollege! Da bin ich sehr skeptisch)

Es wird jetzt seit wenigen Jahren auch bei Wahlergebnissen vorab getwittert. Im Wahlkampf wird Facebook genutzt. Wissenschaftliche Publikationen von Ministern oder Abgeordneten werden in Wikis auf ihre Authentizität überprüft. Programme oder politische Positionen werden in EtherPads oder mit Google Docs entwickelt. Das sind nur ein paar Stichworte für die Entwicklungen auch von Politik in jüngster Vergangenheit.

Wir werden die Enquete-Kommission auch mit der Frage beauftragen, wie wir diese zahlreichen Chancen in unserem Land bestmöglich nutzen können, um den Dialog mit den Menschen zu verbessern, zu verstetigen, auf eine neue Basis zu stellen und ein neues Zeitalter parlamentarischer Demokratie aufzuschlagen. Ich sehe dieser Zeit mit hoher Freude und mit großen Erwartungen entgegen.

Die Bürgerrechte spielen aber nicht nur im Netz eine große Rolle. Um Bürgerrechte zu sichern, werden wir auch in Zukunft die Polizei in der Fläche erhalten. Wir werden die Polizei aber auch demokratisieren und öffnen, eine entsprechende Beschwerdestelle zugänglich machen und in besonderen Einsatzlagen auch die individuelle Kennzeichnung der Polizistinnen und Polizisten vorsehen, um auch die Akzeptanz gerade bei jungen Menschen zu verbessern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Viele junge Menschen haben nicht per se, wenn sie auf Demonstrationen gehen, ein Problem mit der Polizei. Sie haben meistens ein Problem mit den Nazis, gegen die sie gerade demonstrieren, oder mit anderen Themen. Aber wenn sie das Gefühl haben, ungerecht behandelt zu werden und dann das Gefühl haben, sie können sich überhaupt nicht im Nachgang wehren oder zumindest einmal erkundigen, dann trägt das nicht zur Akzeptanz der Polizei bei.

Die demokratische offene Polizei ist eine ganz elementare Voraussetzung für die Zukunft der demokratischen Gesellschaft. Wenn Gewalt demokratisch legitimiert sein soll, dann brauchen wir die Anerkennung der Exekutivgewalt, die diese Gewalt im Einzelfall dann auch ausübt. Dafür braucht es eine Anerkennung gerade auch von jungen Menschen. Da sind Offenheit und Demokratie nicht Gängelung, sondern auch ganz im Sinne der Polizei für die Zukunft und Sicherheit in diesem Land.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Das hat auch etwas mit Vertrauen zu tun. Vertrauen können uns auch die Wählerinnen und Wähler. Liebe Frau Klöckner, weil Sie es angesprochen haben – ich hatte es gar nicht vor, aber ich betone es nochmals –, für uns GRÜNE war, ist und bleibt der Hochmoselübergang falsch. Wir bleiben aber bei der Auseinandersetzung darüber bitte schön bei der Wahrheit.

(Dr. Weiland, CDU: Gibt es ein richtiges  
Leben im falschen?)

Es geht auch um Ehrlichkeit, Redlichkeit und Verlässlichkeit. Weil wir das verkörpern und uns die Wählerinnen und Wähler das auch glauben, regieren wir die nächsten fünf Jahre.

Für uns GRÜNE ist es ganz klar eine politische Niederlage, dass der Hochmoselübergang weiter gebaut werden muss. Da gibt es gar nichts zu deuteln. Wir haben in den wenigen Wochen nach der Wahl alle Zahlen geprüft. Der Regierung bin ich wirklich dankbar, dass sie uns dazu die Möglichkeit gegeben hat. Wir mussten erkennen, dass wir ein oder zwei Jahre zu spät an die Regierung gekommen sind,

(Unruhe bei der CDU)

um in einer verantwortbaren Weise aus diesem Projekt noch auszusteiern.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Vielleicht  
hören Sie einmal zu! –  
Frau Klöckner, CDU: Das sagt gerade  
die Richtige!)

Ich weiß nicht, wo hier die parlamentarische Mehrheit hergekommen wäre, einen zwei- oder sogar dreistelligen Millionenbetrag aufzubringen, um den Hochmoselübergang noch zu stoppen. Das haben wir eingesehen. Das müssen wir unseren Mitgliedern und Wählerinnen und Wählern auch erklären. Das tun wir auch. Ich betone aber: Wir sind in dieser Frage immer ehrlich geblieben.

Wir haben im Wahlkampf nichts versprochen, was wir hinterher nicht halten konnten.

(Unruhe bei der CDU)

Da empfehle ich die Lektüre unseres Wahlprogramms. In allen Äußerungen von Frau Lemke und mir im Wahlkampf haben wir nie behauptet, dass wir sicher sind, dass wir in diesem Landtag den Bau dieser Brücke noch stoppen können. Wir haben nie gesagt, dass wir eine Garantie abgeben können, dass es mit uns diese Brücke nicht geben wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Wir haben alles dafür getan zu schauen, ob es noch möglich ist, sie zu verhindern. Wir konnten sie nicht mehr verhindern, aber wir lassen uns nicht nachsagen, dass wir unredlich gewesen seien, weil das nicht stimmt und wir das so einfach nicht stehen lassen können. Der betroffene Kreisverband hat zu 100 % dem Koalitionsvertrag auf unserem Parteitag zugestimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Wenn wir uns das Verkehrsprogramm anschauen, können wir feststellen, dass das doch ein modernes Infrastruktur- und Verkehrsprogramm ist. Wir werden die Mittel für die Kommunen für den ÖPNV verdoppeln. Wir werden für die A 643 eine gute Lösung finden. Wir werden uns – um nur einige Beispiele zu nennen – dem Verkehrslärm widmen. Das gilt gerade für den Fluglärm und den Bahnlärm im Mittelrheintal. Wir werden eine Verkehrspolitik betreiben, die die Mobilität der Menschen in diesem Land sicherstellt, die aber gleichzeitig auch die Schöpfung in diesem Land erhält.

Herr Kollege Hering hat sich gewundert, dass das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ nicht vorkam. Ich habe mich gewundert, dass das Thema des Erhalts der Schöpfung in der Rede von Frau Klöckner überhaupt nicht vorgekommen ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Dabei ist Rheinland-Pfalz doch so ein schönes,

(Frau Klöckner, CDU: Das ist eine  
Selbstverständlichkeit!)

so ein grünes und erhaltenswertes Bundesland. Man sollte es nicht überall mit Straßen zu pflastern oder Straßen in den Himmel bauen, um dann auf den Wolken noch Parkplätze zu fordern, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Wir haben uns in der Umweltpolitik viel vorgenommen. Wir werden die Umweltpolitik und die Landwirtschaftspolitik zusammenführen, weil für uns diese beiden Politikfelder zusammengehören. Wir werden eine Biodiversitätsstrategie auf den Weg bringen, um dem

Artenrückgang und der Bedrohung der Lebensräume entschieden entgegenzuwirken. Wir werden den Zuwachs an Flächeninanspruchnahme begrenzen und wenn möglich auf null zurückführen. Wir werden dafür auch den Landesentwicklungsplan zumindest teilfortschreiben.

Wir werden uns auf die Suche nach einem geeigneten Standort für einen Nationalpark in Rheinland-Pfalz begeben. Auch das ist ein wichtiges Symbol für eine neue Umweltpolitik in diesem Land.

Wir werden die Landwirtschaftspolitik, was die ökonomischen Erfordernisse und was die Nachhaltigkeit angeht, zusammenführen. Wir nehmen die großen Herausforderungen an, die dabei vor uns stehen, was den Klimaschutz, den Artenerhalt, aber auch die Ernährungssicherheit, was den Tierschutz und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen, aber nicht zuletzt auch die Wertschöpfung im ländlichen Raum und den Erhalt zahlreicher Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich angeht. Wir wollen dafür künftig stärker den Ökolandbau unterstützen und bei der Umstellung auf Bio, der Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch bei der Schaffung regionaler Absatzmärkte und lokaler Vermarktung unterstützend wirken.

Im Land der Reben und Rüben – auch wenn der Ministerpräsident den Begriff gestern etwas negativ besetzt hat – werden wir uns – das sage ich als Konsument – gerne auch um die Qualität im Weinbau kümmern. Da sind wir ganz beieinander. Es ist vordringliche Aufgabe einer rheinland-pfälzischen Politik, eine nachhaltige, eine ökologische und eine auf Qualität setzende Weinbaupolitik zu betreiben. Ein ganz wichtiger Punkt dabei ist, Landwirtschafts- und Weinbaupolitik sind Verlässlichkeit, verlässliche Produktion und Verlässlichkeit für den Verbraucher.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

– Liebe Kollegin, deshalb wird Rheinland-Pfalz in der Zukunft gentechnikfrei bleiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden nicht nur das modernste Umweltprogramm der Republik in den kommenden fünf Jahren umsetzen, sondern wir wollen auch – dafür bin ich dem Ministerpräsidenten dankbar – modernste Tierschutzpolitik in diesem Land machen und das Verbandsklagerecht für eingetragene Tierschutzverbände einführen, die Haltung von Großwildtieren in Zirkussen untersagen, Tierversuche reduzieren und Alternativen fördern. Natürlich werden wir, auch wenn es dem einen oder anderen nicht schmeckt, einen fleischlosen Tag in der Woche unterstützen, den sogenannten Veggiday. Was Sie an den anderen sechs Tagen essen, ist mir herzlich egal.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich freue mich wirklich sehr, dass nach fünf Jahren an dieser Stelle wieder ein Grüner sprechen darf. Sie können mir glauben, die vergangenen Jahre waren hart und sehr lange. Jetzt sind wir aber wieder da.

Meine Damen und Herren, es freut mich noch mehr, dass ich heute zur Aussprache der Regierungserklärung des alten und von uns geschlossen mit gewählten neuen Ministerpräsidenten als Koalitionspartner sprechen darf. Ich darf Ihnen allen versichern, wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen es als große Aufgabe an, aus der außerparlamentarischen Opposition direkt in die Regierungsverantwortung zu gehen. Wir sind uns dieser Verantwortung voll und ganz bewusst.

Wir haben den nötigen Respekt, aber auch den Tatendrang, die vor uns stehenden Herausforderungen zu meistern. Wir haben genug Visionen und noch mehr Konzepte, um dieses Land in den nächsten Jahren – wir arbeiten dafür, dass es Jahrzehnte werden – zu gestalten. Wir sind aber auch demütig genug zu erkennen, dass in einer Demokratie das Regieren immer nur Herrschaft auf Zeit bedeutet. Daher werden wir die kommenden fünf Jahre nutzen, um hart zu arbeiten für unser Land Rheinland-Pfalz, für die Menschen und die Umwelt sowie die kommenden Generationen in unserem Land.

Wir GRÜNE treten an, um gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei dem sozialökologischen Wandel in unserem Land eine Richtung zu geben. Wir folgen dabei einem klaren Wertegerüst, einem klaren Kompass. Unsere Leitprinzipien sind Solidarität, Verantwortung und Nachhaltigkeit.

Auf eine bessere und gerechtere Zukunft unseres Landes. Wir packen es an!

Ich danke Ihnen.

(Anhaltend starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Braun:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat nun die stellvertretende Ministerpräsidentin, Frau Lemke.

**Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Die Rednerin dreht sich zu Vizepräsident Dr. Braun um)

Ich freue mich, Sie im Rücken zu spüren. Es ist auch für mich ein besonderer Moment, hier zu stehen.

Ich möchte mich bei den Fraktionsvorsitzenden bedanken, die sehr engagiert vorgetragen haben, insbesondere bei Herrn Hering und Herrn Köbler, weil sie nicht nur sehr konstruktiv, sondern auch humorvoll gesprochen haben. Ich glaube, es gehört dazu, dass wir den Humor behalten; denn manchmal könnte er einem auch vergehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich möchte mich auch bei den Wählerinnen und Wählern bedanken, die diesem Landtag – das möchte ich nicht unerwähnt lassen – noch einen weiteren besonderen Moment beschert hatten, nämlich den ersten Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Herzlich willkommen Rahim Schmidt!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte auch Frau Klöckner für ihren bedächtigen Start der Rede danken. Der Landtag ist nicht nur für sie, sondern auch für mich Neuland. An dieser Stelle haben wir etwas gemeinsam. Dann hört es aber auch schon auf.

Deswegen will ich gern aufnehmen, worüber Sie gesprochen haben. Sie haben uns gleich zu Beginn etwas gewünscht, nämlich Weisheit. Weisheit möge uns begleiten. Hoffentlich nicht nur uns, sondern vielleicht auch Sie und Ihre Fraktion; denn Weisheit ist sehr umfassend.

Weisheit bedeutet, dass sie universal menschlich und reifungsbedingt zu erwerben ist und sich durch eine ungewöhnliche Tiefe in die Einsicht – darauf bin ich besonders stolz; das steht in mehreren Definitionen immer gleich am Anfang – und das Wirkungsgefüge von Natur, Leben, Gesellschaft und Wissen ergibt. Insofern ist die Weisheit sicherlich etwas, was wir alle – nicht nur die Regierung, sondern der ganze Landtag – in diesem Hohen Hause gut brauchen können.

Weisheit – so steht es auch in den Definitionen – ist noch eine Komponente mehr; denn sie hat mit dem Handlungsvermögen zu tun. Insofern gibt es wieder Unterschiede. Ich frage mich: Frau Klöckner, wie sieht es mit unseren ethisch-moralischen Grundhaltungen aus, und wie finden Sie sich im Handlungsgefüge wieder?

Wenn ich Ihnen zuhöre, dann hat mir in Ihrer Rede und in der Fraktion der CDU etwas gefehlt. Wo ist das „C“ geblieben? Sie haben nicht über die armen Menschen geredet. Sie haben nicht festgestellt, dass unsere Koalitionsvereinbarung eine Armutsstrategie enthält.

(Frau Klöckner, CDU: Natürlich habe ich die erwähnt!)

Sie haben kaum über den Arbeitsmarkt gesprochen, der bei Ihnen offensichtlich nur aus dem Nürburgring und 400 Mitarbeitern bestand.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Sie sorgen sich sicherlich über die Richter und reden dann davon, dass jeder seine Klientel hat. Es gab mehrere Zwischenrufe, die ich gern zur Kenntnis genommen habe. Dann frage ich mich an dieser Stelle schon, wo Ihre Weisheit ist. Insofern herzlich willkommen! Wir werden alle daran gewinnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben das einen Fehlstart für diese Landesregierung statt einen Aufbruch genannt. Ich glaube, man kann das nicht an den Kennziffern festlegen, mit denen Sie diesen Fehlstart benannt haben. Sie haben darauf Wert gelegt festzuhalten, wer von wem abgeschrieben habe, und haben der SPD vorgeworfen, bei der CDU abgeschrieben zu haben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:  
Das kennen wir ja!)

Sie haben auch in einer Demonstration von einem großen Streichkonzert geredet. Ich glaube, wir müssen alle in diesem Hause in Zukunft ein bisschen darauf achten, dass es nicht darauf ankommt, wer am lautesten schreit. In einem ordentlichen Konzert wird nicht nur ordentlich dirigiert, sondern müssen auch die Streicher und Bassisten alle gemeinsam ein bisschen mitmachen.

(Frau Klöckner, CDU: Eben! –  
Baldauf, CDU: Die müssen aber auch  
alle spielen können!)

Es ist wichtig, dass der Bürger – das bedeutet gute Demokratie – das auch so und nicht immer nur disharmonisch wahrnimmt. Deswegen ist mir Ihre Streitlust sehr wohl willkommen, Ihr Streitstil an dieser Stelle aber nicht immer; denn gute Argumente sind sicherlich wichtig.

Dann bin ich bei dem, was ich gesagt habe, nämlich wie es mit Ihrem Wertekonzept und Ihren Erläuterungen eingangs Ihrer Rede aussieht. Sie verlangen von dieser Landesregierung, bei mehr mitzureden als nur bei zwei angedachten Verfassungsänderungen.

Frau Klöckner, wollen Sie alles in der Verfassung festlegen? Das kann doch nicht das Ziel sein. Wie wollen Sie denn die Grundsätze festlegen?

(Beifall der SPD –  
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wenn Sie es nicht schaffen, Meinungsbildung über Meinungsbündelung hinzubekommen, sind Sie demokratisch nicht erfolgreich gewesen. Dann geht es Ihnen offenbar nicht anders als Ihren Bremer Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Wochenende dabei noch stärker abgebrochen sind. Insofern gibt es für Sie auch etwas nachzuarbeiten.

Ich möchte auf eine weitere Bemerkung eingehen, bei der ich mich gefragt habe, wo es mich zwicken soll.

(Bracht, CDU: Was wollen Sie  
uns damit sagen?)

Sie haben gesagt, die Regierung sollte sich kein Parlament halten. Als ich mir die Debatte und Ihre Zwischenrufe angehört habe, habe ich gedacht: Welch ein Floh-zirkus. Der juckt und zwickt. Da fehlt einem das Verständnis.

Frau Klöckner, haben Sie diese Bemerkung aus Berlin mitgebracht, dass sich die Regierung ein Parlament

halten wolle? Sie hört nicht zu. Damit kann ich nicht umgehen.

(Zuruf von der SPD: Das macht sie schon  
den ganzen Tag!)

Das ist offensichtlich die Berliner Erfahrung.

(Frau Klöckner, CDU: Ich habe das vorhin  
hervorragend vorgemacht bekommen!)

– Frau Klöckner, die Haltungskriterien, die uns die CDU immer wieder zeigt, kennen wir auch in der Landwirtschaft. Offenbar gilt bei Ihnen: industriell, gut gedüngt und aufgeblasen sowie eine Umverteilung zu den Reichen. – Das ist kaum zu verstehen. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass wir uns davon gern ein bisschen distanzieren möchten.

Frau Klöckner, fassen Sie sich an die eigene Nase, bevor Sie so etwas loslassen, sonst kommt das retour.

Ich nehme gerne Ihre inhaltlichen Aspekte auf. Sie haben uns dafür kritisiert – Herr Köbler ist schon auf ein Projekt, nämlich den Hochmoselübergang, eingegangen –, dass wir als GRÜNE in der „Allgemeinen Zeitung“ gesagt hätten, wenn wir uns mit großen Symbolen nicht durchsetzen könnten, wäre das vielleicht ein Grund, nicht in die Regierung zu gehen. Sie wissen, wie das mit Verkürzungen ist.

Hier sind wichtige und großartige Festlegungen getroffen worden. In der Regierungserklärung sind auch andere Symbole vorgetragen worden. In der Koalitionsvereinbarung ist unter anderem auch die Gentechnik festgelegt worden.

(Frau Klöckner, CDU: Was ist denn  
mit der Gentechnik? –  
Zuruf aus dem Hause)

Die Positionen dazu werden natürlich aufgewogen, wenn man sich die Entscheidung darüber nicht leicht macht, ob man in die Regierung geht oder nicht.

(Zuruf aus dem Hause)

Was ist mit der Brücke? Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Bedürfnis, über den Rhein zu kommen. Dieses Bedürfnis wollen wir alle befriedigen. Darin sind wir uns einig. Das wollen Sie, die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und wir befriedigen, und zwar nicht nur an einem Standort, sondern flexibel bei Tag und Nacht an den fünf, die vorhanden sind.

Dieses Bedürfnis wird auch befriedigt. Wir werden dabei helfen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass wir an diesem Punkt die Koalitionsvereinbarung einhalten. Insofern kommen wir dem Wunsch voll nach.

Ich bin absolut zuversichtlich, dass die Arbeitsplätze dadurch auch in den Fährbetrieben gesichert werden, und das UNESCO-Weltkulturerbe – das ist ein sehr großer Schatz in diesem Land – nicht die Fähren verliert,

die zum Weltkulturerbe gehören. Das war uns auch besonders wichtig.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Damit beweisen wir, dass mit diesem Projekt der Einklang von ökologischen, sozialen und kulturellen Kriterien gelingt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU –  
Zurufe von der CDU)

Ich komme zum Nürburgring. Dort wünsche ich jedem Unternehmer eine glückliche Hand. Das Projekt ist nicht glücklich gelaufen. Ich glaube, dazu steht jeder. Darüber ist oft genug diskutiert worden. Wir haben uns auch intensiv darüber ausgetauscht. Dennoch haben wir eine Situation, mit der wir einfach einmal umgehen müssen.

Ein überdimensioniertes Projekt – ohne Zweifel –, mit dem wir umgehen müssen und umgehen wollen. Auch wir GRÜNEN gehen mit diesem Projekt um; denn da sind 400 Mitarbeiter oder etwas mehr beschäftigt.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Natürlich wollen wir auch diese Arbeitsplätze nicht aufs Spiel setzen.

Frau Klöckner, es gibt eine Zukunft jenseits von nur Rennen, über die immer so gerne diskutiert wird, wenn man polarisieren will, eine Zukunft, die etwas mit Tourismus zu tun hat, und damit, dass man diese Stätte zum Simsen wunderbar nutzen kann. Da will ich gerne einen modernen Begriff benutzen. Sie nehmen auch so gerne Ihr Handy. Das SMS, the supplier meets the supplier.

Wenn das eine Stätte sein kann für Zulieferbetriebe in der Automobilindustrie, die sich dort ihren Platz suchen, wo sie Zukunftsvisionen Realität werden lassen und auch ausprobieren können, dann ist das eine sehr zukunftssträchtige Stätte, nicht nur Teststrecke und vielleicht gelegentlich Stätte für Rennen und ein bisschen Spaß, aber vor allen Dingen eine Zukunftsstätte für alternative Antriebssysteme, die man aufbauen kann. Genau das wollen wir tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Schreiner, CDU: Eine Million pro Arbeitsplatz!)

Liebe Frau Klöckner, es ist nicht Kernaufgabe des Staates – darüber hat es viele Diskussionen gegeben –, eine Rennstrecke und Formel-1-Rennen zu betreiben.

(Baldauf, CDU: Das ist richtig!)

So sieht sich auch diese Landesregierung nicht. Deswegen ist es angemessen, dass der Nürburgring in dieser Koalitionsvereinbarung nur eine Dreiviertelseite einnimmt und nicht das halbe Koalitionsprogramm aus-

macht, so wie Ihre letzte politische Arbeit in den letzten zwei Jahren ausgesehen hat. Bei uns nicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Pörksen, SPD: Sie haben noch ein zweites  
Thema in der Südpfalz! –  
Zurufe von der CDU)

– Ja, ich bin noch nicht fertig.

(Zurufe aus dem Hause)

Wechseln wir vielleicht einmal das Transportmittel. Sie hatten vorhin etwas gesagt, und ich nehme das gerne auf, Sie trauen unserem Plan nicht so ganz, 100 % Erneuerbare möglich zu machen.

(Frau Klöckner, CDU: Ich fände es schön,  
wenn es so wäre!)

– Ja, Sie finden es schön. Diese Vision müssen Sie nun nach Fukushima haben. Wir sind froh darum, wenn diese Einsicht kommt, wenn auch spät. Da sind wir wieder bei der Weisheit.

Ich möchte Sie nicht am Erkenntnisgewinn hindern. Trotzdem sollte man Abstand davon nehmen zu behaupten, wir würden den Strom mit der Post transportieren.

(Pörksen, SPD: Das war doch nur blöd!)

Das ist nun wirklich nicht so. Diesen Rheinland-Pfalz-Tag, den wir am nächsten Wochenende begehen, den begehen wir ausgerechnet in einer Region, in der das schon möglich ist; denn diese Region ist längst Stromexporteur. Dort werden – ich drücke das in Millionen aus – 40 Millionen Kilowattstunden verbraucht. 51 Millionen Kilowattstunden werden dort erzeugt, und der Strom wird nicht in Postpaketen transportiert. Das finde ich schon beachtlich.

(Frau Klöckner, CDU: Sie wollen aber  
weniger Trassen!)

Vielleicht kommen Sie nach Prüm und schauen es sich an. Sie werden feststellen, da gibt es Stromleitungen, die funktionieren.

(Frau Klöckner, CDU: Trassen!)

– Frau Klöckner, Trassenausbau ist doch klar.

In Rheinland-Pfalz sind 180 Kilometer Trassenausbau geplant. 33 Kilometer sind bereits festgestellt. Ich drücke es gerne so aus, dass Sie es auch verstehen.

Trassenausbau bedeutet nicht, dass man immer alles komplett neu hinstellen muss. Manchmal ist es der einfache Austausch von Masten oder Leitungen. Man ersetze ein dünnes Kabel durch ein dickes. Ja!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zurufe von und Heiterkeit  
bei der CDU)

– Ich bin froh, dass ich Sie so erheitere.

Um das in Zahlen auszudrücken, nehme ich gerne die Zahlen auf, die Sie vorhin genannt haben; denn eine Zahl war richtig. Die Zahl zum Bruttostromverbrauch aus dem Jahr 2007 war mit 29,5 Terawattstunden richtig. Wir haben die Zahl für 2030 auf 20 Terawattstunden und darunter definiert.

Ich will Ihnen sagen, dass das Stromerzeugungspotenzial aus erneuerbaren Energieträgern in Rheinland-Pfalz demgegenüber aber 25 Terawattstunden pro Jahr betrifft. Damit ist eindeutig klar, das ist realistisch, das ist erreichbar, nicht nur akademisch, sondern wir werden das praktisch gangbar machen. Ich sage Ihnen auch gerne wie.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Ich sage Ihnen gerne auch wie. Das war Ihre Frage. Sie wollen wissen, wie wir jetzt das Rad der Wirtschaft drehen wollen. Gerne gebe ich Ihnen darauf eine Antwort.

(Dr. Mittrücker, CDU: Heraus damit!)

Die erste Antwort, die wir brauchen, ist die der Frage der Motivation. Es gibt immer Motivationskriterien.

Ich weiß, dass Sie gerne demotivieren, wenn Sie demagogisieren und sagen, Windkraftanlagen sind hässlich.

(Zuruf von der CDU)

Da können wir sicherlich etwas daran tun, weil ehrlich, ich finde ein AKW und ein Kohlekraftwerk auch hässlich. Es ist wirklich kein Argument mehr. Es wäre schön, wir würden das irgendwie nicht mehr hören und darüber nicht mehr sprechen. Das brauchen wir an dieser Stelle einfach nicht.

Die Motivation. Wie kann die Motivation der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land gestärkt werden, damit jeder freiwillig in diesen Transformationsprozess eintreten möchte, der möglich ist? Ich sage Ihnen, und das müssten Sie wissen, weil Sie sich als wirtschaftlich fachkompetent ansehen, dass das Geldverdienen ein starker Motivationsfaktor ist. Nur, es ist immer die Frage, wer verdient Geld, wer profitiert und für wen man sich einsetzt.

Wir wissen, dass sich die CDU gerne für die großen Stromunternehmen, für die Oligopolisten, die immer so gerne abzocken, für RWE, Vattenfall und E.ON einsetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Zurufe von der CDU und Heiterkeit bei der CDU)

Ich sage Ihnen, wir setzen uns für jeden Bürger und jede Bürgerin ein. Das EEG hat möglich gemacht, dass jeder Bürger und jede Bürgerin durch die Stromerzeugung selbst Unternehmer und Unternehmerin werden kann. Das ist ein Erfolgsrezept, das wir ausbauen wollen. Damit bleibt das Geld hier und geht nicht in fremde Fi-

nanzmärkte, graue Finanzmärkte, in internationalen Märkten verloren. Wir wollen das Geld in rheinland-pfälzischen Wirtschaftskreisläufen sehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zurufe von der CDU)

Da nehmen wir alle mit. Jeder Verbandsbürgermeister, jeder Landrat, auch die schwarzen Landräte – das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung aus meinem Landkreis sagen – springen sofort auf und sagen, 100 % Erneuerbare machen wir auch, da können wir mitverdienen und sanieren noch unsere Kommunen.

Liebe Frau Klöckner, ich bin froh um jeden schwarzen Bürgermeister, Verbandsbürgermeister oder Landrat, der mit einsteigt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Noch etwas zu den Unternehmerinnen und Unternehmern. Die sind in keiner Weise skeptisch. Warum sollten sie? Die sind häufig viel weiter als wir; denn sie sind diejenigen, die die Technologie entwickeln. Sie sind diejenigen, die die Anwendungen auf den Markt bringen. Sie sehen praktisch, was funktioniert. Warum sollten die Unternehmerinnen und Unternehmer skeptisch sein? Das sind sie nicht.

Das werden wir ganz schnell erleben, wenn wir aufhören – das wollen wir nicht mehr tun – und die Möglichkeiten für Impulsprogramme, die wir im Land haben und die Europa hat, gezielt in eine Richtung zu lenken und nicht nach dem Gießkannenprinzip ausschütten. Genau das steht in dieser Koalitionsvereinbarung.

Diese große Herausforderung, dieser Transformationsprozess, der vor uns liegt, braucht eine kluge Richtung mit allen Möglichkeiten, mit allen Instrumenten, die wir haben. Genau das machen wir jetzt. So ist auch mein Ministerium unter anderem aufgebaut. Interdisziplinär. Wir wollen gemeinsam denken, gemeinsam entwickeln und gemeinsam handeln. So fangen wir auch gleich an.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Auf der Wirtschaftsministerkonferenz in der nächsten Woche wird es genau um diese Themen gehen, um die Erneuerbaren und die Frage, wie man das Rad dieser Transformation schneller in Gang setzen kann. Wir werden darüber reden. Es wird Impulse aus Rheinland-Pfalz bis nach Europa über die Frage der Ausrichtung der Wirtschaftsförderung geben. Auch über die EFRE-Mittel ist zu sprechen, damit wir klare Angaben haben, wie Technologie und Innovation aussehen sollen und gezielt gefördert werden können, damit wir diesen Prozess schnell hinbekommen; denn das ist die Grundlage für alles, was wir tun. Ohne gute Ressourcen, ohne die Nutzung freier Ressourcen und ohne Energie geht gar nichts. Da läuft kein Betrieb.

Da werden auch Ihre Winzer irgendwann einmal nicht mehr glücklich sein, weil der Klimawandel das noch

beschleunigt. Insofern müssen wir das schnell hinbekommen. Darauf kommt es an.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Was die BASF betrifft, so glaube ich nicht, dass die Angst vor den GRÜNEN haben, ganz ehrlich nicht. Die sind einfach nicht so drauf.

(Zurufe von der CDU)

Wir befinden uns in einem guten Dialog. Wie ich heute gehört habe, gibt es schon Pläne für weitere Investitionen. Wenn es da Schwierigkeiten gegeben hätte, dann hätte man das vielleicht anders verkündet.

(Baldauf, CDU: Fragen Sie einmal wo!)

Ich denke, insofern können wir mit diesem Hauptsektor der Industrie, die immerhin 33 % Anteil am produzierenden Gewerbe hat und eine Umsatzsteigerung von 10 % im letzten Jahr hatte, ganz gut zusammenwirken.

Der zweite Sektor ist die Kfz-Zuliefererindustrie, die hier in Rheinland-Pfalz im letzten Jahr mit 14,9 % zugelegt hat, deutschlandweit nur mit 8 %, und sich auch in einem Transformationsprozess befindet, weil es darum geht, jetzt andere Antriebsarten zu entwickeln und auf andere Rohstoffe zurückzugreifen.

Wir haben wunderbare Chancen; denn das sind die Märkte, die Rheinland-Pfalz zu bieten hat und bedienen kann. Umwelttechnologie ist hier schon ein Schwerpunkt gewesen. Den werden wir noch weiter ausbauen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Frau Klöckner, ich will es nicht dabei belassen; denn wissen Sie, Infrastrukturpolitik ist nicht so trivial, Infrastrukturpolitik ist nicht nur Straßenbau oder Sicherstellen von Betonlandschaften, natürlich müssen Straßen auch befahrbar sein und Schlaglöcher gestopft werden.

(Zurufe von der CDU: Oh! –  
Dr. Wilke, CDU: Sehr gut!)

– Ja, das können Sie nachlesen. Wir haben da etwas Schönes hineingeschrieben. Wir wollen die Straßen nämlich erst einmal reparieren.

(Zurufe von der CDU)

Wenn man nicht so viel Geld hat, dann sagt man, man macht erst einmal das heil, was man schon hat, anstatt etwas Neues zu bauen. Das ist eine sehr kluge Entscheidung, das auch hineinzuschreiben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Lesen  
können die gar nicht!)

Aber es ist eben nicht das Einzige. Wirtschaftsstandorte müssen für die Menschen attraktiv sein; denn für die Menschen sind wir alle da und ist auch die Wirtschaft da.

Das ist kein Selbstzweck. Geldverdienen ist auch kein Selbstzweck.

Einen Standort attraktiv zu gestalten, ist für die Unternehmer auch eine Frage der Rohstoffversorgung. Deswegen haben wir diese Herausforderung so definiert, aber natürlich auch die weiteren Aspekte, die wir zum Entgegensetzen des Fachkräftemangels auf der guten Grundlage einer ordentlichen Bildungspolitik, einer chancengerechten Bildungspolitik und einer guten Integrationspolitik brauchen, damit dies als Querschnittsgrundlage für die Wirtschaftspolitik implementiert werden kann. Das bedeutet Infrastrukturpolitik für diese Regierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Um Ihre Fragen noch weiter zu beantworten, wie das Rad noch gedreht werden kann: „Diversity management“ ist ein Stichwort. Das fängt an bei „dual carrier“, der doppelten Aus- und Fortbildung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Ermöglichung von altersgerechter Arbeit und Wissenstransfer, also ein bunter Strauß.

Den Unternehmerinnen und Unternehmern eine lebensorientierte Personalpolitik möglich machen, das ist wichtig, und auch natürlich Frauen in Führungspositionen zu bringen. Wie das geht, das hat diese Landesregierung demonstriert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –  
Zurufe von der CDU)

Ich will meine Ausführungen zur Wirtschaftspolitik beenden, vielleicht mit einem Hinweis; denn da haben Sie uns kritisiert, wir würden durch die Grunderwerbsteuer, die wir erhöhen, insbesondere Familien besonders stark belasten.

Ich sage Ihnen, das ist eine Harmonisierung, die wir vornehmen. Wir schließen an den Rest von Deutschland an. Es wäre jetzt das erste Mal, dass die CDU eine Harmonisierung nicht mittragen will.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich glaube, wir sind längst vom Zeitalter der ewigen Steuersenkungsversprechungen weg, Frau Klöckner.

(Frau Klöckner, CDU: In anderen Ländern  
haben die Kommunen etwas davon! –  
Ministerpräsident Beck: Oh!)

Das ist jetzt allmählich vorbei. Sie verlangen von uns, dass wir sparen und diesen Haushalt ordentlich führen und dabei gleichzeitig auch noch alles absenken. Das geht nicht, das ist ein Widerspruch in sich.

(Frau Klöckner, CDU: Gleichzeitig gibt es  
ein neues Ministerium! –  
Pörksen, SPD: Oh!)

Sie haben an so vielen Stellen gesagt, dass auch am Sparen kein Weg vorbeiginge, aber alle Maßnahmen,

die wir hier zu Einsparungen vorgenommen haben, werden von Ihnen hinlänglich kritisiert. Ich habe noch keinen einzigen Vorschlag von Ihnen gehört, wie Sie denn sparen würden. Ich wäre sehr gespannt auf Ihre Sparvorschläge.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Zu kritisieren, dass wir auch Zuschüsse für den Flughafen Hahn an den Stellen kappen, an denen wir sagen, das sind sehr kritische Zuschüsse, mit Betrachtung der Wege, wie genau sie fließen und an wen sie gehen und ob sie unserem moralischen Gedankengerüst entsprechen, zu kritisieren, dass wir nur noch eine Formel 1 machen, zu kritisieren, dass es keine bürgernahe Justiz gibt, macht mich nachdenklich, vor allem dann, wenn Sie nicht verstehen, dass wir da, wo kurze Wege benötigt werden, nämlich in den Schulen, auch schreiben „Kurze Beine – kurze Wege“.

(Schreiner, CDU: Jetzt klatschen! –  
Bracht, CDU: Starker Beifall!)

Lassen Sie mich vielleicht noch einmal auf Ihre Leitmotiv-e eingehen,

(Pörksen, SPD: Welche?)

die Leitmotiv-e zur Bildung und Ihre Leitmotiv-e für eine leistungsorientierte Gesellschaft nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch in der Wirtschaftspolitik.

Sie haben – ich habe eben mitgezählt – fünf Mal das Leistungsprinzip wiederholt, fünf Mal. Ihre Forderungen an uns, Bekenntnisse für Schulformen abzulegen, stehen so sehr im Mittelpunkt, dass der Mensch darin verloren geht. Ich habe eingangs gesagt, mir fehlt manchmal das Ziel an dieser Stelle, Frau Klöckner.

Starke Menschen mit Charakter werden in der Regel anders ausgebildet.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja!)

Sie werden auch anders ausgebildet, weil sie mit anderen Erfahrungshorizonten und aus anderen Teilen dieser Gesellschaft kommen. Wenn wir dann in dieser Koalitionsvereinbarung definieren, dass uns die Chancengerechtigkeit wichtiger ist und jedes Kind in diesem Land, wenn es denn fleißig ist, die Chance haben soll, sein Talent voll auszunutzen, dann wird uns das viel weiter in die Zukunft tragen und die Visionen und Kreativität, die wir brauchen, um das umzusetzen, was unsere Herausforderung ist, auch wirklich bedienen.

Aber nur mit Leistungsdruck und einer Gesellschaft, die darauf orientiert ist, werden wir einen absoluten Stillstand und große Frustrationsprozesse erleben. Es wäre mir sehr wichtig, wenn wir darüber alle noch einmal nachdenken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich berühre jetzt nicht alle Punkte, meine Kolleginnen und Kollegen haben da auch noch einmal ihre Schwerpunkte zu setzen, aber die heutige Debatte hat gezeigt, dass wir uns hier gemeinsam mit sehr ehrgeizigen Zielen definiert haben und große Aufgaben vor uns liegen, nicht nur betreffend einer guten Bildungspolitik, des Transformationsprozesses, den wir in der Wirtschaft brauchen, sondern auch um Demokratie so auszugestalten, dass die Wählerinnen und Wähler weiterhin Freude daran haben werden, diesem Parlament gelegentlich zu lauschen, zu verfolgen, was wir hier tun, und sich einzubringen.

Wenn wir in unseren Reden nur stark polarisieren, dann laden wir sicherlich nicht zur Mitgestaltung ein, dann müssen wir Verständnis haben, dass Bürgerinnen und Bürger sagen, das ist mir zu anstrengend, ihr streitet euch nur. Dann geht es nicht um ein Ringen um Lösungen für die Zukunft.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir hier in Zukunft weiter ringen und die Fraktionen uns weiterhin in der Landesregierung die Dinge vortragen, die wichtig sind, damit wir die Weichenstellungen richtig vornehmen. Darauf freue ich mich, auf eine gemeinsame Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Anhaltend starker Beifall des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Braun:**

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Licht das Wort.

**Abg. Licht, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist bemerkenswert, wenn im Plenum neue Gesichter auftauchen und wenn – wie in diesem Fall erstmals in Rheinland-Pfalz – eine rot-grüne Regierung uns als Opposition, auch diejenigen, die schon lange in diesem Parlament sind, zu einer neuen Betrachtungsweise herausfordert. Ich möchte daher mit der Kommentierung oder Bewertung beginnen.

Herr Köbler, ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört. Wenn ich Ihre Rede umschreibe, so war es nach meinem Eindruck eine Art Herzensrede: Das wollte ich alles einmal sagen. Dass dabei, wie immer im Leben, wenn das Herz überquillt, manchmal auch der Verstand aussetzt,

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Oh! Eine Unverschämtheit! –  
Ramsauer, SPD: Unerhört!)

will ich Ihnen bei dem einen oder anderen Punkt verzeihen. Ich spreche deshalb von „verzeihen“, weil man natürlich mit vielen eigenen guten Wünschen an eine solche Arbeit herangeht.

Sie haben sehr viel von Werten, von Ehrlichkeit und von einem höchsten Maß an Gerechtigkeit gesprochen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie aber – und das meine ich genauso ehrlich –, wenn Sie schon von einem höchsten Maß an Gerechtigkeit sprechen, und wenn Sie schon versuchen, das Ganze im Blick zu haben und es allen Zuhörern und Zuschauern mitzuteilen, dann sollten Sie nicht nur Ihre Gerechtigkeit oder Ihr Ganzes damit meinen, sondern Sie sollten den Andersdenkenden auch mit dem notwendigen Respekt nicht nur gegenüber treten, sondern sie auch in ihrer Meinung ernst nehmen. Wenn sich dies in den nächsten fünf Jahren als roter Faden, als grüner Faden oder als schwarzer Faden durchziehen lässt, ist vieles von dem, was Frau Klöckner heute deutlich gemacht hat, bei den vielen Konsensfragen, die Sie nach meinem Eindruck alle nicht hören wollten, vielleicht leichter zu gestalten.

Meine Damen und Herren, ich möchte mir in der Replik auch den Fraktionsvorsitzenden der SPD betrachten. Herr Hering, es tut mir leid, aber das, was Sie heute gebracht haben, war – um einmal haushaltstechnisch zu sprechen – die globale Minderausgabe.

(Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Was war denn dann die Rede von Frau Klöckner?)

Es tut mir leid! Das war die globale Minderausgabe, und zwar nicht nur thematisch, sondern auch inhaltlich.

(Ministerpräsident Beck: Das haben wir ganz anders empfunden! Die Rede war hervorragend! Die Kollegen herunterzureden! Was soll denn so etwas!)

– Herr Ministerpräsident, dass Sie das als hervorragend empfinden, kann ich durchaus verstehen; er ist schließlich Ihr Fraktionsvorsitzender geworden.

(Ministerpräsident Beck: Gott sei Dank!)

Das verstehe ich, und darum konnte es nicht ein anderer bleiben. Das wissen wir alle. Wir wissen alle, wie die Präferenz bei Ihnen aussieht.

Herr Hering, wenn Sie in der Bewertung dessen, was der Koalitionsvertrag zeigt, die richtige Bilanz ziehen würden, wenn Sie die angesprochenen Impulse und die Unterstützungen, die in diesem Vertrag enthalten sind und die Herr Ministerpräsident Beck in seiner Regierungserklärung präsentiert hat, sowie die Initiativen aus der Regierungserklärung bilanzieren, kommen Sie zu einem logischen Ergebnis, nämlich zu der wirklichen Botschaft, dass Sie als ehemaliger Wirtschaftsminister eigentlich genau wissen müssten, dass sich in diesem Haushalt eine Umschichtung von Investitionen hin zu Subventionen vollzieht. Das ist die Betrachtung, das ist die Bilanz, die zu ziehen ist.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Botschaft verstärken Sie mit der Grunderwerbsteuer, mit dem Wasserentnahmeentgelt oder mit der Ressourcennutzungsabgabe. Das sind die Botschaften, die Sie draußen verkünden.

Alles andere sind Programme, sind Unterstützungen oder neue Initiativen. Es sind über 30 Gesetzesinitiativen, die Sie ankündigen. Aber dort, wo die Wirtschaft eine Rolle spielt, haben Sie nur Belastungen zu verkünden.

(Beifall der CDU)

Man kann einige Sätze zitieren, wo Sie sparen wollen und was Sie an Botschaften nach draußen verkünden. Ich zitiere aus Ihrer Regierungserklärung:

„Einen bedeutenden Beitrag zur Haushaltskonsolidierung werden der Landesbetrieb Bau und der Landesbetrieb Mobilität leisten müssen;“ (...) „Beide werden in den nächsten Jahren nur noch wirklich unabwendbare Vorhaben realisieren können.“

Das ist Ihre Botschaft an die Wirtschaft. Das, was gerade Sie in den letzten Jahren zu verantworten hatten, ist Ihre Botschaft an die Wirtschaft. Mit einer Reihe von Wahlversprechen mussten Sie dabei brechen und haben nun einen völlig anderen Politikstil eingeführt, eine völlig andere Botschaft an die Wirtschaft ausgesandt.

(Beifall der CDU)

Herr Köbler, Sie haben von den neuen Freunden gesprochen. Sie sollten sich aber auch einmal die Bilanz dieser neuen Freunde ansehen. Sie sollten es immer mit sich herumtragen. Das ist die Schuldenentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle ein Zitat vorlesen. Einstein sagte einmal: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich mit diesem Koalitionspartner einmal die Schuldenentwicklung vor Augen halten, so sind die Schulden nach den Zahlen des Landesrechnungshofs von 11,4 Milliarden Euro im Jahr 1991 auf mittlerweile 35,4 Milliarden Euro gestiegen. Sie haben mit einem Schuldenkönig zu verhandeln. Wenn Sie mit ihm in dieser Weise die Haushaltskonsolidierung angehen, bin ich auf das gespannt, was in den nächsten Jahren noch auf uns zukommen wird.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, auch aus dem, was wir gehört haben, ist eine Botschaft erkennbar. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat das Stichwort „Flughafen Hahn“ überhaupt nicht erwähnt. Wenn er der Opposition vorwirft, dieses oder jenes ausgelassen zu haben, ist das bemerkenswert.

Ich freue mich darüber, dass es von den GRÜNEN dazu deutlichere Worte gibt. Herr Wirtschaftsminister „alt“, Sie haben vergessen, den Flughafen Hahn zukunftsfähig zu machen.

(Beifall der CDU)

Sie hätten in der Alleinregierung die Möglichkeit gehabt, auch mit der Opposition dort die Weichen zu stellen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie haben es versäumt.

(Pörksen, SPD: Lügenbeute!)

Ich will Ihnen das auch sagen, weil Sie andere Dinge auf dem Altar des Nürburgring geopfert haben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich kann doch nichts dafür. Der Vorwurf trifft uns doch gar nicht, wenn wir uns in den letzten Jahren häufig mit dem Thema „Nürburgring“ beschäftigt haben, wenn Sie dort 500 Millionen Euro in den Sand setzen.

(Beifall bei der CDU –  
Zurufe von der SPD)

Das ist doch Ihr Konzept gewesen, mit dem Sie vorhaben, die Defizite der Formel 1 auszugleichen. Das war Ihr Vorhaben. Sie wollten die Defizite der Formel 1 ausgleichen.

(Hering, SPD: Alte Kamellen!)

– Das sind keine alten Kamellen. Sie beschäftigen sich doch jetzt dauernd weiter damit. Das müssen Sie auch.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich mit dem Nürburgring in der Form beschäftigen, Frau Lemke, wie Sie sich hier beschäftigen, dann ist das auch nicht die ehrliche Wahrnehmung;

(Pörksen, SPD: Dass Sie gerade von Ehrlichkeit sprechen bei Ihrer Art!)

denn Sie müssen in Ihrem Haus auch entscheiden, ob Sie die Subventionen einstellen. Da geht es nicht nur um Formel 1, sondern da geht es um eine Dauersubvention, um weitere Dauersubventionen, zu denen Sie bisher nichts gesagt haben. Stellen Sie die ein? Ja oder nein?

(Frau Schmitt, SPD: Was wollt ihr denn?)

Die Antwort auf diese Frage sind Sie hier schuldig geblieben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nur noch einen deutlichen Satz zur Energiedebatte sagen. Wer dort Julia Klöckner nicht gehört hat, der hat in der Tat nichts verstanden.

(Pörksen, SPD: Ihr wart die ersten!)

Er hat nicht verstanden, dass die CDU-Fraktion ihre Bereitschaft erklärt hat, dort auch einen gemeinsamen Weg mitzugehen. Aber zu diesem gemeinsamen Weg gehören natürlich auch gewisse Transparenz und die ganze Betrachtung. Dazu gehört auch, dass man offen und fair mit allen Partnern umgeht.

Meine Damen und Herren, ich denke,

(Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht,  
dass du denkst!)

dass wir in vielen Bereichen die Einladung zur Zusammenarbeit annehmen werden. Sie werden eine konstruk-

tive, aber auch eine kritische Opposition erleben. Meine Damen und Herren, wenn die einzige Botschaft der Wirtschaftsministerin bleibt, tausche dicke gegen dünne Kabel,

(Pörksen, SPD: Das war eigentlich umgekehrt!  
Nicht einmal das haben Sie verstanden!)

dann werden wir uns mit Ihnen, Frau Lemke, noch öfter beschäftigen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich nehme für uns dort, wo es Angebote zur Zusammenarbeit gab, diese gerne an. Wir werden das konstruktiv aufnehmen, aber dort den Finger in die Wunde legen, wo es notwendig ist. Wir werden eine kritische Opposition sein.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Dr. Braun:**

Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Ramsauer.

#### **Abg. Ramsauer, SPD:**

Herr Präsident!

(Der Redner dreht sich zu  
Vizepräsident Dr. Braun um)

Das hätte ich vor einigen Jahren auch nicht gedacht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade ist hier eben ein neuer Stil eingeführt worden. Man setzt sich nicht sachlich mit den Kollegen auseinander, sondern man fängt seine Rede mit der Bewertung der Rede eines anderen Fraktionsvorsitzenden an.

Dann ist diese Bewertung dermaßen abwegig und oberflächlich, dass sie zu dem, was anschließend in der Sache folgt, geradezu passt. Ich glaube, dass das genau das konterkariert, wenn Sie hier sagen, Sie wollten konstruktiv mit uns zusammenarbeiten.

Wenn Sie schon anfangen zu bewerten, erlauben Sie mir auch einen Satz zur Aufführung Ihrer Fraktionsvorsitzenden heute Morgen, die erst unwahr zitiert und dann ihren Kollegen von der CDU streckenweise überhaupt nicht zuhört und ihren Dialog nicht mit uns führt, sondern mit anderen Leuten elektronisch oder mit den eigenen zu viert hier in der Reihe.

(Frau Klöckner, CDU: Sie fotografieren hier  
doch die Kollegen!)

Das ist auch kein Anstand und auch keine vernünftige Art zusammenzuarbeiten, verehrte Frau Klöckner.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der 15. Landtag hat mit den Stimmen aller damals hier vorhandenen Fraktionen die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben. Das geschah damals auf der Grundlage der in der Bundesrepublik herrschenden Finanzsituation. Der Bundestag hat uns das sozusagen vorgelebt. Es geschah in der Finanzsituation, die im Bund herrschte, mithin auch im Land Rheinland-Pfalz.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung dargestellt, warum wir in Rheinland-Pfalz entsprechende Kredite haben aufnehmen müssen. Wir haben sie für Investitionen für die Menschen gebraucht, Investitionen für kostenlose Kindergärten, für Bildung von Anfang an bis zum Ende des Studiums. Darauf sind wir stolz. Ich glaube, dafür hat es sich auch gelohnt, Schulden zu machen.

Lieber Herr Licht, wenn Sie immer mit Ihrer Statistik herumlaufen, so sollten Sie auch eine solche Statistik über die Entwicklung der Bundesschulden anführen. Sie sollten sie zeigen, auch den Knick, der mit der damaligen Machtübernahme des Bundeskanzlers Kohl begonnen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz haben wir so gearbeitet, dass wir sagen können, Rheinland-Pfalz ist auf vielen Gebieten ein Vorzeigeland. Wir haben in Mobilität investiert und die notwendige Infrastruktur für unsere Wirtschaft geschaffen.

Wir haben dieses Land mit einer vernünftigen antizyklischen Wirtschaftspolitik und antizyklischen Finanzpolitik durch die Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise geführt, anders als andere Länder. Der Ministerpräsident hat die Maßnahmen deutlich angesprochen, die dazu geführt haben. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen, die in der letzten Wahlperiode schon da waren, an das Credo meines Kollegen Frank Puchtler erinnern, der an diesem Pult immer wieder gesagt hat: Wir müssen investieren, konsolidieren und vorsorgen.

Meine Damen und Herren, wir sehen, jetzt ist die Zeit zum Konsolidieren gekommen. Deshalb hat sich die Koalition auch darauf verständigt, dass wir, um dieses Ziel der Schuldenbremse zu erreichen, Jahr für Jahr 220 Millionen Euro im Haushalt konsolidieren wollen.

(Zurufe von der CDU)

Das heißt, dass wir es uns auch fest vorgenommen haben, das Ziel bis 2020 zu erreichen.

Bei einem Haushalt von 13 bis 14 Milliarden Euro – je nach Rechnung – ist das auch ein ehrgeiziges Ziel. Dieses Ziel wollen wir auch durch eine faire Lastenverteilung erreichen. Das bedeutet soziale Balance auf der einen Seite, aber auch wichtige Zukunftsinvestitionen auf der anderen Seite.

Herr Licht hat sich nicht verkneifen können, auch in entsprechenden Fernsehdarstellungen immer wieder auf diese Investitionen hinzuweisen. Es hätte Ihnen gefallen, wenn wir den Hochmoselübergang nicht gebaut hätten.

Sie hatten sich schon darauf vorbereitet, uns bis zur nächsten Wahl damit zu jagen. Aber wir haben solche wichtigen Dinge, die aus unserer Sicht Dinge sind, die man nicht mehr zurückdrehen konnte, dann auch gemeinsam mit dem Koalitionspartner, für den es eine ebenso schwere Nuss war wie die andere Entscheidung, auf die ich noch kommen werde, in die Wege geleitet.

Wir haben in die Hochschulen investiert, wir haben mit dem Hochschulpakt investiert, auch mit dem Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“.

Der Rechnungshofpräsident ist vielleicht nicht unserer Meinung, aber ich bin heute froh, dass wir es gemacht haben, weil Forschung und Lehre in unseren Universitäten und unsere Studierenden dadurch auch eine Sicherheit für die nächsten Jahre haben.

220 Millionen Euro pro Jahr in unserem Etat bedeuten auch, dass es viele Betroffene geben wird. Wir haben im Vorfeld der heutigen Debatte schon erlebt, dass viele Menschen, weil sie sich betroffen fühlen, dann auch ihre Befindlichkeit zeigen. Das kann man nachvollziehen. Man muss es als Politiker auch ernst nehmen. Dann muss man in den Dialog eintreten.

(Zuruf des Abg. Dr. Wilke, CDU)

Dann muss man sich auch mit denen unterhalten, die betroffen sein werden. Betroffen wird das Personal sein. Man kann nicht in einem Haushalt konsolidieren, der einen derart hohen Prozentsatz an Personalkosten hat, ohne dass das Personal betroffen ist.

Betroffen werden auch die Kommunen sein, obwohl wir für die Kommunen natürlich in der Veränderung des kommunalen Finanzausgleichs einiges getan haben. Die Kommunen werden deshalb positiv betroffen sein, weil wir uns den Entschuldungsfond haben einfallen lassen. Betroffen werden sehr viele Finanzhilfeempfänger sein.

Da wird es auf unsere Politik ankommen, dass wir die vorhandenen Mittel an die richtigen Stellen leiten und wir sie an der richtigen Stelle konzentrieren. Wenn Sie die Abschnitte des Koalitionsvertrages über Forschung, Wissenschaft, Wirtschaftspolitik und Industriepolitik lesen, dann wissen Sie, dass wir das bedacht haben.

Wir gestalten eine seriöse und gerechte Haushalts- und Finanzpolitik. Wir gestalten aber auch eine moderne Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

Wir wollen Investitionen überprüfen. Wir wollen sie aber nicht unverantwortlich kürzen. Wir wollen in der Finanzpolitik Gerechtigkeit, Verantwortung und Nachhaltigkeit nach vorne stellen.

Wir wollen den Staat nicht kaputtsparen. Das Sparen darf Politik nicht gestaltungsunfähig machen. Wir wollen gestalten. Wir wollen eine sozial-ökologische Politik gestalten.

Es ist richtig, manches ist nicht zu machen, und zwar sowohl aus finanziellen als auch aus politischen Gründen. Es kann nicht zum Stillstand kommen. Es muss in einer Koalition zum Kompromiss kommen.

Meine Damen und Herren, einer dieser Kompromisse war die Tatsache, dass wir die Brücke, die wir bauen wollten, jetzt nicht bauen können. Das war unsere Kröte.

Gestalterische Politik bedeutet, dass man sich zusammen tut, dem einen das zumutet, was man sich selbst zumutet, und dann gemeinsam einen Weg geht.

Ich hätte gerne noch viel gesagt, aber wir haben unseren jungen Menschen, unserem Kollegen Benedikt Oster zugesagt, dass er wenigstens noch sieben Minuten Redezeit hat. Es sind noch sieben Minuten und 45 Sekunden.

(Beifall der SPD)

**Vizepräsident Dr. Braun:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Blatzheim-Roegler das Wort.

**Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch für mich ist es ein neues Gefühl, in diesem Haus eine Rede halten zu dürfen. Ich muss Ihnen sagen, dafür habe ich lange gekämpft.

Ich bin 1983 bei den GRÜNEN eingetreten. Das ist eine lange Zeit, sich auf den Weg zu machen und einen Aufbruch in neue Welten zu wagen. Jetzt freue ich mich, dass ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion und mit dem Koalitionspartner an einem Punkt angekommen bin, an dem wir nicht nur aufbrechen, sondern auch gestalten können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt bei der SPD –

Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Die Überschrift unseres Koalitionsvertrages heißt deswegen auch „Den sozial-ökologischen Wandel gestalten“. Das heißt, auch den sozial-ökologischen Wandel in der Verkehrspolitik und in der Infrastrukturpolitik gestalten. Wir wollen eine Verkehrswende einleiten, nachdem wir, wie ich denke, gesellschaftlich auf dem Weg zu einer Energiewende schon ein Stück weiter sind.

Ich erinnere mich an alte Zeiten. Vielleicht kennt der eine oder andere den alten Spruch der GRÜNEN: „Wir haben unsere Erde von unseren Kindern nur geborgt“. Ich habe das Gefühl, dass dieser Spruch gesellschaftliches Gehör gefunden hat. Tatsächlich will eine Mehrheit der Deutschen aus der Atomkraft aussteigen. Selbst die CSU kann es sich nun innerhalb der nächsten zehn Jahre vorstellen. Wir sind überzeugt, das geht schneller. Wir werden daran arbeiten.

Ich gebe zu, der Weg zur Energiewende hat rund 30 Jahre gedauert. Ich sage Ihnen, so viel Zeit haben wir für einen Weg zur Verkehrswende nicht. Das muss heute schneller gehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schaue meinen Kollegen aus meinem Wahlkreis, Alexander Licht, an. Er weiß, die Energiewende bringt Arbeitsplätze und wirtschaftliche Erfolge. Ein gutes Beispiel ist die Energielandschaft Morbach. Dort hat ein innovativer CDU-Bürgermeister die Chance ergriffen, nicht nur eine hervorragende und vorbildliche Energielandschaft aufzubauen, sondern er hat sozusagen direkt daneben auch eine Integrierte Gesamtschule gebaut. Das ist die Realität der Politik vor Ort. Es gilt, jenseits von Parteipalaver rechts und links vernünftig zu handeln.

Wir werden die Energiewende weiter vorantreiben. Ich denke, damit werden wir auch manchen CDU-Bürgermeister im Land glücklich machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt bei der SPD)

Zur Energiewende und zum Klimaschutz gehört zwingend die Verkehrswende. Ohne eine Wende in der Verkehrspolitik ist der Klimawandel nämlich nicht zu stoppen. Der Verkehr ist die am schnellsten wachsende Quelle für die Treibhausgasimmission. Dieser Sektor verursacht rund 30 % des Ausstoßes in der EU. Größtenteils stammt das vom Straßen- und Luftverkehr.

Uns ist bewusst, dass wir gesellschaftlich da noch am Anfang stehen. Ich denke, mit den Punkten, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, nämlich eine Infrastruktur zu verfolgen, die eine nachhaltige Mobilität fördert, den öffentlichen Verkehr stärkt und dabei zum Ziel hat, die Menschen zu verbinden, haben wir einen guten Weg beschritten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht bei einer zukunftsorientierten Infrastrukturpolitik nicht mehr darum, herkömmliche Straßen zu bauen. Es geht nicht darum, allein in neue Straßen zu investieren, sondern es geht um einen ganzheitlichen Blick auf die Infrastrukturmaßnahmen. Die können und müssen sehr unterschiedlich sein. Was zum Beispiel im städtischen Bereich ein besserer Takt im Bereich des ÖPNV ist, ist auf dem Land ein größeres Angebot an flexiblen Mobilitätsangeboten. Ich nenne hier als Beispiel den Bürgerbus.

Mobil im ländlichen Raum und im Übrigen auch in den Stadtrandgebieten ist er eine Maßnahme, dem Ausbluten unserer Dörfer entgegenzuwirken. Ich weiß aus meiner kommunalpolitischen Arbeit und aus Gesprächen mit vielen Ortsbürgermeistern in meinem Kreis – viele Ortsbürgermeister sind dort in der CDU –, dass es ein gemeinsames Wollen gibt, in diese Richtung zu gehen.

Deswegen hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, solche Modelle zu fördern, damit den Gemeinden und kleinen Dörfern die Gelegenheit gegeben wird, das Leben auf dem Lande, das möglichst lange Leben zu Hause, das zu Hause alt werden im ländlichen Raum so zu unterstützen, dass man den Menschen flexible Versorgungsangebote beispielsweise im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs machen kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Oft genug ist sie Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Dafür braucht es gut instandgesetzte Straßen. Wir haben verabredet, es wird in dieser Legislaturperiode ein Hauptanliegen sein, dass Sanieren vor Planieren geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu benötigte man nicht wirklich den richtigen Hinweis des Rechnungshofes im April. Wir wissen, dass im Laufe der Zeit die Straßen marode werden. Wir halten es daher haushalts- und wirtschaftspolitisch für den richtigen Weg, dort zu investieren.

Uns freut, dass es uns im Koalitionsvertrag gelungen ist zu vereinbaren, die künftigen Anmeldungen und Fortschreibungen für den nächsten Bundesverkehrswegeplan im Einvernehmen zu prüfen und zu justieren und die Aufgabenstruktur des Landesbetriebs Mobilität im Einvernehmen unter die Lupe zu nehmen.

Lieber Alexander Licht, wenn wir das machen, handeln wir verantwortlich. Natürlich müssen dem Landesbetrieb Mobilität andere Aufgaben zugewiesen werden, als ausschließlich neue Straßen zu planen, wenn wir in eine moderne Infrastrukturpolitik gehen wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese neuen Straßen und Brücken müssten bezahlt werden. Das wäre ein Unterhalt, den letztlich unsere Kinder und Kindeskinde tragen müssten.

Ich möchte noch an einigen Beispielen kurz darstellen, was wir konkret meinen. Ich nenne Verkehrsprojekte in Trier. Ich weiß, die CDU ist damit überhaupt nicht glücklich, dass wir gemeinsam gesagt haben, Projekte wie die Meulenwaldautobahn oder den Moselaufstieg werden wir überprüfen und alternative Lösungen suchen, die diese Straßenbauvorhaben überflüssig machen.

Denn genau das ist der Weg, den eine zukunftsfähige Mobilität gehen muss, Regionalbahnen zusammen – wir sind in Europa – mit unseren europäischen Nachbarn in Luxemburg zu fördern und ein gemeinsames Verkehrskonzept zu entwickeln, das die Bedürfnisse der Stadt Trier und des Umlands befriedigt, ohne dass wir Millionen wieder neu in Straßenbau ausgeben müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Pörksen, SPD)

Zur Mittelrheinbrücke sage ich, das „Bessere ist der Feind des Guten“; denn wir sind überzeugt, dass die Lösung, die wir uns jetzt gemeinsam zu eigen gemacht haben, die Fähren länger laufen zu lassen, die bessere Lösung ist gegenüber einem Brückenbauvorhaben, das letztendlich noch von den Landkreisen finanziert werden sollte, bei dem die Anbindungen überhaupt noch nicht überlegt worden waren und die wiederum – ich finde, das ist ein ganz wichtiges Teil – in ein Weltkulturerbegebiet gebaut worden wäre, wobei man sich schon die Frage stellen muss, ob wir uns da nicht selbst den Tourismus, diese Schiene auch des wirtschaftlichen Erfolgs, kaputt machen.

Zum Hochmoselübergang muss ich jetzt auch noch etwas sagen, weil der hier einige Male angesprochen worden ist und ich schon einigermaßen empört bin, was Frau Klöckner, die jetzt leider nicht da ist, aber ich sage es ihr gern auch noch einmal persönlich, da behauptet hat.

(Frau Thelen, CDU: Wir geben es weiter! – Ernst, CDU: Was denn?)

Natürlich haben wir gar keine Wahlversprechungen machen können. Wenn eine das nicht hat machen können, wenn eine sicher nicht den Menschen vor Ort hätte garantieren können „Ich garantiere euch, dass diese Brücke nicht gebaut wird“, dann bin ich es gewesen.

(Abg. Frau Klöckner, CDU, begibt sich auf ihren Platz)

Ich habe zusammen mit Frau Lemke und Herrn Köbler natürlich die Menschen dort unterstützt und nicht erst im Wahlkampf, liebe Frau Klöckner,

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

sondern ich bin eine derjenigen, die vor 13 Jahren diese Bürgerinitiative gegründet haben, die über viele Jahre den Kampf mit gefochten hat, die alle Höhen und Tiefen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mitgemacht hat. Nachdem im letzten Jahr weitere Pflöcke eingeschlagen worden waren, habe ich natürlich gesagt: Wir werden alles versuchen. – Natürlich wollten wir dieses Brückenbauvorhaben weder vor 13 Jahren noch jetzt. „Wir werden alles versuchen, um dort noch eine Wende einzuleiten.“: Genau dieses Wahlversprechen haben wir eingelöst. Mehr kann ich als seriöse Politikerin nicht.

Ich mache jetzt auch schon einige Jahre Politik. Ich habe es nicht nötig, meine Wählerinnen und Wähler vor der Wahl irgendwie zu täuschen, zu belügen, falsche Versprechungen zu machen. Das ist nicht meine Haltung. Das war nicht meine Haltung, und es wird auch in Zukunft nicht meine Haltung sein.

Natürlich nehme ich jetzt die Kritik derjenigen, die enttäuscht sind, die gehofft haben, Grüne könnten noch im letzten Moment das Unmögliche möglich machen, sehr ernst. Es ist auch meine Enttäuschung. Aber: Im Leben und leider auch in Regierungsbeteiligungen muss man Kompromisse machen. Wir haben nicht 50 % bekommen, leider noch nicht einmal an der Mosel. Wir haben uns in schweren Verhandlungen annähern müssen und auf Projekte einigen müssen, die wir für zukunftsfähig halten, bei denen wir eine Wende, eine Verkehrswende, eine Energiewende einleiten können und werden. Wir mussten bitter einsehen, dass die Hochmoselbrücke ein Symbol verfehlter Verkehrspolitik bleiben wird – leider einzementiert.

(Dr. Weiland, CDU: Das sehen wir ganz anders!)

Ich fürchte als jemand, die dort vor Ort lebt – und natürlich auch als Grüne –, es wird ein Mahnmal werden für eine verfehlte Verkehrspolitik,

(Zurufe von der CDU)

nicht für eine zukünftige nachhaltige Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, wie wir GRÜNE sie wollen. Ich stelle mich da jedem und jeder, der ernsthaft mit mir darüber reden will bzw. mit uns darüber reden will, der Nachfragen hat. Frau Klöckner, ich habe auch für Sie jederzeit ein offenes Ohr, falls Sie an dieser Stelle noch Nachfragen haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Ich war am Montag in Berlin im Bundestag zu einem Fachgespräch eingeladen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Na ja, das ist jetzt nicht so verwunderlich, weil ich Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Verkehr der GRÜNEN seit fünf Jahren bin. Ich bin auch Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft „Mobilität und Verkehr“ der GRÜNEN. Der Termin war schon vorher vereinbart.

Es ging um diese Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes. Ich will Sie jetzt gar nicht mit irgendwelchen fachlichen Einzelheiten traktieren, aber was mir dort auch im Gespräch mit den Fachleuten noch einmal aufgefallen ist, ist, dass sich zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur und Verkehrspolitik an bedarfsorientierten flexiblen intelligent vernetzten Mobilitätsangeboten orientieren muss. Ich denke, wir haben im Koalitionsvertrag dazu einen Aufschlag gemacht. Es liegt sicher an uns allen – ich lade Sie herzlich ein mitzumachen –, in den nächsten fünf Jahren tatsächlich entscheidende Weichen zu stellen. Ich freue mich auf eine gemeinsame Zusammenarbeit mit Ihnen an einer nachhaltigen Mobilität.

Danke schön.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Vielen Dank.

Für die SPD-Fraktion hat nun der jüngste Abgeordnete unseres Hohen Hauses, Herr Kollege Oster, das Wort.

(Beifall im Hause)

**Abg. Oster, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich erst einmal vorstellen. Mein Name ist Benedikt Oster. Ich bin 22 Jahre alt, der jüngste Abgeordnete, wie gerade angesprochen.

(Pörksen, SPD: Alt?)

Ich komme aus Binningen, einer ländlichen Region in der Voreifel

(Frau Meurer, CDU: Mit Brücke!)

und darf meiner Fraktion recht herzlich Danke schön sagen, dass sie mir die Ehre gegeben hat, heute hier zu stehen und zu sprechen. Ich weiß dies sehr zu schätzen, weil das immer ein gewisser Kindheitstraum von mir war.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist noch gar nicht so lange her, da stand ich mit meiner 9. Klasse dort oben und habe mir eine Plenarsitzung angeschaut und dachte: Da willst du einmal im mittleren Alter stehen.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Ich möchte heute den Koalitionsvertrag aus der Sicht eines Jugendlichen Revue passieren lassen und möchte Ihnen das aus meiner Sicht ein bisschen darlegen. Ich habe mir dafür gewisse Kernpunkte und Kernbereiche herausgestrichen. Ich habe angefangen zu lesen bei dem Schwerpunkt „Bildung“, für mich persönlich ein Punkt, von dem ich sage, er ist wichtig für unsere Zukunft und für unsere Kinder.

Wenn ich die ersten Überbegriffe zitieren darf, dann finde ich dort „Talente“, „stark“, und jetzt würde jeder von Ihnen vielleicht sagen „Förderung“. Aber diese Landesregierung hat unterstrichen „mit einer individuellen Förderung“. Das ist für mich ein zukunftsweisender Weg. Dafür recht herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In unserem Land ist es möglich, von der Kita bis zur Hochschule ein gebührenfreies staatliches Bildungsangebot zu nutzen. Es gibt etliche Punkte, die ich weiterführen könnte, z. B. wohnortnahes Lernen. Da spreche ich als einer, der aus einer kleinen Region kommt und weiß, wie wichtig es ist, dass wir die kleinen Grundschulen weiter erhalten.

400 einzügige Grundschulen haben wir. Dafür müssen wir uns einsetzen. Große Schulen sind schön und gut, aber unsere Kinder in der ländlichen Region brauchen diese Schulen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt nicht von ungefähr, dass wir die Klassen schrittweise verkleinern. Damit helfen wir unseren Lehrern, aber auch den Schülern, weil der Unterricht und der Stoff viel einfacher vermittelt werden können.

Es geht weiter mit einer kostenlosen Schülerbeförderung bis zur 10. Klasse. Das alles ist möglich.

Ich könnte weitere Punkte aufführen, aber dann würde ich noch in zehn Minuten hier stehen und über Bildung sprechen. Man sieht aber, dass dieser Koalitionsvertrag voller Inhalte ist.

(Unruhe bei der CDU)

Er enthält keine leeren Worte.

Zum Schluss möchte ich noch einen ganz, ganz wichtigen Punkt bringen.

(Unruhe bei der CDU)

– Ich bitte die Opposition, bei meiner Jungferrede doch etwas Rücksicht zu nehmen.

(Pörksen, SPD: Das ist sehr ungehörig, was ihr da macht!)

Meines Wissens macht man das.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich komme zu dem zweiten Aufgabenbereich, den ich ansprechen will und der mir sehr am Herzen liegt. Das ist die Jugendarbeit. Darüber haben wir im Laufe des heutigen Tages noch relativ wenig gesprochen. Auf diesen Bereich möchte ich eingehen. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag: Jugendliche zu engagierten Mitgliedern unserer Gesellschaft zu entwickeln und sie in den Strukturen zu stärken. – Da sind wir wieder bei der Stärkung. Es ist für mich ein ganz wichtiges Ziel, gerade die Jugendlichen mehr einzubinden und sie danach zu fragen, wo es brennt. Das ist für mich ein wichtiges Ziel, das wir alle für die Zukunft beachten sollten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wenn ich von Jugendförderung spreche, muss ich auch das Netzwerk Partizipation ansprechen, von dem ich sehr viel profitiert habe und durch das ich zum Teil mit Frau Ahnen an vielen Rhetorikseminaren teilnehmen durfte. Ich meine, da befinden wir uns auf einem richtigen Weg. Diesen Weg sollten wir in dieser Form weitergehen.

Nahtlos komme ich zu einem schwergewichtigen Thema. Da bitte ich alle, auch die Opposition, um Unterstützung, nämlich beim Wahlalter ab 16. Ich möchte das ansprechen, weil mir das eine Herzensangelegenheit ist. Ich habe in unzähligen Veranstaltungen vor Ort mit Jugendlichen gesprochen und sie gefragt: Was haltet ihr vom Wahlalter ab 16? Was für Bedürfnisse habt ihr? – Der große Tenor war doch: Wir wollen früher mitentscheiden. –

Da möchte ich ein Beispiel anbringen, so wie es mir selbst ging, als ich 16 Jahre alt war. Ich wollte in den Jugendclub eintreten und mitentscheiden, aber ich durfte nicht. Der Bürgermeister sagte: Stell dich noch zwei Jahre an. Dann bist du 18 und kannst mitreden. – Genau das ist der Punkt, weshalb ich sage: Wir brauchen das Wahlalter ab 16 Jahren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Jetzt habe ich viel über die Jugend gesprochen und sehe, dass meine Redezeit so langsam zu Ende geht. Ich möchte es aber nicht versäumen, auch aus der Sicht eines Arbeiters zu sprechen; denn ich bin ein Arbeiter. Deshalb möchte ich auch ganz klar etwas zur guten

Arbeit sagen. Da zitiere ich noch einmal aus dem Koalitionsvertrag: Fairness auf dem Arbeitsmarkt; für alle Chancengleichheit. – Ich meine, das sollten wir in unserer Gesellschaft öfter bedenken. Das ist ein ganz wichtiger Bestandteil. Nur so können wir weitergehen und vor allen Dingen auch weiterkommen.

Ich stehe ganz bewusst hinter dem großen Ziel, flächendeckend den gesetzlichen Mindestlohn umzusetzen; denn nur damit ist es Leiharbeitern möglich, dass man sie gleich wie normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer behandelt. Das ist ein ganz, ganz wichtiges Ziel für unsere Zukunft.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Zum Schluss meiner Rede möchte ich unseren geschätzten Bundespräsidenten Christian Wulff zitieren, der im vergangenen Jahr hier in Rheinland-Pfalz gesagt hat: Das Land Rheinland-Pfalz ist ein Land mit Zukunft. – Da stimme ich ihm zu 100 % zu. Genauso ist aus meiner Sicht das Land Rheinland-Pfalz ein Land mit Zukunft.

Recht herzlichen Dank an die Landesregierung.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Frau Klamm:**

Ich meine, das war eine gute Jungferrede für einen solch jungen Mann mit 22 Jahren. Ich meine, er hat politisches Talent. Das darf ich auch einmal von hier oben aus sagen.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann darf ich dem Ministerpräsidenten das Wort erteilen.

(Unruhe bei der CDU)

#### **Beck, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Begeisterungsrufe der Opposition zur Kenntnis genommen, aber Sie haben wohl doch nicht erwartet, dass es eine Debatte über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten geben könnte, ohne dass der Ministerpräsident zu dem, was Sie gesagt haben, Stellung nimmt. Das wäre doch wohl etwas despektierlich gegenüber dem Parlament.

Verehrte Frau Präsidentin, wenn Sie mir das erlauben, möchte ich aber zunächst sagen, dass wir nach der Rede unseres jungen Kollegen Oster und als ich die Begeisterung von Frau Schellhammer sah, die nur wenige Tage das Prädikat, die Jüngste zu sein, verfehlt hat, alle froh sein können – ich sehe auch in der CDU-Fraktion einige junge Kolleginnen und Kollegen –, dass wir junge Leute haben, die sich engagieren und die sich auf einen solchen Weg trauen. Deshalb ein Kompliment dafür von meiner Seite. Ich meine, wir alle sollten diesen jungen Kolleginnen und Kollegen helfen, dass sie ihren

Weg gehen. Lieber Kollege Oster, das ist für sich genommen auch ein Stück Zukunft für unser Land.

Ich habe gerade daran gedacht, dass ich immerhin schon 30 Jahre war, als die konstituierende Sitzung vor 32 Jahren stattgefunden hat, an der ich zum ersten Mal teilnehmen konnte. Er ist mit 22 Jahren dabei. Frau Schellhammer, bei Ihnen sind es nur wenige Tage mehr. Was kann daraus also noch alles werden?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir doch einige Bemerkungen, weil ich meine, dass man einige Fakten aus der Sicht der Landesregierung, aus meiner Sicht, noch einmal darstellen sollte, wobei ich mich sehr herzlich bei Frau Kollegin Lemke für ihre engagierte Rede namens der Landesregierung bedanke. Diese Bereiche muss ich dankenswerterweise nicht mehr ansprechen.

Ich will zunächst etwas zur wirtschaftspolitischen Debatte sagen, die hier geführt worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, wir tun gut daran, wenn wir die Ausgangsposition nicht schlechterreden als sie ist. Ich habe diesen Punkt noch einmal aufgenommen, nachdem Herr Kollege Licht geredet hatte, weil ich da wieder an meine Worte von vor ein paar Monaten bei der Haushaltsdebatte erinnert worden bin, nämlich wenn man zuhört, könnte man den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern nur zurufen: Packt eure Kinder, die Koffer und die Haustiere ein und verschwindet schnell aus Rheinland-Pfalz. Es ist unerträglich. – Sie alle wissen, das ist ein Zerrbild und hat nichts mit der Realität der Menschen in diesem Land zu tun.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Hering hat gesagt, dass die Wirtschaftsdaten die Wirtschaftskraft unterstreichen, aber ich will das doch noch einmal in Ihre Erinnerung rufen, meine Damen und Herren. Bundesweit beläuft sich das Wirtschaftswachstum auf 3,6 %, während es sich in Rheinland-Pfalz auf 4,8 % beläuft.

(Frau Thelen, CDU: Das Spielchen haben wir schon gespielt, Herr Beck! Die Statistik konnte ich Ihnen in der letzten Debatte widerlegen! In den letzten zehn Jahren stehen wir in der Statistik ganz schlecht da!)

– Ach, Sie mit Ihren Statistiken. 4,8 % Steigerung!

Jetzt müssen Sie sich noch ein paar Daten anhören. Ich hätte es sonst, nachdem ich die Arbeitslosenquote hinzugefügt hätte, damit bewenden sein lassen. Jetzt will ich die Exportquote nennen. Ist eine Exportquote von 52,8 % – Stand Februar 2011 und damit die letzte zur Verfügung stehende Zahl – bei einem Bundesdurchschnitt von 47 % Ausdruck für die Schwäche oder für die Stärke der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich nenne noch ein paar Zahlen. Ihre apokalyptischen Betrachtungen sind den Menschen nicht mehr zuzumuten.

Im März dieses Jahres betrug die Industrieauftragszugänge in Rheinland-Pfalz 14,9 % und im Bundesdurchschnitt 8,4 % und im Vormonat in Rheinland-Pfalz 15,9 % und im Bundesdurchschnitt 7,9 %, um die Kurve zu verdeutlichen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Was soll diese Schwarzmalerei an einem Stück? Ich könnte nicht mehr leben, wenn ich so negativ denken und alles betrachten würde, wie Sie es tun.

(Beifall der SPD)

Es muss Ihnen doch auch wehtun, wie Sie die Welt sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir über die Entwicklung, die Entwicklungschancen und die Basis reden, von der wir ausgehen – das ist in den bisherigen Beiträgen immer eingefordert worden –, werde ich darauf eingehen. Schauen Sie sich einmal die Arbeitsproduktivitätsentwicklung an. Sie beträgt in Rheinland-Pfalz 4,1 % und bundesweit – – –

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

– Es kommt doch auf die Entwicklung an. Es kommt doch nicht darauf an, wo man vor 20 Jahren war, sondern dass man weitergekommen und zwischenzeitlich an der Spitze angelangt ist.

Liebe Frau Kollegin, das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das geht mit der Zahl einher, die Hendrik Hering genannt hat, nämlich dem größten Zuwachs an Erwerbstätigkeit, den irgendjemand in einem vergleichbaren Zeitraum erreicht hat. Wir haben trotz hoher, weit überdurchschnittlicher Produktivität so viele Menschen in Arbeit, wie wir noch nie hatten. Das ist doch ein Zustand, den wir gemeinsam alle nur wollen können.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Eine hohe Produktivität heißt eine günstige Kostenstruktur und eine hohe Erwerbstätigkeit. Dem müssen wir noch den Maßstab der sozialen Gerechtigkeit hinzufügen, was wir gute Arbeit nennen.

Frau Klöckner, der ganze Bereich der Arbeit war Ihnen kein einziges Wort wert. Ich habe Ihre Argumente mitgeschrieben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land können sich auf die GRÜNEN und uns verlassen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Versuchen Sie doch einfach, sich wieder die Kraft zurückzuerwerben und darüber zu freuen, dass wir uns im Ausgang einer Wirtschaftskrise mit 5,4 % Arbeitslosigkeit weiß Gott sehen lassen können. Sie wissen, dass wir eine Reihe von Regionen in diesem Land Rheinland-Pfalz haben, bei denen wir von Vollbeschäftigung reden können.

(Dr. Wilke, CDU: Dank Luxemburg!)

– Dank Luxemburg, mein Gott im Himmel. Es ist wirklich wahr. Wenn sich der Mond nicht um die Erde drehen würde, hätten wir nicht Ebbe und Flut. Das alles hat etwas miteinander zu tun.

Herr Kollege, Sie haben völlig recht. Wir leben auch nicht allein auf einer Insel. Um uns herum befinden sich Luxemburg, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland. Auch das Elsass und Lothringen befinden sich vor unserer Tür. Von dort kommen unzählige Menschen, die jeden Tag zu uns pendeln, um hier zu arbeiten.

Wenn wir europäisch denken, müssen wir diese Lage nutzen. Ich stelle fest, wir sind für die Luxemburger das Einkaufsland und zunehmend auch das Land, in dem viele Menschen Grunderwerb tätigen, um zu bauen, weil sie sich hier wohlfühlen. Trotzdem arbeiten sie weiterhin in Luxemburg. Gott sei Dank ist das so. Welcher Einwand ist denn das?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben an vielen Stellen Vollbeschäftigung, und zwar nicht nur dort, wo wir Nachbarschaften zu Luxemburg haben. Damit haben wir ein wichtiges Etappenziel erreicht. 5,4 % Arbeitslosigkeit kann uns nicht zufriedenstellen, zumal wir, wenn wir genauer hinsehen, auch Problemgruppen haben. Das sind Menschen, die lange oder zumindest länger arbeitslos sind. Für diese wollen wir Perspektiven eröffnen; denn wir brauchen sie heute und werden sie morgen noch mehr brauchen.

Wenn ich über die wirtschaftlichen Tendenzen bei einem hohen Stand von Erwerbstätigkeit rede, müssen wir uns – das war einer der Schwerpunkte meiner Regierungserklärung – mit der Frage auseinandersetzen, wie wir den erkennbaren Fachkräftebedarf sicherstellen, angefangen von der Bildung und Ausbildung als Wert für zukünftig gut ausgebildete, selbstständige, qualifizierte, eigenständige und hoffentlich auch zufrieden lebende Menschen, aber auch als ein Teil der Betreuung, der Ganztagsangebote und damit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Chance, dass junge Familien bei uns bleiben oder zu uns kommen. Damit wird dem Fachkräftebedarf entgegengesteuert.

Es ist ein bisschen zu kurz gekommen – ich glaube nicht in der Regierungserklärung, aber in Teilen der Debatte –, dass wir darauf angewiesen sein werden, ein offenes Land zu sein. Wir werden uns in den nächsten fünf Jahren – davon bin ich fest überzeugt – nicht nur über Menschen unterhalten müssen, die aus Not oder wegen Verfolgung zu uns kommen.

Wir werden uns auch darüber unterhalten müssen, wie freizügig unser Arbeitsmarkt ist und wie wir ihn so organisieren und regeln, dass nicht auf einmal neue Konfliktsituationen unsere Gesellschaft auseinanderzureißen drohen.

Konfliktsituationen können dann entstehen, wenn Menschen sagen, ich gehe temporär woanders hin, beispielsweise aus Mitteleuropa in die Bundesrepublik, nach Frankreich oder wohin auch immer, und wenn Menschen wegen unregelmäßiger Arbeitsmarktsituationen für Löhne arbeiten, von denen ihre Kollegen aus Deutschland, Frankreich oder woher auch immer in unseren Teilen Europas ihre Familien nicht ernähren können.

Man kann doch sehen, dass wir das eine wahrscheinlich brauchen und das andere leisten müssen. Wir müssen diese Ordnung schaffen, damit wir den Bedarf menschengerecht für die, die kommen, aber auch verträglich für die, die da sind, entsprechend organisieren. Davon hat die Regierungserklärung gesprochen. Darüber hat die Opposition kein Wort gesprochen.

Ich finde, deshalb lohnt es sich, gegen Ende dieser Debatte über diese Fragen zu reden; denn das ist eine Einstellungsfrage. Das ist eine Frage, die man nicht damit beantworten kann, dass man beim nächsten Wahlkampf wieder darüber philosophiert, wie es mit dem muttersprachlichen Unterricht an den Schulen wäre, um möglichst Ressentiments von Menschen zu wecken und damit politische Ströme auf die eigenen Parteimühlen zu lenken.

Darüber müssen wir reden. Das sind Grundzüge der Arbeit, die in den fünf Jahren vor uns steht. Ich hätte mir gewünscht, dass wir dazu etwas gehört hätten.

Für diese Regierung kann ich sagen, auch nachdem Herr Hering, Herr Köbler und die Kolleginnen und Kollegen danach geredet haben und was Frau Kollegin Lemke ausgeführt hat, dass Sie davon ausgehen können, dass wir willens sind, diese Fragen konstruktiv zu lösen und in einem offenen Land zu leben, das nicht nur, wie ich es eben auch getan habe, von einer hohen Exportquote schwärmt, sondern die Verantwortung, die damit auf uns zukommt, in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Organisation, der politischen Orientierung und der Werteorientierung freiheitlich sozial wahrnimmt, um nicht mit einem neoliberalen Bild in Verwechslung zu kommen. Es ist mir wichtig gewesen, das noch einmal anzusprechen, weil es nicht ausreichend beleuchtet worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein Wort. Frau Klöckner hat versucht, sich dadurch Lacher zu erwerben, indem sie einen Satz aus der Koalitionsvereinbarung zum Thema der Selbstorganisation des Bekennnisses auch der Wirtschaftskammern zitiert hat.

Das sind nicht nur IHK und HWK. Das sind die ganzen Kammern von freien Berufen etc.

Ich weiß nicht, wie Sie die letzten Monate und Jahre beobachtet haben.

(Zuruf von der SPD: Gar nicht!)

Es ist keine Selbstverständlichkeit, die wir hineingeschrieben haben. Sie wissen, es gibt einen beachtlichen Teil von Unternehmerinnen und Unternehmern, die uns ständig drängen, die Pflichtkammerbeiträge und damit die Pflichtmitgliedschaft oder umgekehrt abzuschaffen. Natürlich müssen wir uns mit der Frage der freiheitlichen Organisation einzelner Unternehmen und dieser Bündelungsfunktion auseinandersetzen.

Wir haben es hineingeschrieben, weil wir uns für die Bündelungsfunktion mit entschieden haben und auf diese Art und Weise hoffen, dass in Zukunft diese Kammern einen Teil dessen, was ansonsten staatlich organisiert werden müsste, als Selbstverwaltung organisieren: die Organisation beider Teile der beruflichen Bildung, die Prüfungsausschüsse, Weiterbildungsansätze, die wir vorantreiben müssen, denen in den kommenden Jahren ein deutlicher Schwerpunkt gelten muss.

Es ist keine Selbstverständlichkeit und schon gar nichts, worüber man sich Lacher erheischen sollte. Es ist ein für uns nicht leichtes, klares Bekenntnis, das wir in Kenntnis der Auseinandersetzung getroffen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen doch auch, welche Kämpfe die Kammern in der inneren Organisation, in Fehlverhalten und Ähnlichem zu bestehen hatten und zu bestehen haben. Vor diesem Hintergrund dennoch diese klare Entscheidung zu treffen, hat keine Häme verdient, sondern Nachdenken.

Rainer Brüderle hat immer gesagt, zuerst grübeln und dann dübeln. Da hat er recht gehabt.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch in aller Kürze ein Wort zu dieser Infrastrukturdebatte sagen.

Ich glaube, es ist klar geworden, dass die Koalitionsfraktionen bei konkreten Infrastrukturprojekten nicht in der Grundüberzeugung einer fairen Infrastruktur in Stadt und Land, aber bei konkreten einzelnen Projekten sehr unterschiedliche Einschätzungen haben. Ich finde, an einer solchen Stelle – da will ich das unterstreichen, was Herr Kollege Köbler gesagt hat – hat es keinen Sinn auszuweichen. Da muss man klar entscheiden. Deshalb hat jeder seine Schmerzen zu tragen.

Ich sage noch einmal, wer nicht in der Lage ist, an solchen Stellen tragfähige Kompromisse zu schließen, der wird am Ende nicht mehr in der Lage sein, unter Demokratinnen und Demokraten regierungsfähige Mehrheiten zusammenzustellen. Wir haben solche Länder in Europa. Schauen Sie sich an, wie die Hängepartie in Belgien ist. Ich muss da gar nicht auf den Balkan oder sonst irgendwohin schauen.

Deshalb, die Kraft zum Kompromiss gehört dazu. Die Frage, ob man, wenn man über einen Schatten springen muss, was einem an der einen oder jenen Stelle nicht leicht fällt, trotzdem die Kraft hat, unter dem Strich zu werten, dann ist das und wird das, was vereinbar ist, was an Gemeinsamkeiten da ist, nach der eigenen Überzeugung und jeweils eigenen Verantwortung aller Abgeordneten dieser Koalition und derjenigen, die in Funktionen gewählt worden sind, tragfähig, sodass man diesen Weg miteinander gehen will, oder es reicht nicht.

Wenn man es mit Ja beantwortet, dann muss man auch zu dem Teil der Kompromisse stehen, die einem schwergefallen sind. Alles andere würde mit wem auch immer und an welcher Stelle auch immer zur Koalitionsunfähigkeit und am Ende zur Handlungsunfähigkeit führen.

Die Verantwortung haben wir; denn eins wollten alle von uns, von allen 101 Abgeordneten, die wir in dieses Parlament gewählt worden sind. Die Menschen wollten, dass dieses Land anständig regiert und von der Opposition, wer immer in der Opposition ist, verantwortlich begleitet wird. Wir dürfen davon ausgehen, dass das die Menschen gewollt haben. Deshalb ist uns die Kraft zum Kompromiss abverlangt, und wir haben insgesamt einen guten Kompromiss miteinander gefunden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie unterschiedlich man Dinge sehen kann, merken Sie an einzelnen Infrastrukturprojekten. Natürlich gibt es, wenn ich an die B 10 denke, sehr unterschiedliche Positionierungen, nicht nur zwischen den Koalitionspartnern, zwischen der Südpfalz, meiner Heimat, und der Südwest- oder Westpfalz, und jeweils mit Argumenten, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann.

(Frau Ganster, CDU: Bürgerbefragung!)

– Frau Kollegin, wir führen ein Mediationsverfahren durch, das Sie gerade schlechtreden wollen. Das ist ein vernünftiger Ansatz.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Sie müssten es wissen. Der jungen Kollegin mache ich keinen Vorwurf.

Sie müssten wissen, dass das Mediationsverfahren entlang der beiden Vorschläge, die wieder eingespeist waren, sehr nahe an einer einvernehmlichen Regelung gewesen ist. Diesen Versuch erneut zu machen, lohnt. Deshalb stehe ich zu diesem Weg mit dem klaren Willen einer Verbesserung der Verkehrssituation auf der B 10. Das muss am Ende stehen. Das haben wir vereinbart.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Baldauf, CDU: Also vierspurig!)

Oder A 643. Ich schaue mich um. Ich sehe den Herrn Kollegen Schreiner nicht. Normalerweise hört man ihn wenigstens, wenn man ihn nicht sieht.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

– Ich habe mir heute schon so viele Lustigkeiten anhören müssen. Da müssen Sie das auch ertragen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich sehe Herrn Kollegen Schreiner nicht. Aber ich sehe Herrn Kollegen Reichel.

Ist es denn unschicklich, weder bei Ihnen noch bei uns, dass man in der Frage einer Verbesserung der Verkehrsanbindung durch dieses Verkehrskreuz Mainz – Wiesbaden – Frankfurt darüber nachdenkt und abwägt, wie man ein hochsensibles Gebiet des Naturschutzes und eine Verbesserung der Durchlässigkeit der Verkehrskapazität einer Straße vielleicht so löst, wie wir es jetzt lösen werden, nämlich dann, wenn Verkehrsströme geballt in eine Richtung fließen – das ist morgens in diesen Ballungsraum hinein und abends aus diesem Ballungsraum heraus.

Ansonsten hat noch nie jemand bestritten, dass eine solche Infrastruktur vierspurig mit zwei Standspuren nicht ausreichend wäre. Wenn man dann eine Lösung finden kann, das intelligent zu lenken, wäre es geradezu dumm, wenn wir es nicht machen würden. Deshalb gehen wir diesen Weg ökologisch, ökonomisch, verkehrstechnisch vernünftig und viel billiger, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich will es mit diesen beiden Beispielen dabei bewenden lassen, weil es mir vielmehr darum geht – – –

(Zuruf des Abg. Günther, CDU)

– Ja, Herr Kollege Günther, deshalb habe ich dazu Stellung genommen. Bringen Sie ein Argument, das mein Argument, das ich Ihnen dargelegt habe, sticht. Eines, das mit Daten und Fakten gestützt ist und nicht mit Behauptungen und Emotionalitäten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN  
Zuruf des Abg. Günther, CDU)

– Dann fragen Sie doch einmal Herrn Reichel, warum er der gleichen Meinung ist wie ich. Nur weil er nichts davon versteht? – Er war die ganze Zeit Beigeordneter in dieser Stadt. Ich glaube, er wusste mindestens so gut, wovon er redet, wie Sie wissen, wovon Sie reden. Deshalb argumentiere ich so, wie ich das gerade getan habe.

Ich bin überzeugt, das ist richtig. Weil wir gemeinsam von der Richtigkeit überzeugt sind, werden wir es deshalb so machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Klöckner hat versucht – – – Es gehen nicht immer alle vorbedachten Spiele auf, zu denen man Lacher bekommt, oder wenn man auf den angeblichen

Widerspruch einer Fraktion eingeht, die keinen Mucks gemacht hat, weil es auf dem Blatt steht.

Es geht nicht immer alles auf. Solche Erfahrungen haben wir alle schon einmal gemacht.

(Frau Klöckner, CDU: Sie auch!)

– Ich früher auch einmal. Heute ist es seltener, das sage ich Ihnen offen, aber es passiert auch einmal gelegentlich. Aber eines, Gags auf ein Blatt geschrieben, das werden Sie bei mir noch nie gefunden haben, davon können Sie ausgehen.

(Heiterkeit bei der SPD –  
Ernst, CDU: So ist er halt!)

– Ich bin so, und so bleibe ich auch. Die Wählerinnen und Wähler haben das 17 Jahre für gut befunden und für weitere fünf Jahre auch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

– Lieber Herr Ernst, fünf Jahre sind eine lange Zeit, da müssen Sie sich noch oft aufregen.

(Heiterkeit bei der SPD –  
Ernst, CDU: Ich bin dazu bereit, Herr  
Ministerpräsident! –  
Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

– Ich weiß es. Ich habe ja nur Sorge um Ihre Gesundheit.

(Ernst, CDU: Bei unserer Gewichtsklasse ist  
das kein Problem! –  
Heiterkeit bei der CDU)

– Alles Landeskinder, Sie auch. Da Sie jetzt unmittelbar neben dem Platz sitzen, auf dem früher der Kollege Keller gesessen hat, fürchte ich, dass die Aufregung gelegentlich ins Unermessliche steigen könnte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

„Schau'n mer mal“, sagt der bayerische Philosoph. Aber zum Ernst der Dinge zurück.

Dass beim Nürburgring polemisiert wird und es auch tatsächlich Gründe zur Kritik gibt, das alles haben wir schon – ich weiß nicht wie viel hundert Mal – debattiert.

(Baldauf, CDU: Leider! Das ist so!)

– Herr Kollege Baldauf, wissen Sie, wenn wir über all das, was wir „leider“ über Ihre Probleme schon hätten diskutieren müssen, geredet hätten, dann kann ich nur sagen: naja, gut.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Bitte nicht!)

Natürlich, wenn ein Fehler bei der Finanzierung gemacht worden ist, dann stand ich nie an und stehe nicht an, das mehr als nur zu bedauern. Aber das Argument, da

wäre jetzt sozusagen ein Trick gemacht worden, weil der Nürburgring in den Bereich Infrastruktur eingeordnet worden ist, ist bei ein bisschen Nachdenken nicht mehr zu halten.

Sie wissen, dass der Nürburgring, ich glaube es war 1936, in beginnender unglückseliger Zeit gebaut worden ist.

(Zurufe von der SPD: 1927!)

– 1927, Entschuldigung, also noch früher sogar.

Ich weiß auf jeden Fall eines, es gab nur einen Grund: Infrastruktur, nichts anderes. Deshalb ist es logisch, dass das ganze Projekt immer unter der Hauptüberschrift „Infrastruktur“ steht. Was denn sonst?

Deshalb erwarte ich, dass wir miteinander auch an solchen Stellen einigermaßen redlich diskutieren.

Ich habe voller Erstaunen erlebt, dass Menschen, die mir vor wenigen Wochen und Monaten Briefe geschrieben haben, wie schrecklich das alles wäre, mir jetzt Briefe schreiben, wie schrecklich es wäre, wenn das eine oder andere Rennen in einem Jahrfünft oder Jahrzehnt nicht mehr stattfinden würde.

Das wird auch nüchtern zu wägen sein. Da wird auch zu verhandeln sein. Da wird man nicht vorher seine Karten ausspielen. Wir haben eine klare Richtung vereinbart, die auch eingehalten wird, was öffentliches Geld angeht. Dann werden wir uns an den Verhandlungsergebnissen orientieren.

Aber dass dies ein Infrastrukturprojekt ist und nicht irgendein beliebiges Wirtschaftsinvestment, das will ich allerdings noch einmal deutlich machen, weil es als solches und an einer solchen Stelle schon gar nicht verantwortbar gewesen wäre, weil es nicht in einem Ballungsraum mit entsprechenden schnellen und kurzen Wegen als Zufahrt und damit als Nutzungsgrundlage für mehr Menschen liegt.

Lassen Sie mich einen dritten Punkt ansprechen, nämlich die Atomtechnologie. Wir haben – das haben die Regierungserklärung und die Reden deutlich gemacht – eine klare Positionierung, was das Ende der Atomkraft angeht – so schnell wie möglich. Wir werden uns auf der Basis der vorliegenden Länderanträge von rot-grünen Ländern bewegen und sehen, wie die Entwicklung ist, auch in der Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz in der kommenden Woche.

Wir werden auf einige Punkte Wert legen. Einer dieser Punkte wird sein, eine klare gesetzliche Grundlage zu schaffen, nicht irgendein Versprechen, weil ich Ihnen offen sage, von Tag zu Tag bekomme ich mehr Zweifel, ob die Zusagen seitens der Berliner Koalitionsfraktionen wirklich ehrlich gemeint sind.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Ich will nicht wieder erleben – vielleicht muss ich es erleben, aber nicht widerspruchslos –, dass man Lösungen serviert bekommt, die in langen Nächten aus den

Federn derjenigen stammen, die ein hohes materielles Interesse an den Atomkraftwerken haben, nämlich den großen Strom- und Energiekonzernen.

Dieser Zweifel ist heute bei der Lektüre der Presse nicht kleiner geworden. Ich rate, einmal nachzulesen, was die „Süddeutsche Zeitung“ unter der Überschrift „Regierung kommt Atomkonzernen entgegen“ schreibt.

Da ist offensichtlich – zumindest würde ich mich sehr wundern, wenn etwas anderes dahintersteckt –, wieder ein Deal gemacht worden ohne den Bundesfinanzminister, weil ich ihn für einen ehrlichen Mann halte und nicht glaube, dass er etwas heuchelt. Das glaube ich einfach nicht. Ich kenne ihn schon lange genug. Aber offensichtlich ist ohne ihn vereinbart worden, dass die Brennelementesteuer gekippt werden soll. Wie anders wären die Signale zu verstehen?

Hatte Hendrik Hering nicht recht, als er Sie gefragt hat: Wann bringen Sie denn Klarheit in Ihren Landesverband, Frau Kollegin Klöckner? – Herr Abgeordneter Dr. Fuchs, mit allem Respekt, ist aber doch ein klarer Protagonist und einer derjenigen, die versuchen, alles zu tun, um eine klare Haltung im Atomausstieg jetzt zu verhindern.

(Frau Elsner, SPD: Genau!)

Das ist doch nicht bestreitbar, oder es wird nur Falsches über seine Haltung geschrieben. Ich habe mir eine Diskussion angeschaut. Wenn ich es richtig weiß, hat sie bei PHOENIX stattgefunden. Da war er dabei. Das ist wenige Wochen her, lange nach Fukushima.

Wer zugehört hat, muss sagen, da war ein Mann zugegangen – das ist sein gutes Recht, dass er diese Meinung hat –, der eine 100 % andere Position hat, als die Bundeskanzlerin sie jetzt einnimmt.

Dass wir dort, wenn wir heute miteinander über die Haltung dieses Landes in einer solch elementaren Frage diskutieren, von der Opposition Klarheit erwarten, Ausstiegsszenario ja, meinetwegen à la Bundeskanzlerin, oder Vorbehalte mit Hintertürchen, wie sie beispielsweise der Abgeordnete Fuchs und andere, auch aus der FDP, ganz offensichtlich betreiben, das ist keine Überforderung einer Opposition, das ist die Frage, dass man an elementaren Punkten wissen muss, wo man hingehet. Gleichzeitig vor und zurück, das schafft keiner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine vierte Bemerkung, nämlich zu der Frage der Finanzen. Wissen Sie, niemand hat hier bestritten, dass wir in hohem Maße Konsolidierungsbedarf haben, niemand, aber ich beharre auf den Fakten und Zahlen. Sie sind alle nachlesbar und nachprüfbar.

Die Fakten und Zahlen – das habe ich Ihnen schon einmal in diesem Hohen Haus, nein, schon mehrfach, gesagt – geben nicht her zu behaupten, während meiner Regierungszeit und der vom Kollegen Scharping in den zweieinhalb Jahren seien die Schulden schneller gestiegen als früher. Die Zins-Steuer-Quote sagt etwas ande-

res. Sie war deutlich höher zu Zeiten der CDU-Regierung.

(Zurufe von der CDU)

– Das wollt ihr nicht hören, das sind aber die einzigen Maßstäbe, um die es geht. Wenn eine Gesellschaft reicher geworden ist, dann sind zwar mehr Schulden auch bedrückend, aber sie stehen in Relation zu dem, was erarbeitet wird und an Vermögen da ist. Daran kann es doch keinen Zweifel geben.

Ich komme zum zweiten Punkt. Frau Klöckner, von Ihnen ist behauptet worden – ich unterstelle einmal, Sie haben es nicht besser gewusst; andernfalls wäre es eine Lüge – – –

(Frau Klöckner, CDU: Sehr arrogant!)

– Oder es war eine Lüge!

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Entweder sie hat es nicht besser gewusst, oder es war eine Lüge!

Ich gebe Ihnen die Liste des Wachstums der Pro-Kopf-Verschuldung – – –

(Zurufe von der CDU)

– Sie können keine Zahlen ertragen, aber das geht in der Finanzpolitik nicht, meine Damen und Herren!

(Zurufe der Abg. Frau Kohnle-Gros und des Abg. Bracht, CDU)

Ich gebe Ihnen gern diese Liste. Darin ist ausgeworfen, wie die Pro-Kopf-Verschuldung in den letzten Jahrzehnten, also auch ab 1991, in Rheinland-Pfalz, in den anderen westlichen Flächenländern und in den Ländern insgesamt gewachsen ist. Es kann mitnichten davon die Rede sein, dass Rheinland-Pfalz die höchste Pro-Kopf-Verschuldung zu verzeichnen hat. Diese Zahlen sagen etwas anderes, als Sie es gesagt haben, liebe Frau Kollegin. Ich erwarte, dass Sie es in Ordnung bringen oder dass Sie zuerst lesen und es dann in Ordnung bringen, aber ich lasse nicht unwidersprochen zu, dass Sie dieses Land schlechtreden, entgegen der Fakten, meine Damen und Herren!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU –  
Vizepräsident Schnabel übernimmt  
den Vorsitz)

Die Fakten sind: Das Wachstum der Pro-Kopf-Verschuldung in Rheinland-Pfalz von 1991 bis 2010 war 4.042 Euro. Sie wissen, dass 1991 nur ein Teiljahr war und wir nur einen Haushalt vollziehen konnten, der schon weitestgehend geprägt und von den Ausgaben her gestaltet war. Weniger Schulden hatten – wenn ich die westlichen Länder betrachte – Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind – um etwa 90 Euro, 100 Euro abwei-

chend – etwas besser, und eine ganze Reihe von Ländern – darunter auch das Saarland und Schleswig-Holstein – sind mit einer Größenordnung von mehr als 1.000 Euro pro Kopf deutlich schlechter.

Ich bitte Sie einfach, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Das ist doch nicht zu viel verlangt, oder?

– Darin gibt mir auch Frau Dickes recht.

Es sind nicht meine Zahlen, sondern es sind Zahlen, die für die ganze Republik maßgeblich sind. Bevor Sie weiterhin dieses Land herunterreden, weise ich Sie darauf hin, und das hätte man auch wahrnehmen können. Gerade in der letzten Woche hat nämlich der Stabilitätsrat getagt.

Der Stabilitätsrat ist das Gremium, das wir alle miteinander eingesetzt haben, als wir die Schuldenbremse ins Grundgesetz und später auch in unsere Landesverfassung geschrieben haben. Dieser Stabilitätsrat überwacht gemäß § 4 des entsprechenden Stabilitätsratsgesetzes die Schuldensituation aller Länder. Er hat festgestellt, in welchen Ländern eine Haushaltsnotlage droht. Das sind Berlin, Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein.

Das relativiert doch überhaupt nicht die Größe der Aufgabe – wir haben intensiv darüber geredet –, dass wir unseren Haushalt konsolidieren werden. Aber es passt doch nicht mit Ihrem Katastrophenszenario zusammen, als hätten wir dieses Land finanziell in die Ecke gewirtschaftet. Das ist trotz der Sonderbelastungen nachdrücklich falsch, was gesagt wird. Auch wenn der Rechnungshof, der im Übrigen immer selektiv von Ihnen zitiert wird, etwas anderes sagt, bleiben diese Fakten richtig, und daran beißt keine Maus einen Faden ab, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

Nicht nur lesen, was man lesen will, sondern auch Fakten lesen!

(Dr. Rosenbauer, CDU: Dann ist also das, was der Landesrechnungshof sagt, falsch!)

– Sehen Sie, das ist Ihre primitive Art, etwas, was komplex ist und was ich klar dargestellt habe, so zu interpretieren wie klein Fritzchen: Es gibt nur gut oder böse. – Das ist eben nicht so!

(Dr. Rosenbauer, CDU: Nein, Herr Ministerpräsident!)

– Nein, ich muss mit Ihnen nicht diskutieren!

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Lieber Herr Kollege, es lohnt nicht.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Der Rechnungshof kann bestimmt komplizierte Zusammenhänge bewerten! –

Zurufe von der CDU: Das ist doch lächerlich! –  
Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich gebe es auf, mit Ihnen zu diskutieren, weil es keinen Sinn hat, weil Sie gar nicht zuhören wollen.

(Zurufe von der CDU: Das ist lächerlich!)

– Ich finde nicht, dass das lächerlich ist. Es ist eine primitive Argumentation, die er gerade angelegt hat. Daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben.

Ich habe gesagt, dass die Mahnung des Rechnungshofs auch vor dem Hintergrund dieser objektiven Daten zu sehen ist, und dann sagt er – Sie haben also gesagt –, dass der Rechnungshof unrecht hat.

Das habe ich genau nicht gesagt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

Sie wollen nicht zuhören, dann hat es auch keinen Sinn.

(Zuruf von der CDU: Sie meinen,  
Sie haben immer recht!)

Nein, ich habe nicht immer recht, aber ich habe richtige Fakten genannt, und Frau Klöckner hat falsche Fakten genannt, und das habe ich richtiggestellt. Das werde ich immer wieder tun, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Bracht, Sie waren noch nicht einmal in der Lage, 1,4 Millionen Euro Haushaltsmittel einer Fraktion zu managen, und jetzt wollen Sie mit mir über den Haushalt dieses Landes debattieren. Wo kommen wir denn da hin?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU: Das ist doch eine  
Unverschämtheit!)

– Das ist doch die Wahrheit!

(Bracht, CDU: Nein, das ist nicht die Wahrheit! –  
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Ist das die Unwahrheit?

(Dr. Rosenbauer, CDU: Ja, das ist die Unwahrheit!)

– Ist das die Unwahrheit?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

– Haben Sie nicht um Stundungen bitten müssen, damit Sie überhaupt noch über die Runden kommen? –

Glauben Sie denn, Sie könnten mir Sachen vorwerfen, und ich wehre mich nicht? Was glauben Sie eigentlich!

(Dr. Rosenbauer, CDU: Was glauben Sie eigentlich,  
was Sie machen können?)

– Jedes Wort, das ich sage, ist die Wahrheit!

(Heiterkeit bei der CDU)

Hatten Sie riesige Probleme oder nicht? Wie kommen Sie dazu, mir solche Vorwürfe zu machen?

(Zurufe von der CDU: Das ist eine Unverschämtheit! –  
Bracht, CDU: Sie haben mich mit Namen  
angesprochen! –  
Dr. Rosenbauer, CDU: Die Arroganz kennt  
keine Grenzen bei Ihnen!)

– Nein, Sie waren offensichtlich nicht in der Lage! Ihre Fraktion war nicht in der Lage!

(Zurufe von der CDU: So eine Unverschämtheit!  
So eine Arroganz!)

– Herr Präsident, ich bin mit meiner Rede noch nicht am Ende, ich bin nur still, bis ich wieder reden kann.

Herr Kollege Licht, Sie haben mich einen Schuldenkönig genannt.

(Licht, CDU: Ja, das ist die Wahrheit!)

Wer so argumentiert und dann selbst keine Kritik verträgt und dann noch sagt, es sei arrogant, wenn man sich wehrt, der muss selbst nachdenken, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Bracht, CDU: Sie haben mich persönlich  
angesprochen!)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gibt einige Irritationen, aber der Ministerpräsident hat das Wort. Wir werden die Kurzintervention von Herrn Kollegen Dr. Rosenbauer nachher natürlich hören, aber jetzt sollten wir weitermachen.

#### **Beck, Ministerpräsident:**

Das will ich gern tun.

Sie werden auch weiterhin erleben – das müssen Sie ertragen, solange es mich in diesem Parlament gibt –, dass ich mich nicht beschimpfen lasse und mich zur Wehr setze.

(Zuruf von der CDU: Wir haben Sie  
doch gar nicht beschimpft!)

– Ist „Schuldenkönig“ keine Beschimpfung? Haben Sie das freundlich gemeint? Hat die junge Kollegin es freundlich gemeint, die mir einmal Goldstücke ins Gesicht geworfen hat?

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wir haben  
uns nur gewehrt!)

– Ach so, Sie haben sich nur gewehrt! – Ich hatte noch gar nicht geredet, als er das gesagt hat.

(Bracht, CDU: Sie haben mir einen Vorwurf gemacht, der nicht richtig ist! Sie haben die Unwahrheit gesagt!)

Ich sage Ihnen, ich werde Ihnen nicht unwidersprochen den Esel machen, auf dem Sie herumhauen können. Davon können Sie ausgehen.

Lassen Sie mich auf ein weiteres sogenanntes Argument eingehen. Wir werden noch sehr oft diesen wohlfeilen Hinweis hören: Bei den Beschäftigten und den anderen spart ihr ein, und die Regierung bläht ihr auf.

Sie verbreiten es draußen überall und haben es hier auch gesagt.

Wir haben zu dieser Legislaturperiode genauso viel Ministerien wie zu Beginn der letzten Legislaturperiode, keines mehr. Wir haben drei Ministerien weniger – diese habe ich abgeschafft – als zu früheren Zeiten auch, als die CDU in Rheinland-Pfalz regiert hat.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

– Jetzt bin ich einmal dran, liebe Frau Kollegin.

(Frau Thelen, CDU: Ich sage es ja nur!)

– Sie können alles sagen, aber ich wollte auch sagen, dass ich jetzt dran bin.

Herr Licht, Sie sind hier doch immer sehr laut und ohne Scheu, was Begriffe angeht. Dann müssen Sie doch auch etwas ertragen.

(Licht, CDU: Ich sage doch gar nichts!)

– Na, Sie stöhnen doch wie meine Katze, wenn ich ihr früher aus Versehen auf den Schwanz getreten habe.

(Zurufe von der CDU: Oh je!)

Also hören Sie es sich an oder nicht. Lassen Sie sich Zeit, ich habe sie.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Frau Klöckner, ich kann nichts dazu, dass Ihre Fraktion so geordnet ist.

Zahl der Ministerien in Baden-Württemberg: zehn Ministerien, ein Staatsministerium und eine weitere Dame, die im Kabinett als parlamentarische Staatssekretärin Abstimmungsrecht hat, und eine weitere Dame, die Abstimmungsrecht hat.

(Zurufe der Abg. Frau Thelen und des Abg. Bracht, CDU)

Bayern: neun Ministerien und eine Staatskanzlei. Berlin: acht Ministerien und eine Staatskanzlei. Brandenburg: neun Ministerien und eine Staatskanzlei. Bremen: sechs

Ministerien und eine Staatskanzlei. Hamburg: zehn plus Staatskanzlei.

(Bracht, CDU: Hamburg!)

– Sie haben uns doch vorgeworfen, wir blähen die Regierung auf. Jetzt sage ich Ihnen die Fakten, und jetzt ist es auch wieder nicht recht.

(Bracht, CDU: Sagen Sie doch, wie viel Einwohner die Länder haben!)

– Das kann ich Ihnen gerne sagen. Hamburg hat weniger als wir. Brandenburg hat auch weniger als wir. Berlin hat auch weniger als wir.

Dann haben wir Hessen: acht Ministerien plus Staatskanzlei. Mecklenburg-Vorpommern: acht Ministerien plus Staatskanzlei. Es nicht einmal halb so groß wie Rheinland-Pfalz. Niedersachsen: neun Ministerien und eine Staatskanzlei. Nordrhein-Westfalen:

(Frau Klöckner, CDU: Ich glaube, in Griechenland haben die auch ziemlich viel!)

– Sie müssen es hören. Sie haben den Vorwurf gemacht, Sie müssen es hören.

(Frau Klöckner, CDU: Es gibt noch andere, die man vergleichen kann!)

Nordrhein-Westfalen: zehn Ministerien plus Staatskanzlei. Saarland: Da regieren Sie doch mit.

(Frau Klöckner, CDU: Ich regiere nicht mit! Ich bin hier im Landtag!)

– Ja, das ist klar. Das war jetzt aber ein guter Einwurf.

(Frau Klöckner, CDU: Wenn Sie so etwas sagen! Sie müssen dann auf Ihre Worte achten!)

Also die CDU regiert dort mit. Saarland: acht Ministerien plus Staatskanzlei, nicht einmal ein Viertel so groß wie Rheinland-Pfalz. Sachsen: acht Ministerien plus Staatskanzlei, etwa genauso groß wie Rheinland-Pfalz. Schleswig-Holstein: sieben plus eins.

(Frau Klöckner, CDU: Gehen Sie doch einmal auf die Verschuldung von Sachsen ein und vergleichen Sie!)

Ein Drittel weniger.

– Ich kann gerne darauf eingehen. Schleswig-Holstein habe ich genannt. Thüringen: acht plus eins, auch unsere Größe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mitnichten so, dass wir eine größere Landesregierung als andere haben.

Wir haben eher in der Tendenz eine kleinere Landesregierung als andere Länder. So, wie die Landesregierung zusammengesetzt ist, ist sie handlungsfähig. Das ist

vernünftig, und dazu stehen wir. Das passt zu unserem Sparkurs, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Bracht; CDU: Das passt zu Ihrem Sparkurs! Da  
haben Sie ein wahres Wort gesprochen! –  
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Manches lässt man einfach im Raum verhallen.

Sie haben uns Steuererhöhungen vorgeworfen. Ich habe in der Regierungserklärung deutlich gemacht – die Fraktionsvorsitzenden und Frau Lemke haben dies auch gemacht –, dass wir, um diesen Staat ordentlich führen zu können – damit meine ich die Kommunen, die Kirchen und andere, die Subsidiäraufgaben wahrnehmen, den Bund und Europa –, eine angemessene Finanzausstattung brauchen. Diese haben wir nicht. Dazu haben wir Vorschläge gemacht, wie wir sie erreichen können.

Ich möchte als zweitem Punkt zu unseren eigenen Ankündigungen zu Steuern und Abgaben kommen. Die einzige Steuer, über die wir reden, ist die Grunderwerbsteuer. Auch dort möchte ich Ihnen sagen, wie es in anderen Ländern aussieht. Berlin hat 4,5 %, Brandenburg 5 %, Bremen 4,5 %, Hamburg 4,5 %, Niedersachsen 4,5 %, Saarland 4 %, – also alle mehr als wir –, Sachsen-Anhalt 4,5 %, Schleswig-Holstein 5 %, Thüringen 5 %, Baden-Württemberg 5 %, Rheinland-Pfalz 3,5 %.

Wir werden uns – daran führt kein Weg vorbei – an diese anderen Länder anpassen müssen, weil das ansonsten im Finanzgefüge auch zwischen den Ländern nicht argumentierbar ist.

(Dr. Wilke, CDU: Das ist doch ein Witz! –  
Dr. Weiland, CDU: Ihr Argument ist doch  
abenteuerlich! Sie haben doch die  
Grunderwerbsteuer erst vor ein  
paar Jahren den Kommunen,  
den Landkreisen abgenommen!  
Da war das noch im Gefüge,  
oder wie?)

– Soll ich Ihnen die Ausgleichsfunktion darlegen?

(Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Ist ja gut. Ich habe Ihnen gesagt, wie die Durchschnittswerte in anderen Ländern sind. Sich daran nicht anzupassen, würde das Land dem Vorwurf aussetzen, dass es seine Einnahmen nicht ausschöpft und im Länderfinanzausgleich insgesamt aus einem der Finanzausgleiche, nämlich dem horizontalen, Geld bekommt

. Das kann ich nicht verantworten. Deshalb gehen wir diesen Weg.

(Beifall bei der SPD –  
Ramsauer, SPD: Der erste, der schreien würde,  
wäre der Bouffier! Noch vor dem Dr. Weiland!)

Dann will ich noch eine vorletzte Bemerkung machen.

(Zurufe von der CDU)

Ich sehe, es macht Ihnen auch Freude, mir auch. Machen wir noch ein bisschen. Ja gerne. Machen wir auch in den nächsten fünf Jahren, und zwar neu und schwungvoll.

(Dr. Weiland, CDU: Frau Klöckner scheint Ihnen  
gut-zutun! Heute sind Sie dynamischer und  
lebendiger als gestern! –  
Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

– Lieber Herr Kollege, es ist mir schon manches vorgehalten worden, aber dass ich keine engagierten Reden halte, das hat außer Ihnen noch keiner behauptet.

(Dr. Weiland, CDU: Gestern!)

Wie Sie wissen, ist eine Regierungserklärung das Vortragen eines fertigen Textes. Aber Sie haben mir durch Zwischenrufe wenigsten zwischendurch einmal eine Chance gegeben, ein bisschen davon abzuweichen.

(Dr. Weiland, CDU: Seien sie froh, dass Sie  
Frau Klöckner haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich gestern innerhalb der Regierungserklärung entschuldigt, Herr Kollege Bracht, dass ich etwas gesagt habe, was nicht zuträfe, was den Stand der Polizeistärke angeht. Für diese Entschuldigung entschuldige ich mich heute. Ich habe mich nämlich geirrt. Ich hatte doch recht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben zwar damals 2004 den 9.000 nicht zugestimmt – das stimmt –, aber ich habe hier vor mir einen Antrag der damaligen FDP-Fraktion vorliegen – Drucksache 15/5241 –. Dort wird an mehreren Stellen darauf Bezug genommen. Dort steht beispielsweise: „Der Landtag stellt fest: (...) Es ist erklärtes politisches Ziel, dass die Personalstärke der Polizei nicht unter eine Zahl von 9.000 Beamtinnen und Beamten fallen soll.“ An anderer Stelle: „Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, 1. Sorge dafür zu tragen“ – wörtlich – „dass die personelle Ausstattung der Polizei die genannte Grenze von 9.000 Beamtinnen und Beamten im Bereich der Polizei nicht unterschreitet“.

Ich habe das Plenarprotokoll vom 16. Dezember, 104. Plenarsitzung bei mir.

(Frau Klöckner, CDU: Das habe ich auch! Sauber!)

Dort steht: Herr Lammert, Redner der CDU, hat ausdrücklich erklärt, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmt.

(Frau Klöckner, CDU: Lesen Sie es einmal kurz vor!  
Ich habe es nämlich auch!)

– Das kann man nicht vorlesen. Das sind zwei Seiten. Das mache ich jetzt nicht. Das kann jeder selbst lesen. Ich bin auch nicht Ihr Vorleser, Frau Klöckner.

Aber Sie haben diesem Antrag und damit der Zahl, mindestens 9.000, zugestimmt. Ja oder nein?

(Bracht, CDU: Sie haben etwas anderes behauptet! – Zurufe von der CDU)

Ja oder nein? Ich habe doch gesagt, nicht 2004. Aber Sie haben dieser Zahl zugestimmt. Also stützen wir uns auf die Zustimmung aller Fraktionen, die damals im Hohen Hause vertreten waren. Das ist richtig. Danke an die CDU. Da wart ihr konstruktiv.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, genau das, was Sie wollten – sonst hätten Sie es doch nicht beschlossen –, macht jetzt diese Landesregierung. Warum kritisieren Sie uns dafür? Warum?

(Zuruf des Abg. Günther, CDU)

Ich möchte es dabei bewenden lassen und nur noch einmal darauf hinweisen, Sie werden erleben, dass wir eine Regierungskoalition sind, die sich sehr darum bemüht – ich bin sicher, erfolgreich –, dass wir nicht einen Weg gehen wie – ich sage dies ausdrücklich – verschiedene Koalitionen, die ich auf Bundesebene erlebt haben. Ich sage ausdrücklich „verschiedene“.

Wer heute die „STUTTGARTER ZEITUNG“ liest, kann wahrnehmen, wie die Wahrnehmung einer solchen seriösen Zeitung der Arbeit von Schwarz-Gelb in Berlin ist. Überschrieben ist das mit „Verschwörer unter sich“. Wenn er klug beraten ist – und wir sind klug beraten, und wir werden uns so verhalten –, ist er sich immer bewusst, dass wir viel mehr Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger haben, als untereinander ein Parteienspiel zu machen.

Deshalb werden Sie eine stabile und geschlossene Regierung in diesem Land erleben. Wo wir unterschiedlicher Meinung sind, da finden wir einen Kompromiss. Den tragen wir miteinander. Wo wir Unterschiede in der Meinung haben, werden wir das fair diskutieren. Dann wird entschieden. Dabei wird es bleiben.

Ich glaube, das, was wir derzeit im Bund vorgeführt bekommen, werden wir Ihnen nicht als Schauspiel bieten. Es ist leider nicht das erste Mal der Fall. Ich sage es noch einmal. Das war auch bei früheren Koalitionen der Fall, an denen ich mitwirken durfte. Da war es auch nicht besser. Aber so schlimm wie jetzt war es noch nie.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

So etwas werden wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten. Davon können Sie ausgehen.

Vielen herzlichen Dank. Ich freue mich auf die nächsten Jahre und auf viele spannende Debatten.

Danke schön.

(Anhaltend Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Schnabel:**

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Dr. Rosenbauer gemeldet. Sie haben das Wort.

(Ramsauer, SPD: Kann man das nicht verbieten?)

**Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:**

Herr Präsident, vielen Dank. Herr Ramsauer, der Zwischenruf „Kann man das nicht verbieten?“ sagt schon viel aus. Auch das ist parlamentarischer Umgang miteinander. Das ist halt so.

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich habe nur zwei Punkte. Der erste Punkt ist folgender: Sie haben es ganz genau verstanden. Ich habe von meinem Platz aus gefragt, ob das, was der Landesrechnungshof in seinem Bericht geschrieben hat, falsch ist. Mehr habe ich überhaupt nicht gesagt. Was Sie daraus gemacht haben, das ist etwas ganz anderes.

Der zweite Punkt ist viel wichtiger. Sie haben von dieser Stelle aus persönlich Josef Bracht benannt und ausgeführt, er wäre noch nicht einmal in der Lage, ein Fraktionsbudget von 1,4 Millionen Euro zu managen und wir hätten Riesenprobleme. Das ist einfach eine Riesensauerei,

(Ministerpräsident Beck:  
Das ist die Wahrheit!)

weil Sie genau wissen, dass Herr Bracht hervorragende Arbeit für die CDU-Fraktion geleistet hat und genau diese Dinge mit viel Arbeit und Zeit auf die Reihe gebracht hat. Ihm diese Sache anzuhängen, ist eine maßlose Unverschämtheit.

(Beifall der CDU –  
Baldauf, CDU: So ist es!)

Ich fordere Sie auf, sich von dieser Stelle aus bei Herrn Bracht zu entschuldigen.

(Ministerpräsident Beck: Wofür denn?)

– Für diese – – – Sie wissen ganz genau, dass dies falsch war.

(Ministerpräsident Beck: Wofür denn?)

Wer Probleme mit dem Management gehabt hat, das haben wir in den letzten Jahren gesehen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie sehen doch, wer die 1,4 Millionen Euro verzockt hat! –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich könnte viele Beispiele nennen.

Ich erwarte von Ihnen hier eine Entschuldigung gegenüber Herrn Bracht. Das ist eine Riesensauerei.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Sagen Sie,  
wer es war, – – –)

**Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine weitere Wortmeldung. Das Wort hat Frau Kollegin Klöckner.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Schäbig bis zum  
Gehntichtmehr! –  
Ministerpräsident Beck: Das meinen Sie!)

**Abg. Frau Klöckner, CDU:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war heute eine muntere Debatte. Das ist im Parlament so, dass es Für- und Gegenrede gibt. Ich gratuliere all denjenigen, die heute das erste Mal geredet haben. Das gilt explizit für die jungen Abgeordneten. Ich fand, es gab kameradschaftliche Gesten – Sie alle haben es mitbekommen – den Jungen gegenüber. Frau Vizepräsidentin Klamm hat gesagt, wenn man erst einmal als junger Mensch steht und erst einmal loslegt – ich nehme mich davon aus, ein junger Mensch zu sein, ich meine das explizit für die Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht hier noch stehen werden –, dann ist das eine Besonderheit.

Das ist sicherlich etwas, was man noch in vielen Jahren in Erinnerung haben wird. Das war ein Teil der Debatte, der etwas Menschliches hatte. Man hat eine Art Augenzwinkern gehabt. Es gibt viele Kollegen, mit denen man draußen ein Gespräch geführt hat.

Klar ist, es gibt Kritik aneinander. Das ist selbstverständlich. Machen wir uns nichts vor. Ich glaube, Sie wären selbst verwundert, wenn wir die Regierungspolitik und jeden Punkt loben würden. Sie würden dann sagen: Fusionieren Sie mit uns. – Wir haben andere Positionen. Wir haben andere Haltungen.

Herr Ministerpräsident, ich bin sehr verwundert und muss Ihnen sagen, so habe ich Sie noch nicht erlebt, nämlich in einer Art und Weise, in dieser Art und Weise, wie Sie persönlich auch abschätzig und vor allen Dingen in einer gewissen Weise der Arroganz von 17 Jahren hier auftreten. Ich wünsche allen, dass Sie niemals so werden.

(Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Jetzt ist es aber gut, genau  
das ist es, das lasse ich mir nicht gefallen!)

Herr Ministerpräsident, das ist der Punkt, den ich nicht gelten lasse, wenn Sie Kollegen aus unserer Fraktion so angreifen. Das ist kein Stil.

Wenn Sie schon zitieren, dann möchte ich nicht weiter darauf eingehen. Es war wirklich gut, dass eben schon das Fernsehen abgeschaltet war,

(Ministerpräsident Beck: Jetzt ist es aber gut!)

weil das hätte bei den Bürgerinnen und Bürgern draußen nicht zu einem Verständnis beigetragen, dass man anderer Meinung sein kann.

(Ministerpräsident Beck: Eine Frechheit,  
einen  
so zu beurteilen!)

Aber den Stil und die Art wünsche ich mir hier in diesem Parlament wirklich anders.

(Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck: Jetzt ist es aber gut! –  
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Ich möchte zwei Punkte – – –

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Es war sehr gut, dass  
das Fernsehen abgeschaltet war, während  
Herr Schreiner – – –)

– Möchten Sie kurz noch einmal vor, dann können Sie das vortragen? Möchten Sie kurz vor? Sie können gerne kommen.

Ich meine, Herr Ramsauer hat eben vorgeschlagen, dass die Opposition nicht mehr die Möglichkeit zur Intervention haben sollte. Er sagte, kann man das nicht abschaffen. Das ist Ihr Verständnis, wie man mit der Koalition bzw. mit der Opposition umgeht.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Sie haben eben etwas zitiert. Sie selbst legen Wert auf das richtige Zitieren.

Sie haben den 16. Dezember 2010 zitiert. Das ist ein schöner Tag. Das ist mein Geburtstag, deshalb habe ich auch sofort alle Protokolle dieses Tages immer dabei.

(Pörksen, SPD: Das haben wir gesehen und ge-  
merkt, aber Ihr Mitarbeiter kam  
und hat es gebracht! –  
Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich hätte mir gewünscht – – –

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sagen Sie danke  
zu Ihren Mitarbeitern!)

– Natürlich sage ich danke zu meinen Mitarbeitern; denn es kann nicht jeder so grandios wie Sie sein, Frau Brede-Hoffmann.

(Ramsauer, SPD: Da haben Sie recht! –  
Ministerpräsident Beck: Überhaupt keine  
Arroganz im Spiel! –  
Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

Ich würde das gerne vortragen. Ich weiß, das ist für Sie jetzt ein bisschen problematisch, weil ich ein Protokoll habe, das nicht interpretiert wird, sondern das ich einfach vorlese.

Ich komme gerne zur Sache. Sie müssen sich einigen, ob Sie zuhören oder reinreden wollen oder selbst ans Mikrofon wollen.

(Beifall der CDU –  
Frau Elsner, SPD: Das ist ja wohl das Letzte! –  
Weitere Zurufe von der SPD)

Wir kommen noch einmal zur Polizei, Herr Ministerpräsident. Ich halte das für recht unlauter, Herr Ministerpräsident.

Herr Kollege Lammert hat in dieser Debatte Folgendes gesagt: „Die Landesregierung spricht im aktuellen Haushalt von einer Mindeststärke von 9.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, um die entsprechenden Sicherheitsaufgaben zu erfüllen. Wir sind der Ansicht, dass wir hier eine deutliche Erhöhung benötigen. Auch die Polizeigewerkschaften im Land fordern diese Anhebung schon seit Jahren.“

Kurzum, hier ging es nicht um eine Zielvorgabe für den Abbau – das, was Sie hier jetzt im Koalitionsvertrag machen –, sondern es ging um die Befürchtung, dass es weniger werden, und es geht um einen Mindestbestand. Es sind noch nicht einmal Vollzeitkräfte.

Herr Beck, ich hätte Ihnen zugetraut, dass Sie zwischen Zielvorgabe Abbau und einer Mindeststärke, die darüber liegen kann, unterscheiden können. Drehen Sie es sich doch nicht so, wie Sie es gerade wollen. Das ist doch peinlich.

(Starker Beifall der CDU –  
Ministerpräsident Beck wird eine Mappe vorgelegt)

– Er braucht jetzt gerade auch Mitarbeiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war ein Aspekt.

Ich komme zu den Arbeitnehmern. Die Arbeitnehmer haben wir an ganz vielen Stellen angesprochen, und ich speziell. Entweder wollten Sie es nicht hören oder man sieht schon, dass Sie an vielen Bereichen die Arbeitnehmer einfach nicht mehr in den Augen haben.

(Zurufe von der SPD)

Ich komme jetzt zum Thema „OLG Koblenz“. Hier geht es nicht um große und hochdotierte Richter, hier geht es um die Schreibkräfte, die vielleicht eine Halbtagsstelle am OLG Koblenz haben. Das sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Pörksen, SPD: Glauben Sie, die werden nach  
Zweibrücken versetzt?)

Diese haben aus der Presse erfahren, dass das OLG Koblenz geschlossen werden soll bzw. verlagert werden soll. Sie haben bis heute keine Antwort bekommen, noch nicht einmal ein Treffen mit Herrn Minister Hartloff. Er konnte aber nach Koblenz zum Interview mit der „Rhein-Zeitung“ fahren. Dazu hatten Sie Zeit, aber nicht dafür, um mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu reden. Dann werfen Sie uns vor, wir würden die Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter nicht erwähnen. Das ist doch eine Unverschämtheit.

(Starker Beifall der CDU)

Einen zweiten Punkt habe ich bei der Mittelrheinbrücke erwähnt. Da habe ich von den vielen Pendlern gesprochen, von den Familien, von den Unternehmen, von den Arbeitern, die darauf angewiesen sind, dass sie pendeln müssen. Der Punkt ist der, dass die bei der Mittelrheinbrücke letztlich hinters Licht geführt worden sind. Hier haben wir von den Arbeitnehmern gesprochen.

Ich habe auch von der BASF gesprochen. Vielleicht ist es nicht erwähnenswert, dass die BASF mehrere Tausend Mitarbeiter am Standort hier bei uns in Rheinland-Pfalz hat und viele andere Standorte. Klar, das Geschäft in Japan oder Hongkong wird ausgeweitet und ausgebaut. Ich bin dort gewesen und habe die BASF getroffen.

(Ministerpräsident Beck: Die ganze BASF?)

Mir geht es aber darum, was bei uns im Bundesland möglich ist.

(Beifall der CDU)

Mir geht es darum, was hier möglich ist. Wenn Sie – noch einmal, in Ihrer Koalition durch Ihren Koalitionspartner erwähnt – auch keinen Widerspruch dann selbst einbringen, dass Rheinland-Pfalz eine gentechnikfreie Zone oder ein gentechnikfreies Land bleibt, noch einmal: Im Limburgerhof wird geforscht. Im Limburgerhof haben wir hervorragende wissenschaftliche Kapazitäten.

(Baldauf, CDU: Richtig!)

In keinem anderen Land sind die Sicherheitsanforderungen bei der grünen Gentechnik, bei der Grundlagenforschung, bei der Aussetzung, bei der begleitenden Sicherheitsforschung so hoch wie hier bei uns in Deutschland. Dann sagen Sie, wir würden nicht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sprechen, wenn es um deren Arbeit geht. Ihnen war das Ganze noch nicht einmal ein Wort wert.

(Starker Beifall der CDU)

Ich finde es bemerkenswert, dass es just von Ihnen kommt, Herr Ministerpräsident. Ich hätte mich gern auch mit den GRÜNEN auseinandergesetzt. Herr Kollege Köbler und ich hatten das auch schon einmal in einer Diskussionsrunde. Danach waren wir näher beieinander. Aber uns bzw. mir vorzuwerfen, wir würden am rechten Rand Ressentiments schüren, das finde ich eine Unverschämtheit.

(Starker Beifall der CDU)

Das ist eine so billige Art und Weise, Applaus zu haschen. Wenn ich mir anschau, wir haben ein Wahlprogramm verabschiedet, und in unserem Wahlprogramm haben wir unter anderem beim Aspekt zum Thema „Fachkräftemangel“ die Vorschläge gemacht, dass zum Beispiel die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen erleichtert wird. Wir heben den Schatz hier in

Deutschland gar nicht. Das gilt für die ganze Bundesrepublik. Es geht um den Schatz von vielen Menschen mit Migrationshintergrund, die Fähigkeiten, die die Ausbildung haben und die wir eigentlich nutzen könnten, es aber nicht tun, weil wir ein starres System im Bund wie in den Ländern bei den unterschiedlichsten Berufsbranchen haben. Da müssen wir uns öffnen und übrigens auch schneller eine Lotsenfunktion geben, wie jemand, der hier neu ist, schneller durchkommt, wenn er auf den Arbeitsmarkt kommt.

Ich bin mit einem Kollegen aus Ihrer Partei, Herrn Peter Struck, und auch zusammen mit dem Gewerkschaftsvertreter Herrn Vassiliadis in einer gemeinsamen Kommission zu mehr Zuwanderung und Fachkräftemangelbehebung. Das ist die hochrangige Konsensgruppe, die mit wenigen Leuten besetzt ist. Zu dieser billigen Tour zu behaupten, die CDU wäre gegen Ausländer, wir seien weltfremd und würden die Türen abschließen, erwarte ich von Ihnen wirklich, dass Sie entweder sagen, Sie hätten es nicht richtig verstanden oder Sie hätten es nicht so gemeint, aber mit dieser billigen Nummer lassen wir Sie nicht wegkommen.

Wir sind diejenigen, die einen Islamunterricht an den Schulen gefordert haben. Warum? – Weil es das Recht ist, weil wir aber auch der Meinung sind, dass der Islamunterricht von in Deutschland ausgebildeten Religionslehrern in deutscher Sprache, aber auch in von der Schulaufsicht beaufsichtigter Form stattfinden soll.

Das Gleiche gilt in Richtung Sprachkurse. Vielleicht sollte man sich einmal ein bisschen besser damit auseinandersetzen. Dadurch, dass Ihr ehemaliger geschätzter Landesminister Herr Zöllner selbst in Berlin – vielleicht hilft es wirklich einmal, wenn man über den Tellerrand hinausschaut –

(Ministerpräsident Beck: Als er hier war, war er nicht so geschätzt!)

die Sprachförderung eingeführt hat, nicht für Vierjährige, wie wir es vorgeschlagen haben – das war ja der Untergang des Abendlandes, wie Sie sagten –, sondern für Dreijährige, kann es so schlecht dann gar nicht sein.

Jetzt komme ich zum muttersprachlichen Unterricht. Es wird auch nicht besser, wenn Sie es fünfmal wiederholen und es nicht richtig ist. Wir haben gesagt, der muttersprachliche Unterricht soll in den Schulunterricht integriert werden, damit wir eine Schulaufsicht haben, und nicht, damit er außerhalb der Schule ohne Notengebung, ohne Lehrer, die hier unter dieser Aufsicht sind, gegeben wird.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb sage ich Ihnen, ich tue Ihnen nicht den Gefallen, Ihren platten überholten Frontstellungen noch Wasser auf die Mühle zu geben. Sagen Sie uns ganz konkret, wo Sie glauben, dass ich ausländerfeindlich wäre. Das will ich wissen. Dann setze ich mich mit Ihnen auseinander.

(Starker Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Statistiken haben viele. Jetzt können wir sagen, Sie haben eine Statistik, das finde ich prima, aber ich habe auch eine Statistik.

(Pörksen, SPD: Ach nee!)

Die Statistik habe nicht ich gemacht, Herr Beck.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich aber nicht!)

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Da geht es um das Bruttoinlandsprodukt im Verlauf von zum Beispiel 2000 bis 2010. Herr Beck, ich gebe es Ihnen gern gleich einmal herüber. Dann können wir einmal hineinschauen. Das ist nicht schlecht. Da fällt im Ländervergleich auf, dass wir unter den westdeutschen Bundesländern im Jahr 2000 bis zum Jahr 2010 im Bruttoinlandsprodukt in der Entwicklung eine rote Laterne haben.

(Ministerpräsident Beck: Ich habe über Verschuldung geredet!)

– Sie wollen vielleicht über Verschuldung reden, ich rede jetzt einmal über die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Darüber kann man auch einmal reden. Das ist Ihnen nämlich keine Rede wert.

(Starker Beifall der CDU)

Zu den Lehrern wurde einiges gesagt, und zu Recht ist sicherlich auch Herr Hering vorhin darauf eingegangen. Ich möchte wirklich in Kürze einen Brief einer stellvertretenden Schulleitersprecherin anlesen. Da heißt es: Der Vertretungs – – –

(Zuruf von der SPD)

– Was haben Sie mit Frau Dickes?

(Pörksen, SPD: Hoffentlich nichts!)

– Das ist nicht der Brief von Frau Dickes.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Habe ich auch gar nicht gesagt!)

– Diese Arroganz – – –

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ihre Ohren sind ganz schlecht, Frau Kollegin!)

– Das ist natürlich immer ganz schlecht, wenn man darauf eingeht, und dann will es keiner gewesen sein. Merken Sie es? Das ist schon süß.

(Zurufe von der SPD)

Es steht hier folgendermaßen drin: Der Vertretungsvertrag von Frau – – –

(Zuruf von der SPD)

– Vielleicht haben Sie mit allen Schulleitern auch hier Kontakt. Ich darf es noch einmal sagen: Seit 3. Februar 2011 muss Frau – ich sage es jetzt einmal so, weil ich den Namen nicht nennen will – A. I. mit einer vollen

Stelle im Fach Musik vertreten werden wegen Mutterschutz und Elternzeit. Frau M. G. unterrichtete bis 06.05.2011 über einen Vertretungsvertrag im Fach Musik. Weitere Stunden werden über PES-Lehrkräfte abgedeckt.

Der Vertretungsvertrag von Frau G. ist mit dem 6. Mai 2011 ausgelaufen. Die notwendige Verlängerung wurde Anfang Mai beantragt. Gestern erhielt die Schulleitung über die ADD die Mitteilung, dass diese Verlängerung vom Ministerium abgelehnt wird. Das bedeutet für unsere Schule, die einen musikalischen Schwerpunkt hat – Herr Beck, Sie haben gesagt, Sie sind gegen das Chorsterben –, dass im Fach Musik 18 Stunden ab sofort bis auf Weiteres ausfallen werden. Wir protestieren entschieden gegen die Entscheidung des Ministeriums, den Vertrag von Frau G. nicht zu verlängern, und erwarten gerade auch nach den Ankündigungen des Wahlkampfes, dass der Unterrichtsausfall deutlich verringert und nicht noch weiter erhöht wird. –

Mich können Sie gerne beschimpfen, aber wenn Sie die Eltern jetzt auch noch als Lügner beschimpfen, würde ich vorschlagen, dass Sie just diese Elternbeiräte auch einmal einladen. Hier steht das in einem Brief nicht an die CDU, nicht von der CDU geschrieben, sondern an die ADD. Ich meine, das sollte man dann auch ernst nehmen.

(Beifall der CDU)

Herr Minister a. D. und Kollege Hering, Sie haben vorhin eine interessante Rechnung aufgemacht. Klar ist, dass man sich in einer solchen Debatte – ich meine, das macht jede Fraktion und jeder Redner – etwas herausgreift. Dann nimmt man vielleicht einen Teil des Vorredners nicht richtig auf oder sonst etwas. Ich unterstelle niemandem etwas.

(Staatsminister Hartloff: Das kann man so nicht sagen!)

Sie sagten vorhin aber, Rheinland-Pfalz habe noch nie so viel für jeden einzelnen Schüler ausgegeben. So haben Sie das ungefähr gesagt. Das Protokoll habe ich noch nicht vorliegen. Sie haben gesagt, dass Rheinland-Pfalz ganz vorne bei den Bildungsausgaben sei.

(Ministerpräsident Beck: Das hat er nicht gesagt! – Hering, SPD: Habe ich überhaupt nicht!)

– Ich bin noch nicht fertig. Sie haben gesagt, dass die Ausgaben pro Schüler in Rheinland-Pfalz stiegen und somit bei der Bildung nicht gespart würde. Das führt meiner Meinung nach in die Irre. Das will ich noch einmal klarstellen. Ich schätze, Sie werden dann sagen: Ja, Sie haben recht, Frau Klöckner.

Wahr ist, dass sich die Schere zwischen den Bildungsausgaben pro Schüler in Rheinland-Pfalz und den Bildungsausgaben in Deutschland in den vergangenen Jahren weiter geöffnet hat. Das ist wahr. Anfangs lag Rheinland-Pfalz nur 100 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. 2008 lag das Land schon 300 Euro unter dem Durchschnitt laut dem Statistischen Bundesamt Wiesbaden, publiziert 2011.

Sachsen und Thüringen hingegen haben die Entwicklungen des demografischen Wandels genutzt und die Bildungsausgaben pro Schüler drastisch erhöht. Sachsen lag 1995 noch 700 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. 2008 gab Sachsen 300 Euro mehr gegenüber dem Bundesdurchschnitt für seine Schüler aus.

Wird jetzt der Plan der Landesregierung umgesetzt und zwei Drittel der demografischen Rendite eingespart, ist Rheinland-Pfalz bald Schlusslicht bei den Bildungsausgaben. Herr Hering, das Ganze können Sie sich vom Statistischen Bundesamt anschauen. Vielleicht hilft das zur Klarstellung. Vielleicht sagen Sie: Ich habe das so gar nicht gesagt. – Dann ist das auch nicht schlimm, aber dann habe ich noch einmal erwähnt, wie es im bundesdeutschen Vergleich aussieht.

(Beifall der CDU)

Nun zum Herrn Kollegen Köbler. Ich bedaure, dass er gerade nicht anwesend ist. Ich finde es wirklich schade, dass er nicht anwesend ist. Herr Köbler sagte zu den Realschulen plus – Herr Ministerpräsident, ich meine, das wird nicht in Ihrem Sinne gewesen sein –, die Realschulen plus sortieren nach Klasse sechs nach den Geldebörsen der Eltern in die beiden Bildungsgänge. Ich finde, das ist eine Beleidigung von Tausenden von Lehrkräften dieser Realschule plus. Das lassen wir so nicht gelten.

(Beifall der CDU)

Man hat natürlich auch ein bisschen das Zucken gemerkt, als Herr Köbler vorhin sagte, wir werden noch sehen, wer für den Bildungsbereich in diesem Kabinett zuständig ist.

(Ministerpräsident Beck: Das hat er wirklich nicht gesagt!)

Das haben aber wir nicht zu lösen, sondern das machen die anderen.

– So ähnlich haben wir das verstanden. Wenn das nicht so ist, ist es gut und es herrscht Frieden in der Koalition, wie das auch beim Verbraucherschutz der Fall gewesen ist.

(Ramsauer, SPD: Sie sagen irgendetwas Falsches, aber dann ist es gut!)

Herr Beck, ich darf Sie noch weiter zitieren. Gestern haben Sie in Ihrer Regierungserklärung, die auch schriftlich verteilt worden ist, gesagt: „Alles in allem sind wir sicher: Durch unsere im Koalitionsvertrag bereits konkret verabredeten Konsolidierungsmaßnahmen lassen sich etwa zwei Drittel der bis zum Ende dieser Legislaturperiode erforderlichen Einsparungen realisieren.“

Ich frage mich, was mit dem verbleibenden Drittel passiert.

(Ministerpräsident Beck: Weiter zitieren!)

– Ja, das kann ich machen: „Über das verbleibende Drittel wird ergänzend entschieden.“

Sie wissen doch noch gar nicht, was ich sagen will. Ich kann auch Ihre gesamte Rede vorlesen. Das kann ich auch zitieren, wenn Sie wollen. Das dauert nur ein bisschen.

„Über das verbleibende Drittel wird ergänzend – im Lichte der aktuellen Steuerentwicklung – im Zuge der jeweiligen Haushaltsaufstellung entschieden.“

(Ministerpräsident Beck: So ist es!)

Darum geht es mir aber gar nicht, Herr Beck.

(Ministerpräsident Beck: Aber darum geht es mir, dass Sie mich nicht halb zitieren!)

– Ja, das ist in Ordnung. Ich habe auch den vorhergehenden Absatz nicht zitiert. Wenn Sie möchten, mache ich das.

Es geht darum, dass Sie gesagt haben, dass etwa zwei Drittel der bis zum Ende dieser Legislaturperiode erforderlichen Einsparungen bereits in diesem Koalitionsvertrag eingepreist sind. Das haben Sie gesagt. Dazu war das Zitat hintendran nicht mehr notwendig. Herr Ministerpräsident, mir geht es darum, was das jetzt konkret heißt. Sie sagen selbst, dass sie pro Jahr 220 Millionen Euro einsparen müssen, um im Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr machen zu müssen. Für fünf Jahre bedeutet dies 1,1 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon bedeuten rund 726 Millionen Euro. Sie sagen, dass 726 Millionen Euro bereits in diesem Koalitionsvertrag mit ganz konkreten Konsolidierungsmaßnahmen realisiert werden.

Herr Ministerpräsident, wir sind sehr gespannt, wie Sie diese Rechnungen genau nachvollzogen haben. Das haben Sie so noch nicht dargestellt. Deshalb werden Sie sicherlich auch ein großes Interesse daran haben, wenn wir jetzt eine Anfrage einreichen, dass Sie uns die ganz genauen Rechnungen unverzüglich zukommen lassen. Ich finde, das, was Sie geleistet haben, wollen wir dann auch schwarz auf weiß haben. Das wäre dann ganz toll.

(Beifall der CDU)

Vorhin sagte Herr Kollege Köbler – es kann auch Frau Kollegin Lemke gewesen sein – etwas zu den erneuerbaren Energien. Frau Ministerin Lemke, ich finde Ihre kämpferische Art prima. Ich finde das gut. Ich finde Sie auch überzeugend. Ich nehme Ihnen ab, dass das für Sie und die GRÜNEN ein Herzensanliegen ist. Dafür haben Sie letztlich ganz unbenommen auch die Ernte eingefahren, weil das ein Kernthema von Ihnen ist, das Sie jahrelang bearbeitet haben. Ich will keinen davon ausnehmen, dass auf allen Seiten da oder dort einmal Hochmut vorhanden gewesen ist. Das ist keine Frage. Deshalb nehme ich Ihnen und den GRÜNEN das auch sehr ernsthaft ab.

Vorhin ist es mir um den Punkt gegangen, dass wir bei guten Zielen, die wir haben – ich finde es ambitioniert und richtig, dass wir sagen, bis 2013 lasst uns bei den erneuerbaren Energien das herausholen was geht –, den Bürgern klar machen, welche Kraftanstrengung das bedeutet. Das ist eine Kraftanstrengung. Machen wir uns

nichts vor. Natürlich ist die Frage, wie wir die Akzeptanz für die Windräder vor den Häusern hinbekommen. Dort sind sie mindestens 1.000 Meter entfernt und bei Gehöften mindestens 500 Meter. Es werden nicht nur Windräder sein, und es wird nicht nur Fotovoltaik sein. Mir ging es bei der Berechnung auch darum, dass das nicht so ganz einfach geht, sondern wir vor Ort immer wieder die Bürgerzustimmung dazu brauchen.

Sie wissen selbst, wie das ist. Das hat überhaupt nichts mit Parteien zu tun. Ich erlebe das jetzt gerade in zwei Dörfern. Das eine Dorf ist dafür, weil es finanziell etwas davon hat, und das andere Dorf, das massiv dagegen kämpft, sagt: Wir haben das direkt in unserer Sicht. – Wir müssen es gesamtgesellschaftlich schaffen, dass die Akzeptanz vorhanden ist.

Herr Kollege Köbler hat vorhin gesagt – meines Wissens war er es –, lasst es uns doch wie Österreich machen. Es gibt ein Beispiel aus Österreich. Österreich bezieht nachts, wenn man es nicht so sieht, aus Tschechien, aus Temelin, für rund zwei, drei Cent Strom aus Kernenergie.

Österreich hat keine Kernkraftanlagen. Das stimmt. Was wird damit gemacht? Das Wasser wird in der Nacht hochgepumpt. Wenn es dann herunterläuft und wieder Energie freisetzt, wird just diese Energie für etwa 7 oder 8 Cent nach Bayern – wenn diese sie mögen – exportiert. Das wird als Ökostrom verkauft. Ich bin der Meinung, wir sollten es nicht wie Österreich machen.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrter Herr Kollege Hering, wir sind sportlich und legen los, aber eines fand ich nicht fair. Sie haben gesagt, wir hätten keine Punkte genannt, bei denen wir mitgehen würden. Wir haben einige genannt. Das kann man im Protokoll nachlesen. Ich will sie nicht wiederholen. Dass Sie bei den Beamten gesagt haben, wir wären komplett gegen alle Regelungen, stimmt nicht.

Ich habe bewusst in dieser Rede gesagt, dass wir die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch der Landesbeamten mittragen werden. Ich habe auch erwähnt, dass ich mich sehr an die Debatten auf der Bundesebene erinnere, und zwar auch mit SPD-Kollegen aus Rheinland-Pfalz, die gegen die Rente mit 67 waren. Herr Beck hat vorhin gemeint, Frau Klöckner schauen Sie einmal, dass Ihre Partei einheitlich einer Meinung ist.

In meiner Partei darf jeder Einzelne seine Meinung äußern.

(Ministerpräsident Beck: Der macht, was er will!)

– Nein, er darf sich äußern. Wenn jemand bei Ihnen die Frage nach einem Trainerwechsel stellt, ist richtig Zunder in der Hütte. Das hat man in den Zeitungsberichten gelesen. Meine Herren, der arme junge Mann. Der hat mir wirklich leid getan. Das muss man einmal sagen. Sie wissen selbst, worum es geht, und dass es Sie geärgert hat. Geschlossenheit steht bei Ihnen vor allem. Bei uns geht es auch darum, dass jeder, der in einer Volkspartei Mitglied ist, nach dem Subsidiaritätsprinzip seine Meinung äußern kann.

Herr Ministerpräsident, was gilt und zählt, sind die Beschlüsse einer Partei. Darauf beziehen Sie sich zu Recht. Sie wissen doch, wie es ist. Wir haben fast 50.000 Mitglieder. Ich bin nicht die Erziehungsberechtigte jedes einzelnen Mitglieds.

Herr Beck, wenn wir Beschlüsse haben, werden sie mehrheitlich – bei uns eher selten einstimmig – gefasst. Das ist Demokratie.

Wenn Sie mir das schon sagen, gehen Sie doch einmal zu Ihrem Kollegen Wehner aus dem Kreis Altenkirchen. Wir sind beim Thema „Rente mit 67“. Er ist einer der Erstunterzeichner bei der IG Metall, dass die Rente mit 67 nicht kommen soll. Gleichzeitig beschließen Sie, die Lebensarbeitszeit von Landesbeamten auf 67 zu erhöhen.

Herr Beck, jetzt sind Sie dran.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Pörksen, was haben Sie gemeint?

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich wiederhole es noch einmal, weil ich den Humor von Herrn Pörksen schätze. Ich finde, er hat auch eine gute Rede als Alterspräsident gehalten.

Keiner hat richtig über das Thema des digitalen Schutzes bzw. der Entwicklung unserer Netzpolitik geredet. Ich finde, das ist ein wichtiger Aspekt.

Herr Kollege Pörksen, dessen subtilen Humor ich schätze, hat eben gesagt, was ich schon alles in meinem Leben unterschrieben habe, will ich gar nicht wissen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Was haben Sie eben gesagt? Sagen Sie es!

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Lieber Herr Pörksen, nichtsdestotrotz muss man eines festhalten. Wenn ein Kollege aus Ihren Reihen zum Erstunterzeichner einer Aktion gegen die Rente mit 67 gehört – er ist da nicht hineingestolpert – – –

(Zuruf aus dem Hause: Bei der IG Metall!)

– Ja, gut, IG Metall sagt man. Man sagt, dass es Menschen erster und zweiter Klasse gibt. Das ist auch nicht in Ordnung. Ich rede jetzt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Entweder ist man aufgrund des demografischen Wandels und auch der Entwicklung der Lebenszeiten und Lebensbelastbarkeiten der Meinung, dass man die Rente mit 67 einführt oder es individuelle Lösungen gibt, damit der Dachdecker nicht bis 67 auf dem Dach arbeiten muss.

Hier geht es um die Glaubwürdigkeit. Ich weiß, es tut weh. Ich muss es aber doch noch einmal erwähnen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident, ich bedanke mich für diese Aussprache. Ich fand sie unter den Kollegen fair und in Ordnung. Sie war manchmal ein bisschen lauter. Irritiert war ich über die Einlassungen des Ministerpräsidenten. Aber auch das werden wir überleben.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Lewentz.

#### **Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Klöckner, ich habe Sie heute beobachtet und Ihnen zuhören dürfen. Ich bin ein bisschen besorgt, wie Sie mit dem, was andere gesagt haben, und mit Beschlüssen umgehen. Deshalb will ich, da wir in den nächsten Monaten intensiv über die Polizei diskutieren werden, uns allen noch einmal die gemeinsame Grundlage dieses Hauses in Erinnerung rufen.

Es ist kein Vertreter der FDP in der Lage, einen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP vom 10. Dezember 2010 vorzutragen. Dieser ist überschrieben mit „Bürger wirksam schützen durch starke und leistungsfähige Polizei- und Sicherheitsbehörden“.

Dem Landtag wurden fünf Punkte zur Feststellung vorgelegt. Der erste Punkt lautet:

„1. Die Polizei und Sicherheitsbehörden im Land erfüllen die ihnen zugewiesenen Aufgaben auf konstant hohem Niveau und mit überdurchschnittlicher Leistungsbereitschaft der einzelnen Beamtinnen und Beamten, oftmals an der Grenze der Leistungsfähigkeit.“

Ein weiterer Punkt lautete: „Es ist erklärtes politisches Ziel, dass die Personalstärke der Polizei nicht unter eine Zahl von 9.000 Beamtinnen und Beamten fallen soll.“

Unter II. stand: „Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. Sorge dafür zu tragen, dass die personelle Ausstattung der Polizei die genannte Grenze von 9.000 Beamtinnen und Beamten im Bereich der Polizei nicht unterschreitet.“

(Frau Klöckner, CDU: Aber nicht abbaut!)

Wie hat sich Ihre Fraktion bei der Abstimmung damals verhalten? Herr Lammert hat dazu gesprochen. Herr Abgeordneter Lammert hat dazu Folgendes ausgeführt: „Dem Entschließungsantrag der FDP stimmen wir auch zu. Zu den 9.000 muss ich allerdings feststellen, dass das eine aktuelle Beschlusslage des Landtags ist.“ Das ist selbstverständlich. Das hat ihm an dem Tag vorgelegen. „Insofern habe ich jetzt nicht viel Neues im Ent-

schließungsantrag der FDP entdecken können. Im Grunde genommen ist das aber noch einmal ein zusätzliches Lippenbekenntnis, dem wir ohne Probleme zustimmen können.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

(Zurufe von der CDU)

– Was regen Sie sich auf, wenn wir die Polizeistärke bis 2016 auf 9.014 festschreiben?

(Zurufe von der CDU)

– Darin steht nichts von mindestens. Darin steht 9.000. Wir werden die 9.014 bis 2016 erreichen. Das heißt, wir gehen sogar über die 9.000 hinaus.

Frau Klöckner, das ist doch kein Grund, sich so aufzuregen. Sie sollten das beachten, dem damals Ihre Fraktion unter Ihrer Führung, Herr erster stellvertretender herausgehobener Fraktionsvorsitzender, zugestimmt hat. Daran werde ich Sie immer wieder erinnern.

(Beifall bei der SPD –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir werden mindestens 9.000 halten.

Vielen Dank.

(Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Lammert von der CDU-Fraktion das Wort.

#### **Abg. Lammert, CDU:**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Lewentz, ich finde, es ist ziemlich unverfroren, mit welchen Tricks Sie zu arbeiten versuchen und die CDU für eine Absenkung bei der Polizei mit ins Boot zu nehmen.

(Staatsminister Lewentz: Ihr habt es  
so beschlossen!)

Die CDU hat nie für eine Absenkung der Polizeistärke gestanden.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen offen, 2006 haben wir 800 Polizeibeamtinnen und -beamte gefordert. Da hatten wir eine Mindeststärke von 9.165. Wir haben damals im aktuellen Haushalt, in den Haushaltsberatungen im Jahr 2010 sehr wohl – – – Sicherlich haben wir diesem FDP-Entschließungsantrag zugestimmt.

(Ministerpräsident Beck: Danke!)

Aber Sie müssen es auch dazu lesen. Es steht im Protokoll. Wir wollen nichts bestreiten. Es muss Ihnen klar

sein, dass das in der Tat eine aktuelle Beschlusslage war und Sie das im Haushalt entsprechend vorgelegt haben. Dem Haushalt haben wir insgesamt nicht zugestimmt. Das gehört entsprechend dazu.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben in diesem Haushalt zusätzliche Personalressourcen, zusätzliches Personal gefordert.

(Beifall der CDU)

Auch das gehört zur Wahrheit und muss gesagt werden.

Wir haben ebenfalls deutlich gesagt, dass wir über diese 9.000 hinaus Schritt für Schritt nach oben gehen wollen.

Ich denke, Sie sollten sich in der aktuellen Situation sehr wohl überlegen, wie viel Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte Sie haben. Auch da wird entsprechend falsch geredet, weil viele von diesen, die aktuell vorhanden sind – rund 300 –, überhaupt keine Vollzeitkräfte, sondern Teilzeitkräfte sind. Über 300 haben wir dort an Teilzeitkräften. Hier wird ein Stück weit etwas durcheinandergewirbelt.

Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin ordentlich ausgestattet ist. Darauf können Sie sich verlassen. Wir werden es nicht irgendwo durchgehen lassen, dass Sie mit irgendwelchen billigen Tricks – so muss man es sagen – versuchen, uns in die Mitverantwortung für Ihren Haushaltskonsolidierungskurs auf Kosten unserer Polizistinnen und Polizeibeamten mitzunehmen.

(Beifall der CDU)

Das werden wir nicht genehmigen.

(Ministerpräsident Beck: Zustimmung und es  
dann nicht gewesen sein!)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Jetzt hat Herr Staatsminister Hartloff das Wort.

#### **Hartloff, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist durchaus spannend, wie die CDU-Fraktion mit ernsthaften und schmerzhaften Sparbemühungen zu dem, was sie vielleicht früher einmal dazu mitbeschlossen hat, umgeht.

Ich habe mich noch einmal wegen der Frage der Zusammenlegung der beiden Oberlandesgerichte in Rheinland-Pfalz gemeldet.

Es wurde diskutiert. Es ist in der Koalitionsvereinbarung die Festlegung auf einen Sitz vereinbart. Es ist ein schmerzhafter Prozess, so etwas aus Gründen, Geld zu sparen, zu machen, weil wir uns der Schuldenbremse verpflichtet fühlen, auch für den Bereich der Justiz, Frau Klöckner.

Wir hätten das in der Koalitionsvereinbarung nicht vereinbart, wenn wir nicht fest davon ausgingen, dass so etwas strukturpolitisch auch Geld einsparen wird.

Wenn Sie so etwas zusammenführen, ist es nie so, dass dies sofort und jetzt wirkt, sondern es ist ein Prozess, der über Jahre geht und bei dem man schaut, wie an den Standorten vernünftige Einheiten gebildet werden können.

Das ist meine Aufgabe. Die werde ich als Justizminister wahrnehmen.

Ich habe am 19. genauso, wie ich das am 18., am Tag meiner Amtseinführung, schon gesagt habe, versprochen, dass ich auf alle Beteiligten im Dialog zugehen werde und wir das Konzept, wie wir das umsetzen, gemeinsam entwickeln werden. Diese Aussage steht und gilt insbesondere gegenüber allen Beschäftigten bei dem Oberlandesgericht in Koblenz.

Dann sollten Sie den Menschen dort nicht Angst machen. Es gilt nämlich eine zweite Aussage, dass keiner dort entlassen wird, keiner mit Kündigung rechnen muss. Das sind Zusagen, die stehen und für die ich selbst einstehen werde. Keine Angst.

Frau Klöckner, Sie haben gesagt, Sie fanden diese Debatte fair. Als Sie heute Morgen zu dieser Frage zitiert haben, haben Sie falsch zitiert.

(Frau Klöckner, CDU: Ich habe es korrigiert!  
Das finde ich fair!)

Sie haben ein Stück korrigiert. Sie haben vorhin zu Herrn Kollegen Hering gesagt, ich unterstelle hier keinem etwas. Sie haben vorher von diesem Pult aus gesagt, dass ich Zeit hätte, nach Koblenz zu fahren, um ein Interview in der „Rhein-Zeitung“ zu geben, aber nicht, um mit den Beschäftigten zu sprechen.

Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich in der vorherigen Funktion als Fraktionsvorsitzender auch die Demonstration der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und anderer in Koblenz besucht und im Übrigen dort mit vielen gesprochen habe. Diesen Dialog setze ich fort unabhängig von der Frage, dass ich davon ausgehe, dass ich keinem irgendwie Rechenschaft schuldig wäre, wo und wann ich ein Interview der „Rhein-Zeitung“ oder anderen Medien gebe.

Ich darf Ihnen verraten, dass das Interview selbstverständlich im Justizministerium stattgefunden hat und nirgendwo anders. So viel zu Ihren Begriffen der Fairness. So viel zu Ihren Begriffen der Wahrheit.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Schnabel:**

Frau Staatsministerin Ahnen hat das Wort.

**Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:**

Liebe Frau Klöckner, Sie mögen daran merken, dass jetzt drei Landesminister bzw. -ministerinnen hintereinander gesprochen haben, dass wir uns darüber freuen, dass wir Ihnen endlich die Dinge im Angesicht direkt richtigstellen können.

(Frau Klöckner, CDU: Wunderbar!)

Auf Diskussionen mit Fachministern haben Sie es im Wahlkampf nicht so angelegt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Liebe Frau Klöckner, ich bin nicht bekannt dafür, dass ich mich so leicht emotionalisieren lasse. Diese Chance wollen wir jetzt nutzen. Ich muss Ihnen sagen, das Einzige, was mich jetzt doch wieder emotionalisieren könnte, ist, dass ich noch Ihre Halbwahrheiten aus dem Wahlkampf im Ohr habe.

Dazu gehört das Faltblatt über muslimische Schülerinnen und Schüler, bei dem Sie nicht wussten, dass die Deutsche Islam Konferenz ein selbiges in Berlin verabschiedet hat, und dann klein beigegeben mussten.

Sie hätten klein beigegeben müssen. Nein, Sie konnten es nicht.

Ich hätte von Ihnen heute die Größe erwartet, dass Sie dies an dieser Stelle endlich einmal klarstellen. Das war nicht in Ordnung, was Sie gemacht haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Ich sage Ihnen, auf dem Fuße dieses Thema streifend kommt ein erneuter Versuch, etwas völlig falsch darzustellen. Ich brauchte nur in die Gesichter Ihrer Fraktionskolleginnen und -kollegen zu schauen. Noch in den letzten Plenardebatten vor der Wahl mussten wir diskutieren, dass Ihre Fraktion den muttersprachlichen Unterricht abschaffen will. Da war keine Rede von Ihnen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Drehen Sie sich doch einmal zu Herrn Weiland um. Der weiß es doch. Fragen Sie ihn. Die Argumentation Ihrer Fraktion war, der muss abgeschafft werden, dieses Geld brauchen wir für Deutschkurse. So war Ihre Argumentation.

(Beifall des Abg. Schreiner, CDU –  
Unruhe im Hause)

Herr Schreiner klatscht noch heute.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

– Nein, Frau Klöckner, ich sage, ich freue mich darüber. Die Dinge werden jetzt direkt richtiggestellt und nicht mehr draußen etwas anderes erzählt, wie es einem gerade passt, um dann die Dinge wieder einzuräumen.

Sie wollten den muttersprachlichen Unterricht abschaffen, und große Teile Ihrer Fraktion wollen das immer noch. Wenn Sie eine andere Position haben, dann sagen Sie es heute in aller Klarheit. Dann haben wir heute wenigstens einen Konfliktpunkt abgeräumt. Sagen Sie, Sie sind für den Erhalt des muttersprachlichen Unterrichts, und wir sind an dieser Stelle einen Schritt weiter.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Dann geht es nicht, über Herrn Hering – und jetzt nehme ich Herrn Köbler mit hinein – zu sagen, Sie hätten heute Morgen irgendwie etwas zu den Bildungsausgaben gesagt.

Sie haben nicht irgendetwas gesagt. Sie haben etwas total Präzises gesagt. Sie haben gesagt, am Ende dieser Legislaturperiode werden wir mehr Geld pro Schülerin und Schüler ausgeben, als es jemals in diesem Land der Fall war. Diese Aussage ist 100 % richtig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Frau Klöckner, CDU: Meine aber auch!)

Zur Realschule plus ist nicht nur heute das Korrekte gesagt worden, sondern zur Realschule plus steht das absolut Korrekte in der Koalitionsvereinbarung so, wie auch zur Integrierten Gesamtschule.

Wir wollen nicht ohne Einverständnis der Betroffenen einfach Dinge vorschreiben, sondern es steht drin, wir wollen die Realschulen plus dazu ermutigen, mehr integrative Angebote zu machen. Wir wollen Integrierte Gesamtschulen dort, wo es von den Betroffenen gewünscht ist.

Wenn Sie dagegen sind, dann sagen Sie das an dieser Stelle auch klar. Wir sind es nicht. Wir wollen uns nach dem Elternwillen richten. Wir wollen die Schulen und die Schulträger mit einbeziehen. Das ist eine klare Linie.

Ich freue mich darüber, dass wir in Zukunft, wenn so halb darüber hinweggegangen wird, das konkret jedes Mal richtig stellen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben zunächst eine Kurzintervention des Kollegen Dr. Weiland von der CDU-Fraktion.

#### **Abg. Dr. Weiland, CDU:**

Frau Ministerin, Sie haben mich vorhin namentlich angesprochen.

Ich will Ihnen sagen, ich finde nach dem, was in der Koalitionsvereinbarung über Bildung steht, und nach dem, was der Ministerpräsident gestern hier über Bildung und bildungspolitische Ziele gesagt hat, dass Sie sich hier hinstellen und in dieser Lautstärke reden, mutig; denn die Bildung ist doch aus diesem Koalitionsroulette herausgekommen wie der Wellensichtlich aus dem Ventilator. Die Bildung in diesem Land ist doch nur noch ein gerupftes Hühnchen.

(Beifall bei der CDU –  
Zurufe von der SPD: Oh! –  
Heiterkeit der Staatsministerin Frau Ahnen –  
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Unverschämtheit!)

Der Herr Ministerpräsident, zu dessen Stärken die Kenntnisse in der Bildungspolitik bekanntermaßen in diesem Haus nicht gehören,

(Fuhr, SPD: Das gibt es doch nicht!)

hat gestern gesagt, diese Landesregierung will 1.000 Lehrer über Bedarf einstellen – super, ganz große Klasse. Aber vielleicht ist das jetzt auch wieder unflätig.

(Fuhr, SPD: Wo ist der Bezug zu der Rede von Frau Ministerin?)

Sie sparen bei der Bildung, ohne ein bildungspolitisches Konzept dahinter zu haben. Wo ist denn Ihr bildungspolitisches Konzept zur Auflösung des Zusammenhangs zwischen Herkunft und Bildungserfolg?

(Heiterkeit der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Wo sind denn Ihre bildungspolitischen Konzepte für die Zukunft, für eine Bildungsdiagnostik,

(Frau Schmitt, SPD: Die gibt es schon längst! –  
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wo sind denn eure gewesen?)

für die Überprüfung bildungspolitischer Biografien? – Überall Fehlanzeige.

Dann stellen Sie sich hier hin und machen angesichts dieser Probleme, die Sie in den Koalitionsvereinbarungen nicht lösen konnten, diesen Nebenkriegsschauplatz auf.

(Pörksen, SPD: Ha! Ha!)

Ich sage Ihnen etwas zum muttersprachlichen Unterricht.

(Pörksen, SPD: Na endlich!)

Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn Sie in der Lage sind

(Zurufe von der SPD)

– nichts aber, lassen Sie mich ausreden, dann können Sie noch etwas lernen, ja, wenn überhaupt –,

(Beifall der CDU –  
Zurufe von der SPD: Oh! –  
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

dass Sie muttersprachlichen Unterricht als Fremdsprache in der Schule anbieten. Machen Sie das doch.

(Beifall der CDU)

Sparen Sie 2.000 Lehrerinnen und Lehrer ein, dann stellen Sie, laut Ihrer Rede, 1.000 Lehrer über Bedarf ein und wenn Sie die über Bedarf einstellen, haben Sie die ja übrig. Dann können Sie damit Fremdsprachenunterricht zusätzlich anbieten.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ansonsten widerspreche ich ausdrücklich den Behauptungen, muttersprachlicher Unterricht sei die Voraussetzung zum Erlernen von Deutsch.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wissenschaft war noch nie Ihre Leidenschaft, oder?)

Es gibt nicht eine einzige wissenschaftliche Untersuchung, die das belegt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –  
Frau Schmitt, SPD: Natürlich gibt es die!)

– Dadurch, dass Sie es immer öfter behaupten, wird es auch nicht wahrer.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Ich frage mich im Übrigen auch,

(Pörksen, SPD: Ich frage schon lange!)

was ist die Muttersprache von jemandem, der in der zweiten und dritten Generation hier in Deutschland geboren ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU –  
Pörksen, SPD: Ja! Ja!)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Das Wort hat Herr Kollege Hering von der SPD-Fraktion.

#### **Abg. Hering, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden uns wirklich an einen etwas anderen Stil gewöhnen müssen,

(Ministerpräsident Beck: Ja! –  
Zuruf von der CDU: Fangt einmal an!)

ebenso wie an die Notwendigkeit, vieles richtig- und klarzustellen. Das werden wir tun.

(Frau Schmitt, SPD: Und zwar jedes Mal!)

Herr Rosenbauer, Sie haben in einem sehr emotionalen Beitrag zu Ihren Parteifinzen Stellung genommen. Fakt ist, dass Sie, die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, gesetzeswidrig und illegal rund 400.000 Euro für Parteienfinanzierung eingesetzt haben. Das ist Fakt.

Sie, in der Fraktion als Generalsekretär, und Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer waren vier Jahre lang nicht in der Lage, das aufzuklären, zu recherchieren, wofür die Gelder ausgegeben worden sind, und einen ordnungsgemäßen Rechenschaftsbericht vorzulegen. Das ist Fakt.

(Schmitt, CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht! –  
Zurufe von der CDU –  
Dr. Mittrücker, CDU: Können Sie noch in den Spiegel schauen?)

Das sind Fakten. Der rheinland-pfälzische Rechnungshof und die Staatsanwaltschaft waren wohl der entscheidende Motivator, dass Sie dann die Dinge geklärt haben

(Licht, CDU: Wer 90 Millionen in die Schweiz überwiesen hat, sollte still sein!)

und Frau Klöckner die Erklärung abgeben musste, sie wünsche die höchstmögliche Bestrafung.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Ihre Erklärung Frau Klöckner. Es gibt dort keine höchstmögliche Bestrafung. Wenn man illegal Fraktionsgelder zur Parteienfinanzierung einsetzt, muss das Dreifache gezahlt werden. Da gibt es kein Wenn und Aber und keinen Ermessensspielraum. Das ist die Strafe, die zwingend erteilt werden muss. Der waren Sie unterlegen gewesen.

(Dr. Mittrücker, CDU: Was ist das, eine Aussprache oder was?)

Ich hätte nicht erleben wollen, wenn die SPD-Fraktion in dieser Größenordnung Gelder falsch verausgabte und vier Jahre gebraucht hätte, das aufzuklären, welchen Zinnober Sie hier betrieben hätten. Das nur zur Klarstellung.

(Beifall der SPD –  
Licht, CDU: Herr Barandun lässt grüßen! –  
Pörksen, SPD: Irgendwann ist das auch ausgelutscht!)

Frau Klöckner, dann sagten Sie, hier wären falsche Zahlen dargestellt worden. Der Ministerpräsident hat aus einer Statistik zitiert.

(Ernst, CDU: Regierungsaussprache!)

Dort ging es um die Verschuldung pro Kopf der Länder in Deutschland.

Sie sagten, das sei unkorrekt dargestellt, und haben Ihrerseits das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner dargestellt. Sie können nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wenn man schon Dinge richtigstellen will, dann klare Fakten und die richtige Statistik nehmen und nicht mit einer anderen Statistik versuchen, anderen Unredlichkeit zu unterstellen.

Das ist unredlich von Ihnen, hier zu unterstellen, das sei falsch gewesen, und dann mit einer anderen Statistik zu kommen, die damit nichts zu tun hat. Diesen Stil werden wir nicht akzeptieren, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Bei dem Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner sollte man sehr vorsichtig sein, Rheinland-Pfalz in ein Ranking einzubetten.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU –  
Licht, CDU: Nur, wo es Ihnen passt!)

Das haben andere aus Ihrer Fraktion auch schon gemacht.

Wenn eine Familie aus Hessen – vier Familienmitglieder, ein Erwerbstätiger – nach Rheinland-Pfalz zieht, weil wir bei uns keine Kindergartengebühren und ein besseres Schulsystem haben,

(Frau Beilstein, CDU: Besser!)

führt das in der Statistik dazu, dass Hessen beim selben Bruttoinlandsprodukt, wenn der Erwerbstätige dort seinen Arbeitsplatz hat, um vier Personen entlastet wird und der statistische Wert dort besser wird, Rheinland-Pfalz, weil es vier Einwohner mehr bekommt, statistisch belastet wird. Das bedeutet im Ergebnis Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner.

Wenn ein Arbeitnehmer sich entscheidet, weniger zu arbeiten, um Angehörige zu pflegen oder ganz auf seine Erwerbstätigkeit verzichtet, bedeutet das dort einen geringeren Wert.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Wir haben erfreulicherweise eine solche Attraktivität, dass aus den Ballungszentren Köln, Bonn, Frankfurt und Luxemburg zunehmend Menschen zu uns kommen, weil wir eine hohe Lebensqualität und gute Schulsysteme haben. Das verschlechtert diesen Wert. Wir sind trotzdem froh, dass die Menschen nach Rheinland-Pfalz kommen, weil sie Rheinland-Pfalz attraktiv finden,

(Henter, CDU: Wo sind die  
Arbeitsplätze?)

und Menschen bereit sind, in Rheinland-Pfalz Kinder zu bekommen. Auch das verschlechtert diesen statistischen Wert.

Wir sind froh, dass Menschen zu Familie und Kindern stehen, und akzeptieren, auch dort vielleicht im Ranking

anders dazustehen, als Sie das, rein zahlengläubig, wollen.

(Beifall der SPD –  
Frau Thelen, CDU: Wie passt das zu einer  
negativen Wanderungsbilanz?)

Dann ist heute häufiger die BASF angesprochen worden.

Wir haben in den Koalitionsverhandlungen großen Wert darauf gelegt, dass gentechnologische Forschung auch weiterhin stattfinden kann. Wir haben genau zwischen den Anwendungsbereichen differenziert.

Ich will Ihnen die entsprechende Passage aus der Koalitionsvereinbarung zitieren. Darin heißt es:

„Wir wollen die Gentechnikfreiheit der rheinland-pfälzischen Land- und Lebensmittelwirtschaft als Marktchance erhalten und nutzen. Die Koalitionspartner wollen (...), dass (...) auch in Zukunft kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen stattfindet und die gentechnikfreie Erzeugung geschützt wird. Wir sehen aber auch die Chancen bei der Anwendung der Gentechnik außerhalb der Freisetzung von lebenden gentechnisch veränderten Organismen.“

Das ist das, was ein Großteil der Landwirte in Rheinland-Pfalz will. Die Landwirte in Rheinland-Pfalz wollen diesen Marktvorteil weiterhin nutzen. Auch bei konventionell tätigen Landwirten besteht keine Bereitschaft für diese Anwendung.

Wir wollen aber auch unterstützen, dass die Forschung weiter stattfindet, aber nicht in Anpflanzversuchen. Anpflanzversuche wollen wir in der Tat nicht in Rheinland-Pfalz. Aber wir bekennen uns klar zum Forschungsstandort Rheinland-Pfalz, insbesondere bei der weißen und roten Gentechnologie. Das ist eine klare Aussage des Koalitionsvertrags.

Herr Dr. Weiland, ich komme zum muttersprachlichen Unterricht. Dazu ist Frau Klöckner schlicht und einfach falsch informiert gewesen. Sie haben gesagt, Sie hätten nichts gegen den muttersprachlichen Unterricht. Sie haben aber Einsparvorschläge gemacht

(Frau Klöckner, CDU: Außerhalb des Lehrplans!)

und haben es aus Ihrer Position abgelehnt, dass das Land Rheinland-Pfalz diese Maßnahme über das Bildungsministerium weiterhin finanziert. Sie haben im Parlament einen Antrag auf Kürzung gestellt.

(Frau Klöckner, CDU: Außerhalb des Lehrplans!)

Herr Schreiner hat sich auch auf Podiumsdiskussionen in Mainz ganz klar dagegen positioniert. Informieren Sie sich vorher, was in Ihrem Laden los ist und welche Positionen dort vertreten werden, dann können Sie solche Aussagen machen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN –  
Zurufe der Abg. Dr. Rosenbauer, Frau Klöckner  
und Bracht, CDU)

Sie haben auch die Aussage getroffen, es gäbe keinen Nachweis dafür, dass derjenige, der zunächst seine Muttersprache lernt, auch viel besser Deutsch oder eine andere Verkehrssprache lernen kann. – Es gibt viele Untersuchungen, die das bestätigen. Auch Herr Schäuble hat das vertreten. Herr Bundesminister Schäuble von der CDU hat genau diese Position vertreten, und er hat auch recht damit. Natürlich ist es notwendig, dass ein Mensch zunächst einmal eine Sprache perfekt sprechen kann, um sich anschließend andere anzueignen. Das weiß jeder, der sich mit diesen Studien entsprechend auseinandergesetzt hat.

Bezüglich des Vorwurfs an Herrn Wehner – – –

(Dr. Weiland, CDU: Das war kein Vorwurf, das war eine Feststellung! –

Frau Klöckner, CDU: Das war eine Feststellung!)

– Doch, das war schon ein Vorwurf!

Ich will es nur klarstellen.

(Baldauf, CDU: Herr Wehner ist wenigstens ehrlich!)

Herr Wehner hat unterschrieben: Ja zum flexiblen Ausstieg. – Wir haben geregelt, dass wir für besondere Berufe, die besonderen Belastungen ausgesetzt sind, unterschiedliche Ausstiegswege benötigen. Das ist genau das, was wir uns vorstellen, wenn es zu einer Lebensarbeitszeitverlängerung von Beamtinnen und Beamten kommen soll. Wir wollen, dass genau dieser Aspekt bei einer Lösung entsprechend berücksichtigt wird.

Sie können also keinen Zwiespalt herstellen zwischen der Position des Herrn Wehner und dem, was wir im Koalitionsvertrag mit dem Prüfauftrag geregelt haben. Wir wollen uns vorher genau anschauen, was die Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Beamtinnen und Beamten sind, um dann eine Regelung zu treffen, die den Menschen und ihren Lebensbiografien gerecht wird. Dies ist unsere Position, die sowohl Herr Wehner als auch die übrige Fraktion der SPD im Haus vertritt.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Dr. Rosenbauer das Wort.

#### **Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hering, das war nun der zweite Versuch für heute. Sie werden sich daran gewöhnen müssen, wir werden in Zukunft jeder Form der Versuche, Dinge falsch darzustellen, heftig widersprechen.

Wenn Sie informiert gewesen wären, wüssten Sie genau, dass das, was Sie soeben formuliert haben, völlig aus der Luft gegriffen ist. Sie haben wieder versucht, einen Eindruck zu erwecken, der etwas völlig Falsches darstellt und der es völlig anders erscheinen lässt als das, was uns von ganz hoher Stelle bescheinigt worden ist.

(Beifall der CDU)

Um es auf den Punkt zu bringen: Sie haben wieder damit angefangen, die CDU habe vier Jahre gebraucht usw. Sie wissen genau, dass im Untersuchungsausschuss sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Rechnungshof der CDU bescheinigt haben, dass sie alles getan hat, um schnellstmöglich aufzuklären. In dem Moment, in dem uns die Fakten vorgelegen haben, haben wir innerhalb von drei Tagen gehandelt. Dies sollten sich einmal die zum Beispiel nehmen, die den Nürburgring zu verantworten haben. Sie haben bis heute noch nicht die Konsequenzen daraus gezogen.

(Beifall der CDU)

Wenn aber die Äußerungen von Staatsanwaltschaft und Rechnungshof von Ihnen immer wieder in Zweifel gezogen werden, wissen wir in Zukunft, welches Rechtsverständnis Sie haben und welches Verständnis Sie von diesen Einrichtungen haben. Das haben wir heute Morgen schon einmal erlebt. Das werden wir uns in Zukunft nicht mehr bieten lassen, Herr Hering. Damit ist Schluss!

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Schnabel:**

Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Schmidt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben noch sieben Minuten Redezeit.

#### **Abg. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, heute als erster Mensch mit Migrationshintergrund zu Ihnen sprechen zu dürfen. Für mich ist es eine große Ehre. Ich möchte auch an dieser Stelle meiner Fraktion ausdrücklich danken, dass sie mir diese Zeit ermöglicht hat. Das ist in der Tat ein schöner Tag mit diesen hitzigen Debatten. Kommen wir doch langsam ein wenig zur Ruhe! – Als Mediziner muss ich gelegentlich dafür sorgen.

(Heiterkeit im Hause –  
Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Baldauf, CDU: Dann hätten wir auch ein Mittagessen gebraucht!)

– Wir arbeiten, um gemütlich leben zu können.

(Heiterkeit im Hause)

Zu meiner Person: Ich bin 1978 aus dem Iran nach Deutschland gekommen, noch zu Schah-Zeiten, um hier zu studieren. Das war ein großes Glück für mich. Ein Land, das von der Demokratie und Freiheit geleitet wird, kann man nicht hoch genug loben. Das war das größte Glück meines Lebens. Dafür möchte ich auch diesem Land ausdrücklich danke sagen. Ich bin dankbar, und ich schätze auch selbst Menschen sehr, die mit Migrationshintergrund hier leben, dass sie auch dies anerkennend zum Ausdruck bringen.

(Beifall im Hause)

Herr Dr. Weiland, ich möchte zu Beginn eines klarstellen. Der muttersprachliche Unterricht sollte keine Voraussetzung, keine Bedingung dafür sein, anschließend Deutsch zu lernen. Warum? – Wir erlauben erst einmal dem Kind, seine Identität durch seine eigene Sprache und Kompetenz zu entwickeln. Wer seine Identität entwickelt, wer seine emotionale Stabilität fördert, ist auch in der Lage, den Herausforderungen im Alltag gerecht zu werden. Deshalb erlauben wir doch den Kindern, zunächst einmal ihre Muttersprache zu lernen. Fördern wir sie wohlwollend und positiv, und danach schauen wir einmal, was daraus wird. Das Beispiel steht vor Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD –

Frau Schleicher-Rothmund, SPD:  
Eine blaue Karte! –

Pörksen, SPD: Das ist eine Jungferrede!  
Niveau null!)

Wenn man sich zu seinen Wurzeln bekennt, kann dies auch Früchte bringen.

Wir haben zunehmend eine Globalisierung in einer Welt, sodass permanent im Wirtschaftsbereich, im Umweltbereich und in vielen anderen Bereichen der Überblick verlorengeht. Deshalb meine ich auch, dass es dringend notwendig ist, dass man national vor seiner eigenen Haustür die eigene Versorgung sicherstellt. Wer eine glückliche Stadt aufbauen will, muss erst einmal mit seinem eigenen Haus anfangen.

Das ist genau die Stärke unserer Politik, der GRÜNEN, dass wir durch regionale Versorgung vor unserer eigenen Haustür, durch ökologische Landwirtschaft, intelligente Verkehrssysteme und regionales Wirtschaften die Zukunft hier sicherstellen und gestalten möchten. Dafür ist auch unser Koalitionsvertrag sozial und ökologisch verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

Rheinland-Pfalz bietet gerade für diese Inhalte die besten Voraussetzungen, weil zwei Drittel von Rheinland-Pfalz ländlich geprägt sind. Wir haben Wasser, wir haben Wälder, wir haben wunderbare Weinberge, alles, was den Geist und die Kultur fördert. Wir müssen also wirklich motiviert und kreativ an die Arbeit herangehen

und uns unabhängig machen von Energie von solchen Ländern wie China bzw. Russland, Iran und Saudi-Arabien. Diese Abhängigkeit macht uns sonst immer erpressbar und schwächt unsere Demokratie.

Ich muss zugeben, ich habe heute sehr konzentriert und auch sehr interessiert die Debatte verfolgt. Ein Satz des Kollegen Köbler hat mir sehr gut gefallen, dass wir nämlich im politischen Alltag die Visionen vermissen. Es ist nicht nur ein Streit um das Thema, diese oder jene Partei, auf diesem Gebiet, ja oder nein, so oder so, sondern müssen wir in dieser globalisierten Welt eine neue Bilanz ziehen, dass allein das Bruttoinlandsprodukt nicht viel aussagt. Das Bruttoinlandsprodukt ist das Produkt eines Wirtschaftens, ich sage einmal, ohne Sinn und Verstand. Je billiger, je schneller und je mehr man hierhertransportiert, steigt diese Zahl höher an. Das sagt überhaupt nichts zu der Qualität des Wirtschaftens.

(Glocke des Präsidenten –  
Frau Klöckner, CDU: Lass ihn  
doch einfach!)

**Vizepräsident Schnabel:**

Herr Kollege, Sie halten heute Ihre Jungferrede. Ihre Redezeit ist eigentlich zu Ende, aber wenn Sie noch zwei oder drei Sätze sagen wollen, so können Sie das gerne machen. Bitte schön.

**Abg. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ich bin bescheiden. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

**Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Dr. Weiland das Wort.

**Abg. Dr. Weiland, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schmidt, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Jungferrede. Ich freue mich, dass Sie Mitglied dieses Hohen Hauses sind.

Ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre sachlichen Einlassungen zum Thema des muttersprachlichen Unterrichts. Ich gehe davon aus, dass, wenn wir beide dieses Thema in dieser Sachlichkeit weiter vertiefen können, wir am Ende nicht oder jedenfalls nicht sehr weit auseinanderliegen werden. Herzlichen Dank für Ihren Beitrag!

(Beifall der CDU und vereinzelt bei dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Schnabel:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Wahlen**

**a) Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission  
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD,  
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/5 –**

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist somit einstimmig angenommen.

**b) Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen  
Kontrollkommission  
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD,  
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/6 –**

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

**c) Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses,  
die Abgeordnete des Landtags sind  
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD,  
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/7 –**

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

**d) Wahl der richterlichen Mitglieder sowie einer  
Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts  
in den Richterwahlausschuss  
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD,  
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/8 –**

Hierzu liegt eine Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags – Drucksache 15/5536 – sowie ein Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Beide Drucksachen liegen auf Ihren Plätzen. Wer für den Wahlvorschlag stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Der Wahlvorschlag ist einstimmig beschlossen.

**e) Wahl von Mitgliedern des Landtags in den  
Interregionalen Parlamentarier-Rat  
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD,  
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/9 –**

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

**f) Wahl von Mitgliedern des Landtags in  
den Oberrheinrat  
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD,  
CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/10**

Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich lade Sie für die nächste Plenarsitzung am 15. Juni 2011, 14:00 Uhr, ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.58 Uhr.